

# SOZIAL

Zentral-Organ für die Interessen  
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.  
Eingel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 Mt.  
Der Couleur ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.  
Telephon: Amt IV, 950 und 11864.  
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss  
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.  
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 6.

Berlin, den 11. Februar 1912.

16. Jahrg.

**Im einheitlichen Zusammenwirken der Massen** liegt die Kraft und die Macht des Proletariats. Gelingt es dieses Zusammenwirken aller Proletarier der Hand- und Geistesarbeit zu einem gemeinsamen Willen, einem großen Ziele herbeizuführen, dann hat die letzte Stunde der Ausbeutung und Arbeiterknechtung geschlagen. Wer wollte da noch zaudern, alle seine Kräfte in den Dienst der Massenorganisation zu stellen? Nützt die Stunde, es bringt Gewinn!

## Die Fuhrherren und die Unfallverhütungsvorschriften.

Auf allen ihren Tagungen und Zusammenkünften, in allen ihren Zeitungen und Fachblättern, bei jeder Verhandlung mit Beauftragten der Arbeiterorganisation loben sich die Fuhrunternehmer selbst über dem grünen Klee ob ihres sozialpolitischen Verständnisses und ihres guten Herzens für die Interessen der Arbeiterschaft. Die Fuhrmanns- und Knechtevereine müssen dieses Lob ebenfalls in alle Welt hinausposaunen; die Leit-hammel, meistens selber Fuhrunternehmer oder Schmiede-meister oder Schnapsbubler, beten es vor und die Schafe blöhen es gutgläubig und gedankenlos nach. Wie es in Wirklichkeit mit dem berühmten Wohl-wollen der Fuhrherren gegenüber ihren Fuhrleuten bestellt ist, das sehen wir drastisch bei jeder Lohn-bewegung, bei jeder Forderung letzterer, mag diese noch so bescheiden und selbstverständlich sein. Aber davon wollen wir heute gar nicht reden, denn es ist schließlich schon begreiflich, daß die Unternehmer übel gelaunt werden, wenn es um ihren Geldbeutel geht, wenn sie von ihrem „schwer erarbeiteten“ Profit etwas an ihre Arbeiter abgeben sollen.

Die „Humanität“ der Fuhrherren und ihr liebe-volles Herz wird noch viel besser beleuchtet in der Frage der Durchführung der Unfallverhütungsvor-schriften. Die Vorschriften sind ja nicht geschaffen nur zum Schutze der Arbeiterschaft gegen Unfälle, sondern auch und das wohl in der Hauptsache zum Schutze der Unternehmer gegen allzu hohe Beiträge zur Unfallversicherung. Die Unfallverhütungsvorschrif-ten sollen also in ihrer Wirkung eine sehr reale Spartasse für die Unternehmer darstellen. So nebenbei sollen sie dann auch bezwecken, durch ihre allseitige Beachtung, die Arbeiter des Fuhrwerksberufes einiger-maßen gegen Schädigung ihrer Gesundheit zu schützen. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, müßten die Fuhrherren mit allem Raffinement darauf bedacht sein, die Unfallverhütungsvorschriften in ihren Betrieben bis in die kleinsten Details zu befolgen und auszu-führen. Nichts von alledem ist der Fall, wie uns der Jahresbericht der Fuhrwerksberufsgenossenschaft lehrt. Diese Berufsgenossenschaft zählte im Jahre 1910: 36 709 ihr zugehörige Betriebe in ganz Deutsch-land. Von diesen sind im besagten Jahre 4581 oder ungefähr 12 pCt. durch die Beamten der Genossen-schaft revidiert worden. Der Kontrolle war also nur ein ganz geringer Prozentsatz der Betriebe unter-worfen. So ungefähr alle 8 Jahre einmal läßt sich also ein Genossenschaftskontrolleur in jedem Fuhr-werksbetrieb sehen. Das ist eine Ueberwachung, die wirklich mehr als mangelhaft zu nennen ist, die schon als gänzlich ungenügend bezeichnet werden muß. Da-bei setzt der Kontrolleur, wie im Bericht ganz offen-herzig zugestanden wird, den Betriebsunternehmer immer rechtzeitig vorher von der bevorstehen-den Revision in Kenntnis und gibt dem Fuhrunter-nehmer so die Möglichkeit, seine Vorbereitung für einen tadellosen Befund des Betriebes zu treffen. Aber alle diese Liebenswürdigkeit, diese „unparteiische“

Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen wissen viele Fuhrherren nicht zu schätzen.

Und so müssen denn die Kontrollbeamten sogar berichten, daß sie vielfach die Hilfe der Polizeibehörden in Anspruch nehmen mußten, um ihre Tätigkeit ausüben zu können. Ja der Beamte der Sektion VII mußte sogar in einem Falle von der Durchführung der Revision ab-stand nehmen, „weil das Benehmen des Be-triebsunternehmers Gewalttätigkeiten befürchten ließ.“ Von Europas übertriebener Höflichkeit findet sich also bei den meisten Fuhrherren keine Spur. Was würde einem Arbeiter geschehen sein, wenn ein solcher es gewagt hätte, eine Amtsperson bei einer Amtshand-lung mit Gewalttätigkeiten zu bedrohen. Er stüße schnurstracks auf einige Jahre ins Gefängnis. Dem Unternehmer wird aber kein Haar gekrümmt, denn wäre er zur Verantwortung gezogen worden, so würde der Kontrollbeamte doch darüber berichtet haben. Auch bezüglich der Vorlegung der Geschäftsbücher wurde den kontrollierenden Beamten Schwierigkeiten gemacht.

Die 4581 Revisionen sind in den meisten Fällen erstmalig vorgenommen worden. Von den Inhabern der größeren Betriebe wird gesagt, daß sie im allge-meinen die Unfallverhütungsvorschriften befolgen und die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen anbringen. Dagegen fehle den Inhabern der kleineren Betriebe noch vielfach das Verständnis für die Wichtig-keit der bestehenden Vorschriften.

Wie bei den Revisionen der Vorjahre gab ins-besondere die Beschaffenheit der Bodenluten und der Zugänge zu den Bodenluten zu vielen Beanstandungen Anlaß. An den Lutten und Zugängen fehlten vorgeschriebene Klappen oder feste Geländer, auch die zu den Futterbö-den führenden Treppen waren nicht mit Geländern versehen. Auch gegen die sonstigen Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschrif-ten wurden viele Verstöße beobachtet.

Am hartnäckigsten wehren sich die Fuhrunternehmer noch immer gegen die Anbringung fester Aufsicherstiege und zwar tun dies einige sogar mit der handbüchernen Begründung, daß die festen Aufsicherstiege eine Ver-mehrung der Unfälle zur Folge gehabt hätten. In Wirklichkeit ist es lediglich die kurzschichtigste Auauferei, der nackte Geldbeutelstandpunkt, die sie veranlassen, sich mit allen Kräften gegen diese eminent unfallver-hütende Vorschrift zu wehren. Die Erhaltung der Ge-sundheit ihrer Arbeiter ist den Herrschaften eben ganz Wurst, wenn nur das Portemonnaie gesichert bleibt. Das gute Herz der Fuhrherren ist eben angefüllt mit dem gemeingefährlichsten Egoismus zur Wahrung des Profits.

Trotz dieser seitens der Kontrollbeamten festge-stellten unzähligen Uebertretungen der Unfallverhütungs-vorschriften seitens der Fuhrherren sind nur ganze 160 von ihnen mit einer Strafe belegt worden. Ueber die Höhe dieser Strafen schweigt sich der Bericht bezeich-nenderweise gänzlich aus. Zu hoch sind diese Strafen sicherlich nicht gewesen, sonst hätten die Herren sicher

einen heidenmässigen Rabau geschlagen. Die ausge-teilten Ermahnungen werden bei den Dickhäuteln wenig Beachtung gefunden haben. Wer so billig weglommt und außerdem weiß, daß der Kontroll-beamte in den nächsten acht Jahren nicht wieder erscheint, wird alles hübsch beim Alten lassen und auch in Zukunft auf die Unfallverhütungsvorschriften pfeifen. Er wird auch auf die Aufsichtorgane der Berufsgenossenschaft, wie auf die Verfügungen des Reichsversicherungsamtes hupfen. Mit bloßen Er-mahnungen und Strafandrohungen bringt man solche Dickköpfe, wie sie unter den Fuhrunternehmern nun mal recht zahlreich vertreten, wahrlich nicht zur Rei-sen. Da bedarf es vielmehr jener starken Hand, deren Druck immer so deutlich fühlbar wird, wenn es sich um Arbeiter handelt, die irgend ein kleines Versehen begangen, oder gar einen Nationalheiligen, einen Streikbrecher, scheinbar angesehen haben.

Die Unfallverhütungsvorschriften sind unter solchen Umständen nur ein Fehlen bedruckten Papierses, be-stimmt, in der Öffentlichkeit den Schein zu erwecken, als sei für die Erhaltung der Gesundheit der Trans-portarbeiter nach weitgehendster Möglichkeit Vor-sorge getroffen. Der schöne Herrengrundsatz: Mundus vult decipi, ergo decipiat, die Welt will betrogen sein, also betrügen wir sie, findet hier seine volle Anwendung. Es ist eine höhnische Vor-spiegelung falscher Tatsachen, wenn man mit Unfall-verhütungsvorschriften prangt und nicht die Kraft oder den Mut findet, sie mit aller Strenge durchzuführen.

Was Wunder, wenn unter solchen Umständen die Transportarbeiter sich sagen: bleibt uns mit dem ganzen Firlefanz vom Leibe, wir sehen den besten, den wirksamsten Schutz unserer Knochen und Muskeln in einer starken, jederzeit schlagkräftigen Gewerkschafts-organisation.

Wer glaubt, nach dem Studium dieser harten Tatsachen, noch an das vielgerühmte Wohlwollen der Fuhrherren gegenüber ihren Arbeitern und Angehörigen? Wohl kein Mensch, den die Natur einigermaßen mit Denkräften ausgestattet hat. Gegenüber einer solchen Ausbeutungsgesellschaft in Reinkultur hilft nur rick-sichtslose Bekämpfung und Niederwerfung im wirts-schaftlichen Ringen. Jede Rücksicht der Arbeiterschaft auf ihre „Brotherren“ bedeutet da nur eine unver-zeihliche Schwäche, die an den gesunden Gliedern der Transportarbeiter bitter gerächt wird. Leuten, denen ihr Geldsack alles, das Wohl des Nächsten nichts ist, muß mit allem Nachdruck zu Gemüte geführt werden, daß ihr Klassenegoismus die Allgemeinheit schädigt, und daß sie ihre Interessen dem Allgemeinwohl an-zupassen und unterzuordnen haben. Solche Erziehung zur Achtung des Nebenmenschen kann indes bei den Fuhrherren nur eine machtgeltende Arbeiterorgani-sation vollbringen. Schon deswegen kann die Transportarbeiterschaft zur Wahrung ihrer vitalsten Interessen nichts praktischeres tun, als ihre ge-werkschaftliche Organisation auszu-

bauen und sie mit den wirkungsvollsten Waffen auszustatten. Nennen dann die Führer in ihrem Uebermut gegen die Arbeiterorganisation, dann gehen dabei auch die härtesten und tiefsten Schadel in Trümmer.

### Ein Blick auf das Jahr 1911.

II.

Ein nie veragendes Thermometer der wirtschaftlichen Lage sind die Einnahmen der Eisenbahn. Die Entwicklung der Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen im Jahre 1911 entspricht im allgemeinen der Besserung, die unsere gesamte Volkswirtschaft in diesem Jahre aufweist. Die abnormen Witterungsverhältnisse sind naturgemäß nicht ohne Einwirkung auf die Intensität des Verkehrs gewesen. Der warme Sommer war dem Reiseverkehr sehr günstig und hat auch steigend auf die Einnahmen aus der Personenbeförderung gewirkt. Infolge der anhaltenden Trockenheit stockte die Binnenschifffahrt fast vollständig, was eine weitere Belastung der Eisenbahnen im Güterverkehr zur Folge hatte. Allerdings sind die Einnahmen aus dem Güterverkehr durch diese Verhältnisse sehr günstig beeinflusst worden. Mit Rücksicht auf den schlechten Ausfall der Futterernte in Deutschland wurden weitgehende Tarifermäßigungen für den Transport von Futtermitteln festgesetzt. Hierdurch wurde zwar eine erhebliche Zunahme des Frachtverkehrs aber gleichzeitig eine Abschwächung der Einnahmen aus der Beförderung landwirtschaftlicher Produkte hervorgerufen. In den Monaten Januar bis November 1911 betragen die Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr insgesamt 2 457,67 Mill. Mark gegen 2 287,31 Mill. Mark im Vorjahre. Für die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ist vor allem die Bewegung der Einnahmen aus dem Güterverkehr von Bedeutung. Spiegelt sich doch in ihnen bis zu einem gewissen Grade die Intensität des Warenverkehrs im Inlande, für deren Beobachtung sich sonst nur verhältnismäßig geringe Anhaltspunkte bieten.

Seit dem Jahre 1907 entwickelten sich die Einnahmen aus dem Güterverkehr wie folgt:

Januar-November	1907	1908	1909	1910	1911
Gesamteinnahme in Mill. Mark	1 460	1 437	1 464	1 566	1 700
Einnahme pro km in Mill.	29 581	28 715	28 775	30 283	32 427

Vergleicht man die Bewegung der Einnahmen in den ersten elf Monaten der Jahre 1910 und 1911, so erhält man folgendes Bild:

	Personenverkehr		Güterverkehr	
	Auf 1 km in Mark	Differenz geg. d. Vorj.	Auf 1 km in Mark	Differenz geg. d. Vorj.
Januar	1 031	+ 35	2 621	+ 171
Februar	908	+ 11	2 629	+ 170
März	1 137	+ 110	3 050	+ 352
April	1 396	+ 239	2 750	+ 21
Mai	1 308	+ 215	2 926	+ 352
Juni	1 663	+ 299	2 690	+ 69
Juli	1 754	+ 59	2 846	+ 128
August	1 674	+ 22	3 095	+ 200
September	1 499	+ 87	3 198	+ 250
Oktober	1 364	+ 48	3 335	+ 149
November	1 076	+ 41	3 287	+ 235

Abgesehen von den Monaten März bis Juni, deren Ergebnisse durch die wechselnden Termine des Oster- und Pfingstfestes wesentlich beeinflusst werden, zeigen die Monate November, September und August besonders starke Zunahmen gegen das Vorjahr.

Die Dezembererinnahme blieb hinsichtlich des Güterverkehrs hinter dem Vormonat etwas zurück, zeigte aber immerhin gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres eine Zunahme. Zudem dürfte ein erheblicher Teil des Ausfalls auf die in diesem Monat fallenden Feiertage zurückzuführen sein. Nach der im Reichseisenbahnamt aufgestellten Uebersicht betrug die Gesamteinnahme der deutschen Eisenbahnen im Dezember 1911 215 510 169 Mill., wovon 62 082 778

Mark auf den Personen- und 153 427 391 Mark auf den Güterverkehr entfielen. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres ergibt sich eine Steigerung von 10 515 791 Mark und zwar 4 814 737 Mark im Personen- und 5 701 054 Mark im Güterverkehr. Die Gesamtlänge der Bahnen betrug 53 153,55 Kilometer, d. i. 738,43 Kilometer mehr gegen das Vorjahr. Nachstehende Uebersicht gibt zum Vergleich die Verkehrsziffern der deutschen Eisenbahnen in den Jahren von 1904 bis 1911. Es betragen die Einnahmen aus dem

	Personenverkehr	Güterverkehr	Insgesamt
	in Millionen Mark		
1904	572,0	1 278,0	1 852,0
1905	605,1	1 344,2	1 949,4
1906	652,4	1 434,3	2 146,7
1907	670,9	1 586,0	2 256,9
1908	690,4	1 557,4	2 247,8
1909	720,9	1 599,7	2 320,7
1910	778,9	1 713,4	2 492,3
1911	820,2	1 853,0	2 673,2

Die Steigerung von 1910 auf 1911 beträgt also 180,9 Mill. Mark. Eine stärkere Zunahme war nur im Jahre 1906 zu verzeichnen. Seit dem Jahre 1904, das als Korrespondenzjahr für 1911 in der letzten Hochkonjunkturperiode gelten kann, sind die Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen um 821,2 Millionen Mark gestiegen.

Als ebenso glänzend wird die Lage des Eisen- und Kohlenmarktes geschildert. Auch die Elektrizitäts- und die chemische Industrie weisen vorzügliche Abschlüsse auf. Selbstverständlich steht das Verkehrsgewerbe nicht zurück. Die in Aussicht gestellten Gewinne der Verkehrsgesellschaften haben im abgelaufenen Jahre eine recht erhebliche Steigerung der Unternehmungslust zur Folge gehabt. Die Summe der Neuinvestitionen belief sich in den Monaten Januar bis November 1911 bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. auf 60,31 Millionen Mark gegen 44,04 Millionen Mark im Vorjahre. Die für Neugründungen aufgewendete Summe ist von 25,48 auf 48,64 Millionen Mark gestiegen. Die Kapitalserhöhungen beliefen sich auf 12,67 Millionen Mark, das bedeutet gegen das Vorjahr eine Abnahme um 5,89 Mill. Mark. In den ersten elf Monaten der Jahre 1907 bis 1911 stellte sich die Summe der Neuinvestitionen bei den Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. des Verkehrsgewerbes in Millionen Mark auf:

1907	1908	1909	1910	1911
Neuinvestitionen	76,77	38,55	29,24	44,04
Differenz	- 38,22	- 9,31	+ 14,30	+ 16,27

Trotz der kräftigen Belebung der Unternehmungslust in den letzten beiden Jahren wurde im Jahre 1911 die Höhe der Neuinvestitionen vom Jahre 1907 bei weitem noch nicht erreicht. Die Geschäftsergebnisse der Verkehrsgesellschaften haben sich im letzteren Rechnungsjahre, das bei den meisten einen großen Teil des Kalenderjahres 1911 mit umfaßt, ganz wesentlich gebessert. In den Monaten Januar bis November 1911 haben insgesamt 404 Aktiengesellschaften ihre Bilanzen für das Betriebsjahr 1910/11 mit dem Vorjahre vergleichbar veröffentlicht. Das Aktienkapital dieser Gesellschaften wurde im letzten Jahre von 1 538,5 auf 1 565,2 Millionen Mark erhöht. Die Summe der für das Geschäftsjahr 1910/11 zur Ausschüttung gebrachten Dividende belief sich auf 79,93 Millionen Mark. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Steigerung um 13,81 Mill. Mark. In Prozenten des Aktienkapitals ergibt sich eine Zunahme von 4,3 auf 5,1 pSt. Die Bewegung der Abschreibungen läßt sich bei 344 Gesellschaften verfolgen. Diese brachten im letzten Jahre auf 1 433,56 Millionen Mark Nominalkapital 95,28 Millionen Mark zur Abschreibung. Im vorhergehenden Jahre stellte sich die Summe der Abschreibungen bei 1 409,50 Millionen Mark Grundkapital auf 86,50 Millionen Mark. Für einen Vergleich von Nettogewinn und Verlusten in den letzten beiden Jahren lassen sich die Bilanzen von 423 Aktiengesellschaften verwenden. Bei diesen entwickelten sich die Geschäftsergebnisse wie folgt:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in Millionen Mark	Nettogewinn resp. Verluste
1909/10	363	1 491,49	+ 96,47
	60	80,71	- 8,22
1910/11	375	1 520,43	+ 119,40
	48	80,98	- 9,36

Mithin ist der Nettogewinnüberschuß im letzten Jahre von 88,25 auf 110,04 Millionen Mark gestiegen. In Prozenten des jeweiligen Aktienkapitals ergibt sich eine Besserung von 5,61 auf 6,87 pSt., eine Verzinsung, bei der sich schon leben läßt.

So brachte das Jahr 1911 allen kapitalbegünstigten Gläubigern reiche Beute, sie können heiter zurücksehen. Aber wir? Haben wir unsern Anteil bekommen? Es ist hier nicht der Ort, sich über die Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes näher auszulassen. Nur soviel sei hier konstatiert: Unsere Bestrebungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Berufscollegen zu bessern, sind auch im abgelaufenen Jahre nicht erfolglos gewesen. Zwar reisten nicht alle Mitentwürfe, aber das lag entweder daran, daß wir unsere Kräfte überschätzten, oder den Gegner unterschätzten — oder aber, und das ist ausschlaggebend, die Hungersnotpreise betrogen uns um die Früchte unserer Arbeit. Die Teuerung, die heute nicht einmal mehr von der „gottgewollten Abhängigkeit“ abgestritten werden kann, ist nicht von heute oder gestern, wenn sie dennoch erst seit wenigen Monaten richtiggehend geworden ist, so deshalb, weil der trockene Sommer eine noch stärkere Anziehung der Teuerungsschraube befürchtete. Heute wissen wir, daß diese Befürchtung Tatsache geworden ist, und selbst der vorsichtige Calwer sieht noch kein Ende der Preissteigerung. Das ist um so unheimlicher, als die Voraussetzung der höheren Lebensmittelpreise, nämlich die zu erwartende schlechte Ernte eine falsche war. Zum größten Teil wenigstens.

Vollständig anders, als man in den endlos heißen und trockenen Sommer- und Frühherbstmonaten erwartete, ist die Brotgetreidernte ausgefallen, nämlich beim Weizen wie beim Roggen überdurchschnittlich reichlich. Beim Weizen kam man sogar auf den höchsten, bisher überhaupt verzeichneten Ertrag (1910: 3 861 479 Tonnen, diesmal 4,06 Millionen Tonnen.) Die bisher höchste Roggenerte brachte das Jahr 1909 mit 11 348 415 Tonnen, dagegen fällt das diesjährige Ergebnis mit 10,86 Millionen Tonnen nur wenig ab, und von allen bis 1900 vorangegangenen Jahren stehen nur 1904, 1908, 1909 und 1910 über der Grenzlinie von 10 Millionen Tonnen.

Umgekehrt stellt sich das Bild für andere Produkte. Am wenigsten noch für Gerste, bereits mehr für Hafer, am merkbarsten bei den Kartoffeln, deren Defizit gegen das Vorjahr sich auf mehr als 9 Mill. Tonnen beläuft; allerdings soll die Erkrankungsnummer der Knollen nur 1,3 pSt. gegen 8 pSt. im Vorjahre betragen. Wir wiederholen wenigstens die Hauptzahlen der letzten Veröffentlichung (in Millionen Tonnen):

	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
1911	10,86	4,06	3,15	7,70	34,37
1910	10,51	3,86	2,90	7,90	43,46
1909	11,34	3,75	3,49	9,12	46,70
1908	10,73	3,76	3,05	7,69	46,24

Neben den Kartoffeln haben, wie vorauszusehen, Alee, Heu und Wiesen, also die Futtermittel und Futterquellen der Viehproduktion, schwer gelitten. Bei Alee ist ein Minus von ungefähr 5 Millionen Tonnen, bei Heu ein solches von 600 000 Tonnen, bei Bewässerungswiesen ein solches von 700 000 To. und bei anderen Wiesen ein solches von 8 Millionen Tonnen zu konstatieren.

Schon die bloßen Produktionsziffern lassen erkennen, daß die unbestreitbaren ungünstigen Faktoren im allgemeinen auch eine wesentliche Abmilderung durch relativ günstige Gegenwirkungen erfahren haben, obwohl Glück und Unglück selbstverständlich für die Einzelwirtschaften sehr verschieden stark in die Waagschale fallen können. Von einer agrarischen Allgemeinkrise könnte schon deswegen nicht die Rede sein.

### Ein großer Naturforscher für den Sozialismus.

Die Lehre vom Kampf ums Dasein und der Auslese der Bestangepaßten, die mit Darwin's Namen bezeichnet wird, hat bekanntlich lange genug gehalten müssen, um die kapitalistische Klassenherrschaft mit dem Glanze der „Naturnotwendigkeit“ zu bekleiden und ihrer brutalen Tatsächlichkeit so etwas wie eine wissenschaftliche Rechtfertigung zu verleihen. Zu dieser tenzenziblen Ausschaltung einer auf ganz andere Verhältnisse berechneten Theorie paßt es nun freilich schlecht, daß Darwin selbst, der mit großer Sympathie die Lebensarbeit von Karl Marx beurteilte, aber selbst den sozialen Problemen ziemlich fremd gegenüberstand, nie daran gedacht hat, derartige Verzerrungen seiner Lehre gutzuheißen; noch weniger aber, daß Darwin's Kampfgedanken, die großen Forscher Huxley und Wallace, gerade aus ihren naturwissenschaftlichen Erkenntnissen die Einsicht in die Notwendigkeit der Sozialismus gewonnen haben. In energischer Weise hat sich soeben wieder Wallace, der allein aus jener Generation von Bahnbrechern noch am Leben ist, zu dieser Frage geäußert. Anlässlich seines 88. Geburtstages hat ihn ein Mitarbeiter der Daily News aufgefordert, der wie folgt die Unterredung mit dem schneeweissen Gelehrten, der übrigens scharfer Gegner der monarchischen Weltanschauung ist und sich zu einer spiritistischen Auffassung bekennt, wiedergibt.

„Ich nehme an, Doktor, Sie haben die letzte Wahl mit Interesse verfolgt?“ „Ja wohl. Es geht vorwärts, wenn auch langsam. Das ist heute die Hauptsache.“

„Ich nehme an, daß Sie das soziale Programm der Regierung begrüßen, so die Zwangsversicherung gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit?“ — „Zwangsversicherung“, antwortete W., indem das Licht des Kampfes in seine blauen Augen trat, „ist nur ein Umweg zu dem, was in viel besserer Weise getan werden sollte. Es ist eine augenblickliche Abhilfe und eine sehr beschränkte dazu. Sie soll denen helfen, die schon etwas besser daran sind, nicht aber der niedrigsten Schicht der Arbeiter, die fortfahren werden zu hungern.“

„Mit der besseren Weise meinen Sie den Sozialismus?“ — „Ich meine eine klarbestimmte Annäherung an den Sozialismus, aber dieses Programm liegt gar nicht in der Richtung zum Sozialismus. Wie Spencer gesagt hat: wenn man ein im Grund ungefundenes System hat, gibt es darin keinen besten oder richtigen Weg. Man muß die Grundlage richtig legen.“ — und er schlug lebhaft auf den Tisch. „Ich bin nicht einverstanden mit den Sozialisten im Unterhaus. Sie scheinen ihre eigenen Grundsätze nicht zu kennen oder nicht nach ihnen zu handeln, sondern nur die Regierung zu unterstützen, deren Vorschläge, so gut sie sein mögen, doch nur Stückwerk sind.“

„Doch, wie Sie sagen, Doktor, wir gehen voran. Meinen Sie nicht, daß es heute besser ist, als vor 50 Jahren?“ — „Nein! Ich möchte sagen, daß es für die Kernisten schlimmer geworden ist. Die wundervollen wissenschaftlichen Entdeckungen und ihre technische Anwendung haben, bei aller Steigerung des Wohlstands, die Armut nicht vermindert.“

Sie ist absolut, ja, ich glaube, auch relativ heute viel größer, als sie vor 50 Jahren war. Es ist sehr schwer zu sagen, ob von einer wirklichen Verbesserung die Rede sein kann. Ich glaube, die meisten Leute waren in meiner Jugend gar nicht schlechter daran als heute. Natürlich gab es damals nicht das selbe Interesse für Wissenschaft und Kunst, und in dieser Hinsicht ist der Ausblick ermutigend. Aber die Grundfrage von allem: die Vorfrage, daß in England jeder Mann, jedes Weib und Kind die Möglichkeit eines unabhängigen Auskommens hat, ist noch zu suchen. Die jetzige Regierung hat zu meiner Freude zum ersten Mal in der Geschichte der Regierung es als ihre Pflicht erkannt, die Not zu beseitigen; das ist das Hoffnungsvollste, was ich sehe. Wenn erst jeder Mann und jede Frau eine Stimme hat, werden wir mehr Arbeitermänner und Sozialisten ins Parlament bekommen und werden dann auch rascher vorwärtskommen.“

„Sie denken, daß der Sozialismus Fortschritte macht?“ — „Nestige. Alles andere hat völlig selbsteingeschlagen. Das heutige System des Wettbewerbs um persönlichen Reichtum hindert die Zivilisation. Wir können nicht sagen, daß wir Zivilisation haben, wenn unsere Vorkämpfer ohne Nahrung, Kleidung und Obdach zu Grunde gehen. Das man dem alten Leuten 5 Schilling die Woche gibt, um sie vor dem Hungertod zu schützen, das zeigt meines Erachtens gerade, wie tief wir gesunken sind. Na, es ist doch ein Anfang, und ich freue mich schon sehr mit dem kleinsten Anfang.“

Das Weniger in der Quantität findet nun aber vollends seine Ergänzung in dem Mehr der Preise. Wenn wir, mit dem sachkundigen und zuverlässigen Statistiker der „Voss. Ztg.“ die Durchschnittspreise der 10 Jahre 1889 bis 1898 gleich 100 setzen, dann erhalten wir folgende Relativzahlen \*):

	Jahresdurchschnitt		Monatsdurchschnitt		
	1908	1909	1910	Okt. 1910	Sept. 1911
Roggen Berlin	126,0	119,3	103,0	101,3	124,9
Weizen Berlin	122,1	135,3	122,3	116,3	119,2
Hafer Berlin	112,5	116,8	105,3	100,0	125,1
Gerste Breslau	108,3	104,8	95,6	93,7	101,0
Kartoff. Breslau	101,4	109,5	96,4	96,9	188,4
Rohzuck. Magdeb.	75,0	77,2	89,7	66,3	129,6
Melasse Magdeb.	203,7	231,4	203,4	172,4	299,4
Spiritus Hamburg	142,8	107,4	106,6	112,2	116,0

Zieht man in Rücksicht, daß für fast alle diese Produkte schon die Jahre 1908 und 1909, für den Zucker auch 1910, Teuerungsjahre waren, so verschiebt sich das Bild nochmals ganz beträchtlich.

Neblich bei der Erzeugung tierischer Produkte (Fleisch, Milch, Wollereierzeugnisse). Uebermals den Durchschnitt von 1889/98 gleich 100 gesetzt, stellen sich die Relativzahlen:

	Jahresdurchschnitt		Monatsdurchschnitt		
	1908	1909	1910	Okt. 1910	Sept. 1911
Schweine Berlin	111,6	128,0	123,9	126,3	115,8
Rindvieh Berlin	143,6	143,1	171,6	181,5	162,4
Sammel Berlin	135,8	136,6	142,9	143,0	134,6
Butter Berlin	117,0	114,9	116,3	115,6	130,6
Schmalz Bremen	133,1	170,8	183,1	184,9	142,7
Häute u. Felle, (bes. Ochsen-)					
Bremen	118,2	139,7	149,3	148,0	145,9

Nach diese Preise halten sich demnach nicht nur hoch über dem Durchschnitt des zugrunde gelegten Jahrzehnts, sondern weiter fast immer über oder doch nicht viel unter den lehrjahrigten Hochziffern, die man in diesem Falle bereits seit 1906/07 als Teuerungsziffern bezeichnen kann.

Es handelt sich bei dieser Statistik natürlich um Großhandelspreise, im Kleinhandel ist die Verteuerung der Lebensmittel ungleich stärker. Eine statistische Fixierung der Detailpreise ist aber fast unmöglich, — niemand hat das nachdrücklicher erfahren als Calwer, als er sich bekommen ließ, Preisfeld zur teuersten Stadt in Deutschland zu machen. Es wurde damals bekannt, daß die Detailpreise von — Schulreuten, — diesen Mädchen für alles, festgestellt worden waren. Wir schieden das voraus, weil nachstehende Zeiten aus dem Calwerischen Bureau kommen und mancher Kollege vielleicht die Wichtigkeit der Zahlen anzweifeln könnte. Da aber eine andere Methode zur Feststellung der Detailpreise nicht bekannt ist, auch kaum zuverlässigere Resultate bringen wird, andererseits die Objektivität Calwers zweifellos ist, lassen wir seine Aufstellung folgen:

Eine Beobachtung des Nahrungsmittelverbrauchs von Monat zu Monat unter Zinnhaltung der gleichen Beobachtungsmethode ergibt für ca. 170 deutsche Plätze, daß die auf Grund der Nahrungsmittelration eines deutschen Marinefeldaten berechnete wöchentliche Familienration von insgesamt 23,50 Mk. im Januar auf 24,64 Mk. im November, also um 1,14 Mk. gestiegen ist. Das ist ein Plus von rund 5 pCt.. Die stärkste Steigerung um 0,40 Mk. pro Woche entfiel auf den Monat Juli; mit 0,28 Mk. folgte der August. Dann ging die Steigerung zurück, um im November einem Minus Platz zu machen. Für Januar bis November beträgt der wöchentliche Kostenaufwand 24,14 Mark. Berechnet man auf Grund der berücksichtigten Plätze eine Indexziffer für die verschiedenen Landesteile und verfolgt die Bewegung von Januar bis November, so ergibt sich, daß für die Mehrzahl der Landesteile die Indexziffer stärker als für sämtliche berücksichtigten Plätze gestiegen ist, was auf die verschiedene Stärke der Bevölkerung in den berücksichtigten Plätzen zurückzuführen ist. In folgenden Landesteilen ist die Verteuerung stärker als im Reichsdurchschnitt gewesen, und zwar geht die Steigerung aus dem Vergleich der Januar- und November-Indexziffer hervor. Es betrug die Indexziffer in Mark:

Landesteile	Januar 1911	November 1911	Steigerung
Posen	22,74	24,86	2,12
Brandenburg	22,80	24,78	1,98
Thür. Staaten	23,31	25,21	1,90
Hannover	22,21	24,10	1,89
Elsaß-Lothr.	24,31	26,18	1,87
Schlesien	23,26	24,94	1,68
Sachsen	24,27	25,95	1,68
Meckl. Landesteile	22,94	24,58	1,64
Mecklenburg-Schwerin	22,52	24,10	1,58
Pommern	22,21	23,74	1,53
Baden	24,85	26,17	1,32
Berlin und Vororte	23,04	24,27	1,23
Rgr. Sachsen	22,91	24,10	1,19

Sehr stark war demnach die Verteuerung in Posen, Brandenburg und in den Thüring. Staaten, während Berlin und Vororte, sowie das Königreich Sachsen relativ günstig abschneiden, wenn sie auch etwas über dem Reichsdurchschnitt stehen. Unter dem Reichsdurchschnitt blieb die Verteuerung des Nahrungsmittelverbrauchs, wie er sich für die berücksichtigte Nation stellt, in den nachstehenden Landesteilen, in denen er sich auf Markt stellte:

\*) Als nicht zu verwechseln mit absoluten Preisen in Mark und Pfennig.

Landesteile	Januar 1911	November 1911	Steigerung
Hessen	23,41	24,45	1,04
Württemberg	23,12	24,15	1,03
Schleswig-Holstein	23,84	24,65	0,81
Bayern	23,46	24,16	0,70
Rheinland	25,35	26,01	0,66
Westfalen	23,47	23,98	0,51
Anhalt	24,39	24,87	0,48
Hessen-Nassau	24,47	24,94	0,47
Ostpreußen	21,88	22,33	0,45
Westpreußen	21,87	22,21	0,34

Am geringsten war die Steigerung der Preise in Westpreußen, Ostpreußen, in Hessen-Nassau und Anhalt. Die Steigerung des Aufwandes für die Ernährung ist also im Jahre 1911 allgemein gewesen, aber sie war ihrem Grade nach sehr verschieden; sie schwankte zwischen 0,34 und 2,12 Mk. pro Woche.

So hätten wir die Signatur des verflochtenen Jahres: größere Gewinne den Unternehmern, höhere Lebensmittelpreise den Arbeitern. Bleibt noch die Frage: Wie wird es im laufenden Jahre? Nach dem sachverständigen Urteil aller kapitalistisch interessierten Kreise ist der Kulminationspunkt der Konjunkturkurve noch nicht erreicht. Während die meisten Kapitalisten dem Augenblick leben, haben andere die Lebensdauer der gegenwärtigen Entwicklung auf zwei Jahre bemessen. — Sei dem wie ihm wolle, auf jeden Fall hat der Arbeiter auf der Wacht zu stehen. Hält die Wirt-

### Der Proletarier.

Er schreitet zwischen goldenen Garben von Weizen die er rüßig schafft. Und muß im Angesichte darben der vollen Speicher seiner Kraft. Nichts nennt er aus der frohen Fülle des Daseins, die er stündlich weckt, sein eigen, als die karge Fülle, die seiner Notdurft Blöße deckt.

Wohl ringt auch er nach hohen Zielen und streckt die Hand nach einem Glück; doch nur mit Schründen und mit Schwielen gefüllt, zieht er sie stets zurück. Des Lebens ungemess'ne Spenden sind ihm wie Wasser fortgerollt. und hassen blieb an seinen Händen kein anderes als der Sonne Gold.

So steht er abseits den Gelagen des Lebens als vergess'ner Gast und nur im Kreise seiner Plagen wird ihm die schwerverdiente Rast. Am Ende geht er aus den Schranken an nichts als nur an Hoffnung satt und weiß, wie wenig er zu danken und wieviel er zu fordern hat.

schaftslage an, dann heißt es alle Kräfte anspannen, um den Vorprung, den die Steigerung der Lebensmittelpreise zc. vor der Steigerung der Löhne hat, einzuholen. Schwankt die Konjunktur, oder wird sie gar rückläufig, dann hat die Arbeiterchaft ihre Kräfte zu verdoppeln, um allen Lohnreduktionsgeflüsten gewappnet und stark genug gegenüber zu stehen. Die unzerbrechliche Waffe der Arbeiter heißt Organisation. Das Jahr 1911 hat uns auch in dieser Beziehung vorwärts gebracht. Die Zahl der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter stieg von 2 128 021 auf 2 440 000; die Zahl der organisierten Transportarbeiter aller Branchen stieg im Jahre 1911 von 152 954 auf 193 600. Das ist eine stolze Armee. Nehmen wir dazu, daß bei der letzten Reichstagswahl 4 1/2 Millionen Männer über 25 Jahre ihren festen Willen kundgaben, auch die Interessen der Arbeiter geschützt zu sehen, dann dürfen wir freudig in die Zukunft blicken. — Mit uns der Sieg! — Wenn wir wollen!

### „Schutz den Arbeitswilligen“

Die Scharfmacher und ihre ergebenen Preslakaien fordern in der letzten Zeit fortwährend von der Regierung Gesetze zum „Schutz der Arbeitswilligen“. Es wird immer so hingestellt, als ob heute die „Arbeitswilligen“ in Preußen-Deutschland jedes Schutzes bar wären. Und doch braucht man nur einen Blick in die Gerichtsberichte zu tun, um sofort zu erkennen, daß das Schreien des Scharfmachertums, zum besseren Schutze der Arbeitswilligen, elender Humbug ist. Polizei und Gerichte tun heute doch schon Überzeugend zur Beschützung der Unternehmerrückbildung. Wenn schon von Schutz geredet werden soll, so könnte man viel eher Gesetze zum Schutze der Streikenden gegen Po-

lizeischikane und gegen Brutalität der Arbeitswilligen fordern. Daß dem so ist, ist schon des öfteren bewiesen worden.

Unsere Kollegen in Duisburg können davon ein Liedchen singen.

Wie bekannt, streikten im Sommer 1911 bei der Firma Schweitzer die Kollegen Holzträger und bei der Rheinisch-Westfälischen Expeditionsgesellschaft die Kollegen Getreidearbeiter. Beide Streiks mußten wegen des starken Zuzugs von Streikbrechern abgebrochen werden. Und bei beiden Streiks leisteten Polizei und Gerichte das Menschenmögliche zum Schutze der Arbeitswilligen. Dagegen wurde unsern Kollegen, die Streikposten standen, die Ausübung dieses gesetzlichen Rechtes nahezu unmöglich gemacht. Strafanzeigen und Protokolle waren an der Tagesordnung. Es verging fast kein Tag, an dem nicht mehrere Anzeigen erstattet wurden. Die Herren Hingebürder und Siebenmonatskinder erfreuten sich des ausgiebigsten Schutzes der heiligen Germandat. Die Gerichte arbeiteten mit einer großartigen Schnelligkeit. Es schien, als ob sich Polizei und Gerichte in der Beschützung der Arbeitswilligen Konkurrenz machen wollten. Die Gerichte, besonders das Duisburger Schöffengericht, arbeiteten nach dem Schema: Schutz den Arbeitswilligen und Verurteilung der Streikenden um jeden Preis. Der Vorsitzende des Schöffengerichts Herr Amtsgerichtsrat Wiedenhöver hat dies in einer Verhandlung frei und offen erklärt, indem er wörtlich sagte: „Jeder, der einen Arbeitswilligen befähigt, wird prinzipiell nur mit Gefängnis bestraft.“ Und nach diesem Grundsatz wurden dann auch die meisten Urteile gefällt. Die Zahl der gefällten Urteile ist geradezu erschreckend. Bis zum 22. Januar 1912 sind wegen angeblicher Beleidigung von Arbeitswilligen und sonstiger Streikvergehen von den Gerichten 15 Kollegen insgesamt zu 33 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt worden. Weiter haben die Gerichte und die Polizei über 44 Kollegen noch 1214,15 Mk. Geldstrafen verhängt. Und nur in 4 Fällen erfolgte gegen angeklagte Kollegen die Freisprechung.

Die Höhen der einzelnen Gefängnisstrafen schwanken zwischen 4 Monate und 14 Tage. Nicht weniger als 3 Kollegen erhielten je 4 Monate Gefängnis. Und darunter sind zwei Fälle, die mit dem Streik aber auch gar nichts zu tun hatten. Fälle, die sich als eine ganz gewöhnliche Meilerei entpuppten, aber es kam ein Meister der Rheinisch-Westfälischen Expeditionsgesellschaft dabei in Frage, und da der Streik bestand, avancierte der Meister zum Arbeitswilligen und mußte als solcher „geschützt“ werden.

Die Geldstrafen betragen in den einzelnen Fällen 100 Mk., 90 Mk., 60 Mk., 50 Mk., 40 Mk., 30 Mk., 20 Mk., 15 Mk. usw. Das Gericht und die Polizei scheinen den Standpunkt zu vertreten, durch Verhängung von hohen Geldstrafen unsere Rasse zum Wohle des Staates zu erleichtern.

Damit sind aber die Bestrafungen noch nicht abgeschlossen. Die Polizei versucht jetzt noch immer neue Anklagen zu konstruieren und verhängt noch Geldstrafen über Vorkommnisse, die sich Ende September oder Anfang Oktober abgepielt haben sollen. Und nach den noch anstehenden Gerichtsverhandlungen zu urteilen, kann heute schon mit Gewißheit vorausgesagt werden, daß die verhängten Gefängnisstrafen 3 Jahre überschreiten werden.

Wie weit man den Schutz der Arbeitswilligen treibt, geht aus folgendem hervor, die Frau eines Kollegen Hafnarbeiters brachte ihrem Mann immer das Mittagessen. Hierbei wurde sie fortwährend von einem Arbeitswilligen belästigt und verspottet und verhöhnt. Er hat ihr oft die Worte zugerufen: „Dummes Fackel, gehst deinem dummen und faulen Kerle Fresser bringen. Dein Mann braucht net zu arbeiten. Geh du mal arbeiten für dein' Perl.“ Ebenso hat er täglich vor ihr ausgespielt. Die Beleidigung und Beschimpfung durch den Arbeitswilligen waren so schlimm gewesen, daß der Kollege die Sache einem Polizeibeamten mitteilte. Einem Tages wurde sie wieder von dem arbeitswilligen Helfen belästigt. Die Frau nahm nun in ihrer Erregung die Tasche mit dem Mittagessen und warf es dem W. ins Gesicht. Dabei hat die Frau auch erschütterndes geschimpft. Das Ende vom Lied war, daß die Frau eine Anklage wegen Bedrohung, Beleidigung und Mißhandlung bekam. Nicht weniger als 9 Paragraphen des Strafgesetzbuches sollte die Frau übertreten haben. (Weggehen und Übertretung gegen § 367, Ziffer 10, 223, 223a, 366, Ziffer 7, 185, 200, 241, 74, 77 des Strafgesetzbuches).

In der Gerichtsverhandlung trat der Arbeitswillige als einziger Zeuge gegen die Angeklagte auf, da man die Zeugen der Angeklagten nicht geladen hatte. Bei seiner Vernehmung verwickelte sich der W. in Widersprüche. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er von der Angeklagten geschlagen worden wäre, verneint er dies zunächst. Erst als ihm der Vorsitzende die Antworten durch die Fragestellung in den Mund legt, bejaht er oder verneint er alles, was er gefragt wird. Der Anwalt hält die Angeklagte nach der Aussage des Zeugen W. der Mißhandlung, Bedrohung und Beleidigung für überführt und beantragt deshalb eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen. Die Angeklagte ersucht das Gericht, die Verhandlung zu vertagen und die von ihr genannten Zeugen zu laden. Das Gericht verurteilt die Angeklagte wegen Bedrohung und tätlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 40 Mk. Das Gericht, das auf den Antrag der Angeklagten auf Vertagung nicht einging, führte zur Begründung des Urteils an: Nach den glaubwürdigen Aussagen des Zeugen W. sei festgestellt, daß sich die Angeklagte der Bedrohung und der tätlichen Beleidigung schuldig gemacht habe, da sie noch unbestraft sei, habe das Gericht eine Geldstrafe für ausreichend erachtet.

Die Aussagen des Arbeitswilligen, der von der Angeklagten schwer belästet wurde, genügten dem Ge-

richt, eine bisher unbestrafte Frau zu verurteilen. Mit der Beurteilung dieser Angeklagten dürfte wohl der Rekord im Arbeitswilligenschuß geschlagen sein. Die Verurteilung der Frau bedeutete aber gleichzeitig die Verurteilung eines Freibrüdes an die Arbeitswilligen für alle möglichen Schandthaten. Wahrhaftig, wir gehen herrlichen Zeiten entgegen...

Des ganz besonderen Schutzes der Gerichte erfreuten sich aber jene traurigen Selben, die mit Revolver auf unsere Kollegen losgingen und für die ein Menschenleben gar nichts bedeutete.

Der Rechtsanwalt Gosen, der gelegentlich eines Anlasses, der bei dem Streit Schweizer entstand, einen unbeteiligten holländischen Ziegeleiarbeiter niederknallte und schwer verletzte, handelte angeblich aus Notwehr und ging frei aus. Dafür wurde der verletzte Ziegeleiarbeiter nach seiner Wiederherstellung als lästiger Ausländer aus den Gefilden Preußens ausgewiesen.

Der frühere Schuhmann und spätere Streikbrecher und Totschläger Brachhage, der bei dem Streit bei der Rheinisch-Westfälischen Expeditionsgesellschaft unserer Kollegen Weierling meuchlings erschoss, ist laut Mitteilung der bürgerlichen Presse von der Staatsanwaltschaft ebenfalls außer Verfolgung gesetzt worden. Auch er soll sich angeblich in Notwehr befinden haben.

Ueber diese beiden Handlungen der Duisburger Gerichte auch nur ein Wort der Kritik zu verlieren, hiesse ihre Wirkung abschwächen. Nur das eine sei bemerkt: Hätten Streikende Arbeitswillige in der Notwehr erschossen, sie wären nicht so glimpflich davon gekommen. An ihnen hätte man ein Exempel statuiert, das nach dem christlichen Grundsatz: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ ausgefallen wäre.

„Klassenjustiz“ gibt es aber doch nicht! Kollegen in Duisburg! Die Opfer der Klassenjustiz und die Opfer der Arbeitswilligen müssen von uns gerächt werden. Und dies kann am besten dadurch geschehen, daß wir aus den Vorkommnissen lernen und unsere Organisation stärken. Zum wir das, dann sind die Opfer nicht umsonst gefallen.

### Der Ruin der deutschen Industrie durch die Scharfmacher.

Das Ideal unserer Scharfmacher ist der unorganisierte zuckende Arbeiter, der sich von seinem Brotherrn widerstandslos möglichst hohe Arbeitszeit und möglichst niedrigen Lohn diktieren läßt. Die Gewerkschaften müssen nach den unvergeßlichen Worten des Generalsekretärs Bueck vom Zentralverbande deutscher Industrieller mit unerschütterlichem Willen vernichtet und niedergeschlagen werden; und durch ein Ausnahmegesetz will man es dahin bringen, daß der Arbeitswillige „erhobenen Hauptes auf der Straße gehen kann“. Als ob die heutige, den Unternehmern verbundene Staatsgewalt nicht ohnehin schon alles getan hätte, um die gewerkschaftliche Tätigkeit lahm zu legen und die Streikbrecher, diese dem Staat besonders nützlichen Elemente, wie sie in den Motiven zur Zuchttausvorlage heißen, vor jedem unfreundlichen Blick zu schützen.

Das Drängen der Scharfmacher begegnet, wie die Verhandlungen in der zweiten sächsischen Kammer und in der Hamburger Bürgerschaft wieder gezeigt haben, bei unseren Behörden einem nur zu liebevollen Verständnis. Es lohnt sich unter diesen Umständen, der Frage nachzuspüren, ob denn in der Tat bei der ersetzten Verfassung der Arbeiterschaft die deutsche Industrie gewinnen würde.

Es gibt ja Länder, in denen die Emanzipation des Arbeiters und dessen staatlicher Schutz gegen Ausbeutung noch nicht weiter gelangt ist, als in den modernen Industriestaaten vor etwa einem Jahrhundert. Wenden wir uns auf unser Nachbarreich Rußland, so finden wir hier zwar nicht einen völligen Mangel an Arbeiterschutzgesetzen, aber doch in dieser Hinsicht einzig Bestimmungen, die nur auf dem Papier stehen; und auch die Arbeiterorganisationen, die zur Revolutionszeit sich zu bilden begannen, sind in den letzten Jahren zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgedrückt worden. Die Nachtarbeit der Kinder und Frauen forciert. Die von dem arbeiterfreundlichen Minister Dunge eingefetzten Fabrikinspektoren wurden auf Betreiben der Unternehmer und der reaktionären Presse mit dem Minister fortgejagt und die Nachfolger des Reformers, Wjtschnegradski und Witte, taten alles, um die unwirksam gewordenen Fabrikherren zu verfühnen. Trotz des auf dem Papier stehenden Maximalarbeitstages von 11½ Stunden arbeiteten nach der letzten amtlichen Statistik im Moskauer Gouvernement 67,3 pCt. im Petersburger Gouvernement 66 pCt. der Fabrikarbeiter länger als 11½ Stunden.

Daß die Arbeitslöhne weit unter denen der westlichen Länder stehen, bedarf keiner Erwähnung; hervorheben wollen wir jedoch, daß infolge der ungeschützten Ausbeutung, der die russische Arbeiterschaft ausgesetzt ist, 1909 in Moskau auf 100 000 Einwohner 844,5 an Lungentuberkulose und Krankheiten der Atmungsorgane starben, während im selben Jahre in Berlin die Sterblichkeitsziffer an diesen Krankheiten 371,1 betrug. Wie belanglos trotz alledem die russische Konkurrenz ist, ergibt sich daraus, daß der Gesamtaufgabenhand in Rußland, seine wesentlich in Betracht kommenden Agrarprodukte eingeschlossen, 1909 nur 3,5 pCt. des Gesamtaufgabenhandels der Welt ausmachte, mit anderen Worten, daß er sich nur halb so hoch stellte wie der des kleinen Japan.

Aber blicken wir auf ein anderes Land, in dem Arbeiterschutz und Arbeiterorganisation womöglich noch belangloser sind als in Rußland, auf Japan nämlich, das ungleich dem russischen Riesereich mit

Siebenmeilenstiefeln in der modernen Kultur vorwärts schreiten soll. Von Japan, das in der Kriegskunst auf westeuropäischer Höhe steht, wird ganz besonders befürchtet, daß es der alten wie der neuen Welt auch auf industriellem Gebiete ein rücksichtsloser Konkurrent werden könne. In der Tat ist hier die Arbeitskraft erfreulich wohlfeil. Ein Weber verdient 90 Pf., eine Textilarbeiterin 50 Pf. täglich, und selbst die am höchsten bezahlten Bauarbeiter kommen nur auf 1,60 Mk. Tagelohn. Arbeiterschutzgesetze existieren nicht. Nach einer Darstellung, die der Kulturhistoriker Dr. Ernst Schulze kürzlich in der „Vossischen Zeitung“ veröffentlichte, befanden sich unter den 649 676 Fabrikarbeitern, die im Jahre 1909 gezählt wurden, 400 925 Frauen, 13 937 Knaben und 42 956 Mädchen. Von diesen letzteren werden die meisten in der lebensgefährlichen Zündholzindustrie beschäftigt. Die Arbeitsbedingungen in den japanischen Fabriken nennt der erwähnte Kulturhistoriker vielfach rücksichtslos; nach einer japanischen Autorität, Herrn Nudota vom Kaiserlichen japanischen Gesundheitsamt, sind die meisten Arbeiterinnen gezwungen, die Fabriken zu verlassen, weil ihre Konstitution untergraben ist, nachdem sie zwei oder drei Jahre Nachtarbeit getan haben, die in japanischen Fabriken sehr häufig ist. Die Tuberkulose verlagert unter den japanischen Arbeiterinnen tausende von Opfern. Mit Schutzhüllen ist Japan gesegnet wie nur irgend ein Land der Welt. Und mit welchem Ingrimm die Regierung dieses Landes jede Spur von Arbeiterorganisation unterdrückt, zeigen die zahlreichen Gewaltmaßnahmen, von denen auch die deutsche Arbeiterpresse neuerdings vielfach berichten konnte.

Kurzum, Japan ist ein Land, in welchem die Gesetzgebung alle Forderungen, die ein deutscher Scharfmacher nur erheben kann, erfüllt hat. Und doch lächelt unser Gewährsmann über die Beschäftigung, daß dieses Land ernsthaft der europäischen oder amerikanischen Industrie gefährlich werden könnte. Nach dem Ausdruck eines in Japan angefertigten amerikanischen Fabrikdirektors beauftragt in Cleveland ein Mann vier oder fünf Drahnmägelmaschinen und hält sie in Ordnung; in Japan braucht man hingegen vier oder fünf Leute, um eine Maschine zu beaufsichtigen, und sie verstehen sie trotzdem nicht in Gang zu halten, wie dies nötig wäre. Seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bestehen in Japan Zündholzfabriken, und doch stehen nach Schulze die japanischen Zündhölzer an Brauchbarkeit weit hinter den deutschen oder schwedischen zurück. In der Textilindustrie kann eine in Amerika oder Westeuropa ausgebildete Arbeiter vier Seilen eines Spinnrahmens bedienen, während der ungelernete Japaner nur eine zu übernehmen vermag. An der Sechsmaschine leisten japanische Arbeiter nur halb so viel wie amerikanische.

Auch die Beispiele aus Japan mit seiner gewiß intelligenten Bevölkerung zeigen also, daß die deutsche Industrie sich ihr eigenes Grab gräbt, wenn sie mit Hilfe der ihr untertänigen Regierung das Scharfmacherideal zu verwirklichen sucht und die aufstrebende deutsche Arbeiterschaft in eine Herde willenloser und rechtloser Arbeitstiere verwandelt. Im Gegensatz zu den Herren vom Zentralverband und den Vätern des Zuchttausgesetzes kann man aussprechen, daß die deutsche Industrie sich nicht ihre Weltmachtstellung erobert hätte, wenn nicht die sozialdemokratische Aufklärungsarbeit verrichtet worden wäre und wenn nicht die Gewerkschaften der Arbeiterschaft die Waffen zum Kampf in die Hand gegeben hätte. Je mehr die Arbeiter sich befähigen, den Schlotbaronen den Dunkel des Herrtums auszutreiben, einen je größeren Anteil vom Arbeitsprodukt sie sich erobern, je mehr wird Deutschland wirtschaftlich aufblühen. Um so intensiver wird allerdings auch die Sozialisierung der Produktion eingeleitet werden und um so deutlicher sich die Ueberfülligkeit des Herrtums ergeben.

### Die Gründung gelber Werkvereine in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin.

Seit einigen Tagen ist die Offenlichkeit wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß hier und da die Unternehmer den Versuch unternehmen, für die Arbeiter ihres Betriebes gelbe Werkvereine ins Leben zu rufen. Warum sie dies tun, begründen sie damit: Die Arbeiterschaft vor der verheerenden Tätigkeit der Sozialdemokratie resp. deren Gewerkschaften zu bewahren.

Die Benennung dieser gelben Werkvereine ist sehr verschieden. Bei der einen Firma wird die Einrichtung „Sparverein“ genannt, bei der anderen wieder „Beteiligungverein“, wo anders „Prämienverein“, und schließlich haben sie nach den Namen Arbeiterverein, „Werk- und Fabrikverein“.

Ihr Zweck ist überall derselbe. Die Gründung liegt nicht in der verheerenden Tätigkeit, die die Arbeiter von außen her erhalten könnten, sondern der Gründungszweck ist der: die Arbeiterschaft in ihrem Ganzen zu demoralisieren, um sie unfähig zu machen, daß sie als ein geschlossenes Ganzes auftreten kann, um Forderungen in bezug ihrer Lebenslage zu stellen.

Diese Aufgabe ist bisher in allen denjenigen Betrieben, wo die gelben Vereine bestehen, festgestellt worden. Die gelben Vereine demoralisieren die Arbeiter, sie erziehen Spitzel und eigennütige Menschen. Also mit anderen Worten gesagt: das gute Einvernehmen der Arbeiter untereinander soll durch das Bestehen der gelben Vereine ein für allemal dauernd zerstört werden.

Und dies ist auch der Zweck, den die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft mit ihrer gelben Vereinsgründung verfolgt. Denn die Einigkeit, die unter den Arbeitern ihres Betriebes besteht, ist ihr seit Jahren ein Dorn im Auge. Schon vor zwei Jahren

wurde von der Direktion der A. E. G. Adrstr. wie auch in der Brunnenstr. ein ähnlicher Versuch unternommen. Damals galt es, in die Reihen der Arbeiter und Lagerarbeiter Uneinigkeit hineinzutragen, indem eine Anzahl in Wochenlohn und tägliche Kündigung gestellt wurden. Von den Beteiligten wurde damals gegen diese Veränderung protestiert, und bei der Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß war der Direktor Zwang so freundlich zu sagen, daß es wirklich ihre Absicht sei, sich eine Schutztruppe zu schaffen, um vor Ueberraschungen gesichert zu sein.

Jetzt ist nun die A. E. G. einen Schritt weiter gegangen und hat zum „Mittelmittel“ der Gelben gegriffen. Der Verein hat den Namen A. E. G. Fabrikverein erhalten. Ins Leben wurde dieser Verein gerufen zu einer Zeit, wo die Wunden der Massenauflösung noch nicht verheilt waren, sondern noch stark schmerzten. Am 30. November 1911 flogen durch Beschluß der Industriellen, zu denen auch die A. E. G. gehört, 36 000 Arbeiterinnen und Arbeiter auf Straßenpflaster; am 4. Dezember war die Absperrung beendet und am 7. Dezember 1911 wurde der A. E. G. Fabrikverein gegründet.

Bei der Gründung wurde von den Gründungsrednern immer und immer wieder hervorgehoben, daß die Vereinsgründung ein ganz besonderer Herzenswunsch des Herrn Generaldirektor Baurat Matenau sei und daß der Verein nur den Zweck haben solle, die Unorganisierten der A. E. G. in sich aufzunehmen, damit sie bei wiederkehrender Absperrung nicht hilflos auf der Straße liegen u. a. m.

Es ist rührend, wenn man hört, wie besorgt die A. E. G. - Leitung um ihre lieben Unorganisierten ist. Nachdem aber der Verein am 7. Dezember gegründet war, merkten die Arbeiter sehr bald, daß der Wittgliederfang sich nicht nur auf die Unorganisierten erstreckte, sondern es wurde wahrgenommen, daß auch bei den Organisierten agitiert wurde, um sie zu dem Eintritt zu bewegen. Und ferner wurde auch in der Arbeiterannahme auf die Neueingestellten ein Druck auszuüben versucht. Es wurde den Arbeitssuchenden gesagt, daß sie Einstellung erlangen können, wenn sie vorher unterschrieben ihren Beitritt zum gelben Werkverein erklären. Hiergegen legten die Arbeiter sofort Protest ein und es gelang, diesen Zwang bei den Einstellungssuchenden zu beseitigen.

Stehen wir nun nochmal für einen Augenblick zurück und wenden wir uns den Gründungsrednern zu, die da behaupteten: Die Gründung des Fabrikvereins sei ein Herzenswunsch des Herrn Baurat Matenau.

Herr Geheimrat Baurat Matenau ist der Generaldirektor der A. E. G. - Werke und da ist zu verstehen, wenn dieser Herr ein besonderes Interesse an dem Fabrikverein hat. Wer den Herrn kennt, der weiß, daß Herr Baurat Matenau ein ganz gerissener Geschäftsmann ist und nichts macht, woran er nicht verdienen kann. Auch der gelbe Fabrikverein ist von ihm eine wohlberednete Einrichtung, an der er sein Prozentschen verdienen will.

Bisher war es das heftigste Bestreben der Generaldirektion, die Lage der notleidenden Aktionäre zu verbessern, den Direktoren die Gehälter zu erhöhen und den Aufsichtsratsmitgliedern für ihre schwere Mühelastung eine anständige Lantime zu gewähren. Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen hat sich wohl Herr Baurat Matenau und seine übrigen Kollegen bisher am wenigsten Kopfschmerzen gemacht. Das Erstrebenswerteste liegt bei diesem Herrn darin, daß jährlich die Reingewinne in ansehnlicher Weise in die Höhe gehen. Eine kurze Uebersicht der Gewinnüberschüsse von den letzten sechs Jahren ergaben folgendes Bild des Entwicklungsaufstieges, der selbst durch die Krisenjahre 1907/1908 nur verlangsamt, aber nicht ein einziges Mal völlig unterbrochen wurde:

Geschäftsjahr	Nettoergebnis	Dividendenberechtigtes Grundkapital	Dividenden
1905/06	12 888 952	93 Millionen	11
1906/07	14 868 175	100 "	12
1907/08	15 931 211	100 "	12
1908/09	16 384 571	100 "	13
1909/10	18 425 225	100 "	14
1910/11	22 140 729	130 *)	14

Wie die vorstehenden Zahlen zeigen, haben sich die Reingewinne seit sechs Geschäftsjahren um annähernd 10 Millionen Mark erhöht. Den Vorteil davon haben schließlich die Aktionäre gehabt, denn deren Dividende ist ständig gestiegen. Anders dagegen steht es mit den Löhnen der Arbeiter in der A. E. G. aus. Bei diesen ist von einer Lohnsteigerung nichts zu spüren. Die Lohnverhältnisse, unter denen die A. E. G. - Arbeiter frohden, sind alles andere, aber keine guten zu nennen. Vor zwei Jahren war es der Herr Generaldirektor, Baurat Matenau, der auf der Generalversammlung der Aktionäre erklärte, daß die Mindestlöhne für die in der A. E. G. beschäftigten Arbeiter 65 Pf. pro Stunde betragen. Diese Neuierung des Herrn Generaldirektor hat damals unter den Arbeitern a l l g e m e i n e s S t a u n e n erregt. Man wunderte sich, daß so etwas behauptet werden kann, da doch der Herr Generaldirektor als oberster Leiter des Unternehmens wissen muß, daß das, was er sagte nicht zutrifft. Oder war der Herr Baurat nicht genügend von der wirklichen Lohnhöhe seiner Arbeiter informiert? Sollte das Letztere vielleicht zutreffen, so mußte Herr Matenau aber andere Meinung werden, nachdem im Frühjahr 1909 in den verschiedensten Abteilungen Kämpfe sich abspielten, deren Ursache in der niedrigen Entlohnung zu suchen war. Ganz besonders ist an den Streit der Transportarbeiter vom Werk der Brunnenstraße zu erinnern.

\*) Davon 30 Millionen nur auf ½ Jahr befristigt.

Gerade die Transportarbeiter, Backer und Lagerarbeiter sowie die große Anzahl von Betriebshilfsarbeitern sind es, die in der U. G. G. sehr schlecht entlohnt werden.

Es kommen da von dieser Berufs-kategorie ungefähr 5000 in Frage, die in den U. G. G.-Betrieben tätig sind. Gelegentlich der Aufnahme einer Statistik konnte festgestellt werden, daß annähernd 4000 Beschäftigte gleich 80 pCt. einen Stundenlohn beziehen, der unter 45 Pf. beträgt. Von diesen wieder sind es 2500, die nur einen Stundenlohn von 40 und 42 Pf. beziehen.

Die Arbeitszeit in der U. G. G. beträgt im Durchschnitt 58 Stunden pro Woche, so daß demnach der Lohn des größten Teiles der Beschäftigten von den 5000 zwischen 22,30 Mk. und 25,20 Mk. beträgt, abzüglich von 90 Pf. Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge. Nächst man nun weiter die bestehende Forderung für Wohnungsmiete, Bekleidung und Lebensmittel in Betracht, so ist es ein wahres Wunder, wie die Kollegen es möglich machen, mit den paar Mark überhaupt auskommen zu können.

Und nun, wer die Direktion, diese schlechten Löhne sind die eigentlichen Ursachen, die die Arbeiter nicht unzufrieden macht und aufhebt. Auf der einen Seite sehen sie durch ihrer Hände Arbeit Heberluft in Hülle und Fülle, der aber nur jenen zugute kommt, die nichts tun und auf der anderen Seite haben die diese Werte schaffen, mit Not, Hunger, Sorgen und Elend zu kämpfen. Meint man denn da oben, daß die Arbeiter nicht in der Lage sind, dies unterscheiden zu können. Hunderte von Agitatoren können die Arbeiter nicht mehr aufheben als wie sie durch diese Tatsache aufgehebt werden.

Diese Auffassung scheint die Direktion auch zu haben und daher ihre Anstrengungen, die Arbeiter durch den Fabrikverein von der Verbesserung ihrer Lage abzulenken.

Ob die U. G. G.-Arbeiterschaft dumm genug sein wird, auf die gelegten Leimruten zu kriechen, muß erst abgewartet werden. Soweit die in der U. G. G. Beschäftigten Verbandsmitglieder sind, hat die Leitung es nicht unterlassen, sie über den wahren Sachverhalt und die Hintergedanken der Direktion aufzuklären.

Nun noch einige Ausführungen zu den Vereinssatzungen. Der Paragraph 1 des Statuts sagt: „Zweck des Vereins ist die Unterstützung der Mitglieder, sowie deren soziale und wissenschaftliche Aufklärung und Förderung. Die Mitglieder des Vereins dürfen sich mit anderen Vereinen oder Organisationen nicht in Verbindung setzen.“ Der Paragraph 2 regelt die Aufnahme und den Austritt. Aufgenommen kann jeder U. G. G.-Arbeiter werden, der vorher schriftlich erklärt, keiner Organisation anzugehören, die außerhalb des Betriebes Mitglieder aufnimmt, auch müssen die Aufnahmesuchenden sich verpflichten, diese Organisationen mit Geldmitteln irgend welcher Art nicht zu unterstützen; im Übertretungsfalle erfolgt der sofortige Ausschluss. Der Austritt kann durch eingeschriebenen Brief erklärt werden bei einer dreimonatlichen Frist. Auch steht dem Vorstande das Recht zu, Mitglieder auszuschließen, die im Verdachte stehen, die Interessen des Vereins nicht zu fördern.

Die Beiträge betragen für männliche Arbeiter 25 Pf. pro Woche und für weibliche 15 Pf. Außerdem ist wöchentlich 10 Pf. für einen Extrafonds zu leisten. Wahrscheinlich für die Zeitungsabgabe, den „Bund“.

An Leistungen sind vorgesehen: Krankengeld für männliche Mitglieder wöchentlich 2 Mk., für weibliche wöchentlich 1 Mk. Außerdem soll für Familienangehörige ein Teil der Arztkosten getragen werden und zwar in Höhe von ganzen 15 pCt., bei Krankenhausbehandlung der Familienangehörigen aber nur 10 pCt. Weibliche Mitglieder sollen eine Wöchnerinnen-Unterstützung von 25 Mk. erhalten. Bei eintretendem Sterbefall eines Mitgliedes kann eine Sterbeunterstützung bis zu 50 Mk. gewährt werden.

Verläßt ein Mitglied den Betrieb der U. G. G., so verliert er damit alle Rechte an den Verein. Eine Rückzahlung der geleisteten Beiträge findet nicht statt. Zur Gründung eines Reservefonds scheidet die U. G. G. eine Summe von 5000 Mk., welche aber erst nach 5 Jahren dem Verein als Eigentum zufällt usw.

Die ganzen Satzungen umfassen 17 Paragraphen, von denen wir hier nur einen Auszug der zunächst wichtig erscheinenden gebracht haben, welcher Quark der ganze U. G. G.-Fabrikverein ist. Geld versteht die Direktion den Mitgliedern abzumöpfen, aber die Leistungen bleiben hinter allen Erwartungen zurück. Ein wahrer Hohn ist die Krankenunterstützung. Bei Familienkrankheiten soll ein Zuschuß zu den Arztkosten von 15 pCt. gegeben werden. Ist dies nicht ein Humbug, auf eine Mark 15 Pf. zu ersehen? Bisher hat bei derartigen Fällen die Matilde-Ratenauf-Stiftung die ganze Summe getragen. Wie figura zeigt, ist das Bestreben vorhanden, die Matilde-Ratenauf-Stiftung so langsam auszuschalten. Hier scheint es wieder einmal richtig zuzutreffen, daß Wohlfahrts-einrichtungen nur Humbug sind, für die Arbeiter nichts taugen, aber für die Firma nach außen hin einen gewissen Glanz geben sollen. Also, Kollegen, seht euch vor, ihr seid gewarnt!

Die Agitatoren für den U. G. G.-Fabrikverein sehen sich aus der Beamenschaft zusammen. Aus den Reihen der Arbeiterschaft hat die Firma bisher noch niemanden bekommen, der ehrlos genug wäre, sich als Subjekt für Unternehmerinteressen gebrauchen zu lassen. Die Herren Abteilungs-chefs, einige Meister und etliche Meister-schreiber, fühlen sich als qualifiziert, die Agitation für die Direktion zu betreiben. Alle Mittel werden von diesen Herren angewandt, um die Hummen zu fangen. Als vor einigen Jahren diese Herren um eine Feuerungs-zulage unter-tänigst bat en, wurden sie ob ihres Vergehens als —

D hsen und G e s e l l t u t i e r t. Vielleicht sagt sich die Direktion jetzt, mit diesen Menschen kann sie alles machen. Also die Augen auf, wenn diese Dressurmenschen kommen!

### „Herren“ der Straße? —

Schon häufig haben wir unter der Rubrik „Automobilfahrer“ Front gemacht gegen jene Herrenmenschen die es verschuldet haben, daß heute der Durchschnitts-europäer in jedem noch so harmlosen Kraftwagen eine Mordmaschine sieht. Unsere Kollegen Chauffeure leiden am schwersten unter diesem allgemeinen Vorurteil, denn wieviel Väterdubend der schon erwähnten Durchschnitts-europäer denkt darüber nach, wer der wirklich Schuldige ist, und die Automobilzeiungen verschleiern die Sache der Chauffeure noch, indem sie wohlweislich die Hand ablassen vom wirklich Schuldigen, dem Besitzer des Wagens, den sogenannten Herrenfahrern, und in krasser Einseitigkeit Passanten, Fuhrleute usw. die alleinige Schuld zuschieben. Wir haben selbst niemals ein Hehl daraus gemacht, daß das weit verbreitete Vorurteil gegen den Kraftwagen recht viel zum mißlichen Verhältnis beigetragen hat, aber desto energischer müssen wir unsere Kollegen Kutscher gegen die Praktiken jener „Herrenfahrer“ in Schutz nehmen, die anscheinend über mehr freie Zeit als über Arbeits-lust verfügen. Die Annahme dieser Herrschaften geht so weit, daß sogar ein Unternehmerblatt, der „Automobil-Betrieb“ dagegen protestiert. In der letzten Nummer der Zeitschrift heißt es:

„Bei dieser Besserung des Verkehrs-wesens müßten sich natürlich auch die modernen Verkehrsmittel selbst beteiligen und mit der Polizei und dem Straßenbau-wesen Hand in Hand gehen. Sie haben dazu um so

### Mehr Unfälle — weniger Renten!

Unglaubliche Abwelsungen von Rentenansprüchen Unfallverletzter lenkten schon längst die Aufmerksamkeit auf die Systematik in der Rentenversicherung. Verküppelte Gliedmaßen, ja das Fehlen derselben gilt einfach nur noch als unschädlicher Schönheitsfehler! Diese Art Sozialpolitik macht sich schon sehr deutlich in der Unfallstatistik bemerkbar. Trotz vermehrter Unfälle wird die Zahl der Renten immer kleiner. Es betrug nämlich die Zahl

	1907	1910
aller Unfallverletzten	465 224	484 097
der bewilligten Entschädigungen	75 370	69 311

Während die Zahl aller Verletzten um 18 873 zunahm, sank die Zahl der neuen Unfallrenten um 6059. Gleichzeitig stieg die Zahl der nur vorübergehend gezahlten Unfallrenten von 38 441 auf 39 766. Trotz der bedeutenden Zahl der Unfallverletzten sank die Zahl der neuen Dauerrenten — ausschließlich der Todesfälle — von 30 851 auf 24 258. Auf Kosten der Altersrenten wird gespart — und das nennt man dann Sozialpolitik!

mehr Veranlassung, als sie es doch sind, Unsicherheit und Beschwerden in den Verkehr getragen haben. Eigentlich haben sie wie die Parvenüs rücksichtslos von fremdem Gute Bestz ergriffen und den Fußgänger, Wagen und Reiter bedrängt und verdrängt. Wie protzig treten nicht viele Kraftwagenbesitzer auf? Früher lang das Signal noch sein und höflich, gewissmannen wie: „Bitte Platz zu machen.“ Heute luten die großen Ungeheime wie echte Grobiane nur noch: „Platz da!“, worauf alles rennt, rettet, flüchtet. Die Wollen von Staub und Stau, die die Gesellschaft zurückläßt, wirkt dann noch wie bitterer Hohn. Mit dem Rechte des Stärkeren proklamieren sie ein wahres Herrenrecht auf die Straße. Und doch sind sie eigentlich nur Eindringlinge, denn diese Straßen sind nicht für sie bestimmt. Für ihre Verkehrsmittel hätten sie sich eigene Straßen schaffen müssen.“

Dagegen halte man folgende

#### „B e t a n n t m a c h u n g .“

Für den Fahrverkehr auf öffentlichen Wegen ist durch Polizeiverordnungen vorgeschrieben, rechts auszuweichen und links zu überholen.

Wie die Erfahrung lehrt, pflegen namentlich die Führer der Pferdefuhrwerke jenen Bestimmungen nur geringe Beachtung zu schenken. Bei der Begegnung mit Fuhrwerken weichen sie nicht immer nach rechts, sondern nach der besser besetzten Straßenseite aus. Wenn sie von anderen Fahrzeugen, insbesondere von Kraftwagen, überholt werden sollen, beachten sie die vom Führer des überholenden Wagens gegebenen Zeichen häufig nicht und machen außerdem nicht immer links, sondern je nach dem Zustande der Straße auf der einen oder der anderen Seite zum Vorbeifahren Platz. Sehr oft wird ferner gegen die Vorschriften verstoßen, die verbieten, daß die Lenker von Fuhrwerken während der Fahrt schlafen oder die Gespanne unbeaufsichtigt auf der Straße stehen lassen. Endlich werden die Wagen während der Dunkelheit nicht vorschriftsmäßig beleuchtet. Ein großer Teil der Unfälle im öffentlichen Fahrverkehr ist lediglich auf eine solche nicht ausreichende Befolgung der polizeilichen Vorschriften zurückzuführen. Dies gilt namentlich für den stetig zunehmenden Verkehr mit Kraftwagen, der sich nur dann allzu vollziehen kann, wenn

die bestehenden Vorschriften (in Breslau namentlich die §§ 4, 18, 21, 26 und 29 der Polizeiverordnung über den Straßenverkehr in der Stadt Breslau vom 23. März 1891) von allen auf öffentlichen Wegen verkehrenden Fuhrwerken genau befolgt werden.

Es wird deshalb zur Verhütung von Unfällen auf strenge Befolgung der erwähnten Fahrvorschriften mit dem ausdrücklichen Vermerken hingewiesen, daß gegen alle Verletzungen jener Vorschriften unachtsamlich vorgegangen wird.

Gleichzeitig wird auf die genaue Beachtung der Verordnung des Bundesrats vom 3. Februar 1910 zum Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 hingewiesen.

Der Königliche Polizei-Präsident.  
gez. von Oppen.

Zweifellos hat die Polizei die Pflicht auf Ordnung im Straßenverkehr zu halten, aber wie ist diese Bekannmachung entstanden. Um zu beweisen, daß nicht die Sportfere, sondern die geplagten und geschundenen Fuhrleute die Schuld an den Unfällen tragen, hat wie andere Automobilklubs auch der Breslauer Automobilklub eine Anzahl Kontrollfahrten unter Begleitung von Polizeikommissaren (1) „in sein jährliches Sportsprogramm“ aufgenommen. Diese, das Sportsprogramm des Klubs abwechslungsreicher gestaltenden Kontrollfahrten sollen veranlaßt worden sein durch die zunehmenden Klagen der Kraftwagenbesitzer über die geradezu sträfliche Ignoranz der fundamentalen Bestimmungen für den Fahrverkehr seitens der meisten Pferdefuhrwerklenker“. Durch diese „sportlichen“ Veranstaltungen soll den Polizeikommissaren Gelegenheit gegeben werden, „sich vom Eize eines Kraftwagens aus ein klares Bild der zurzeit im Fahrverkehr herrschenden unhaltbaren Zustände machen zu können“. Der Breslauer Automobilklub hat im vergangenen Jahre drei solcher Fahrten veranstaltet. Der Erfolg war die oben wiedergegebene Bekannmachung des Polizeipräsidenten. Interessant an der Bekannmachung ist, daß der Kutscher stets die bessere Seite der Straße benützt. Das ist nur natürlich, und es liegt uns ein Urteil vor, das einen Kutscher freispricht, der nicht vorschriftsmäßig auswich, weil er auf der anderen Seite mit seinem Wagen stecken geblieben wäre. Der schlechte Zustand der Straßen wird durch polizeiliche Bekannmachungen nicht besser und da die Straße, wie der „Automobil-Betrieb“ treffend bemerkt, nicht nur für das Automobil da ist, sondern auch für jedes andere Fuhrwerk, könnte ein wenig mehr Unparteilichkeit nicht schaden. Von befreundeter Seite wird uns dazu noch geschrieben:

„Wie man sieht, haben die vergnüglichen Ausflüge das von den Breslauer Automobilisten gewünschte und von jedem preussischen Untertan erwartete Ergebnis gezeitigt: die Verkehrsliteratur ist um eine neue polizeiliche Bekannmachung bereichert worden. Diese Bekannmachung soll eine „glänzende Rehabilitierung für den Automobilismus sein, dem man bei allen Unfällen in Stadt und Land so gern die Schuld in die Schuhe schieben möchte“. Wir können dieser Ansicht nicht zustimmen, denn es ist u. E. zwecklos, die Polizeikommissare mit einer solchen einseitigen Kontrolle zu beschäftigen, wie es der Polizeipräsident von Breslau tat. Die Bekannmachung ist der Extrakt eines durchaus partiellischen Verfahrens zugunsten der Sportfere. Man bedenke nur, die reichen Besitzer der Automobile führen als neuen „Sportzweig“ die Kontrolle der armen Proletarier des Transportgewerbes ein und an diesem „Sport“ beteiligen sich Staatsbeamte, zu deren Dienstpflichten doch nicht nur die Kontrolle der Fuhrleute, die so wie so schon, wie alle Welt weiß, mehr als genug polizeilich beaufsichtigt werden, sondern auch die Kontrolle der Automobilbesitzer gehört.“

Die Vorgänge kennzeichnen deutlich die Zustände der heutigen „Ordnung“. Der arme Fuhrmann muß vom frühen Morgen bis zum späten Abend schwer arbeiten, er ist allen Unbilden der Witterung ausgesetzt, er muß trotzdem jederzeit seine ganze Aufmerksamkeit darauf richten, das wertvolle Eigentum seines Arbeitgebers, Pferde und Wagen, und die ihm zur Beförderung anvertrauten Güter, vor Schaden zu bewahren, er wird überall von den Gefahren des Verkehrs bedroht und ist keinen Augenblick sicher vor Unfällen, polizeilichen Strafmandaten und gerichtlichen Anklagen. Es kommt noch hinzu, daß der Lohn für die harte anstrengende Arbeit der Fuhrleute außerordentlich kläglich ist, darum Frau und Kinder immer Not leiden müssen und somit drückende Sorgen die ständigen Begleiter des Fuhrwerklenkers sind. Diese armen geplagten Proletarier noch extra zu kontrollieren, auf sich die Polizei noch ganz besonders aufmerksam zu machen, müssen sich Menschen an, die über viel freie Zeit und einen gefüllten Geldbeutel verfügen und die tagaus, tagein herrlich und in Freuden leben. Man muß schon sagen, es ist ein ganz unbegreifliches Beginnen, wenn ein Automobilklub die Kontrolle armer Proletarier als Sport betreibt.

An diesen Kontrollfahrten der reichen Automobilisten haben Polizeikommissare teilgenommen. Man ist berechtigt, zu fragen, werden die Polizeikommissare ihre Untergebenen auch zu Kontrollfahrten mit Pferdefuhrwerklenkern kommandieren, um den Kommissaren dadurch Gelegenheit zu geben, sich vom Eize eines Fuhrwerks aus ein klares Bild von dem Gebaren der Automobil-Herren-fröche auf den Straßen machen zu können, sich zu überzeugen, wie die Automobilisten fahren, wenn die Polizei nicht mit im Auto sitzt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Herren Polizeikommissare einen solchen Auftrag nicht erhalten werden und darum kann man die Kontrollfahrten als unparteiliche nicht bezeichnen.“

Die der gem ein samen O r g a n i s a t i o n

sowohl, als auch das uns von anderer Seite überlassene Material entgegenzustellen.

Zunächst und im allgemeinen erinnern uns die im betreffenden Referat ausgesprochenen Prophezeiungen von dem Verfall zahlloser Existenzen usw. an die Zeiten, wo überhaupt zum ersten Mal die Sonntagsruhe gesetzlich geregelt wurde.

Die Bedürfnisse des Publikums müssen aber gedeckt werden, und wenn Sonntags hierzu keine Möglichkeit mehr geboten wird, so muß dieses eben Werktag geschehen.

Dieselben Erfahrungen haben wir in Mannheim, wo seit 6 Wochen die vollständige Sonntagsruhe eingeführt ist, gemacht.

Sehr interessant war uns in betreffendem Referat die Behauptung, daß gerade die mittleren und kleineren Städte von der vollkommenen Sonntagsruhe geschädigt werden sollen.

ins Feld geführt, wonach zu befürchten sei, daß das Publikum, welches gewohnt, Sonntags nach der Großstadt zu fahren, um hier seine Einkäufe zu machen, dies nach Einführung der vollständigen Sonntagsruhe unterlasse und seine Bedürfnisse in seinen kleineren und mittleren Wohnplätzen decke.

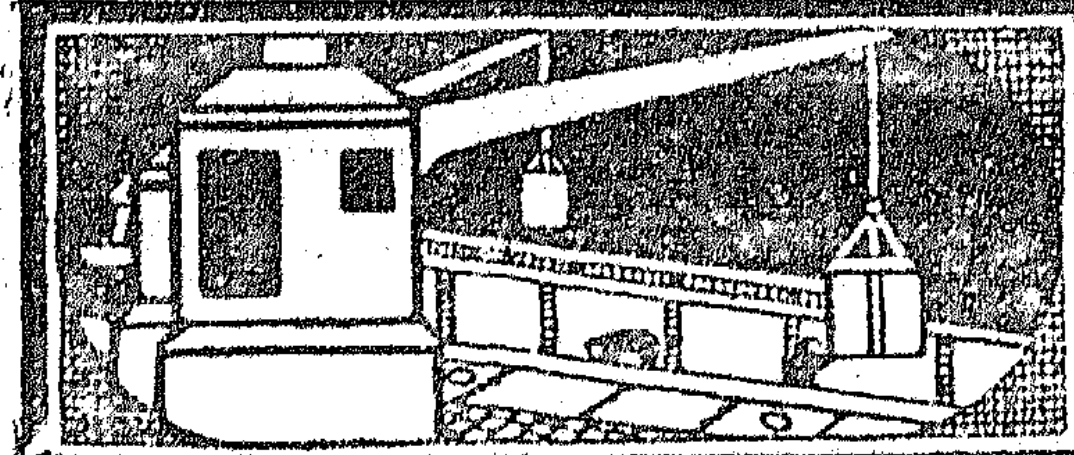
Die Organisationen der Detailistenbranchen sollten, statt die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe zu bekämpfen, darauf hinwirken, daß diese Materie reichsweit geregelt wird, damit kein Platz mehr die Möglichkeit hat, die Sonntage zum Verkauf, wenn auch nur in beschränkter Weise, freizugeben.

Wenn diese Zeilen diejenigen, die aus vollständiger Verkennung der Tatsachen gegen eine Einrichtung eifern, welche die größte Wohltat der Menschheit genannt zu werden verdient, anregen, diese Angelegenheit auch einmal von einem andern Standpunkte, als den sie bis jetzt eingenommen haben zu betrachten, so hätten sie ihren Zweck erreicht.

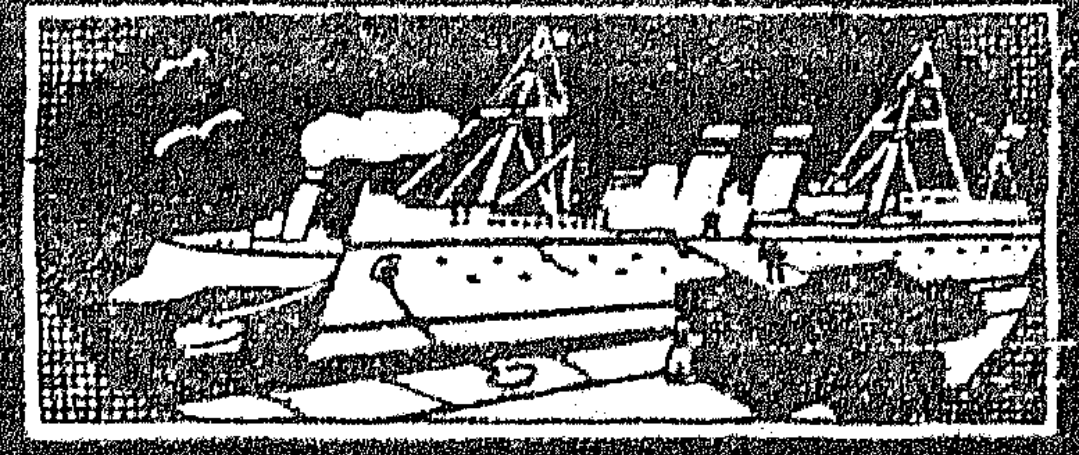
Diese Stimme kommt also aus dem eigenen Lager der Herren Detailisten und zerstört deshalb das

Märchen von der bösen Kleinbürger verderbenden Sonntagsruhe mit aller wünschenswerten Gründlichkeit. Und die da noch vom dummen zahlloser Existenzen durch die Sonntagsruhe schwaben, sind blamierte Europäer.

Hamburg I. Branche Frucht- und Eierarbeiter. Extra-Mitgliederversammlung am 25. Januar. Einleitend brachte Stender zwecks Umbildung einer erneuten Unterhandlung mit den Herren Arbeitgeber gepflogenen Schriftwechsel zwischen dem Verband und dem Verein Hamburger Südbucht-Großhändler zur Verlesung, worauf Eidenburg der Versammlung das Resultat der zwischen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkommission stattgehabten Unterhandlung bekannt gab.



# Hafenarbeiter



Ein Allerweltsterk. In der Sammlung „Die Gesellschaft“ (Herausgegeben von M. Huber, Verlag Witten u. Voening, Frankfurt a. M.) erschien im Jahre 1906 als sechstes Heft der Sammlung „Der Weltverkehr“ von Albrecht Wirth.

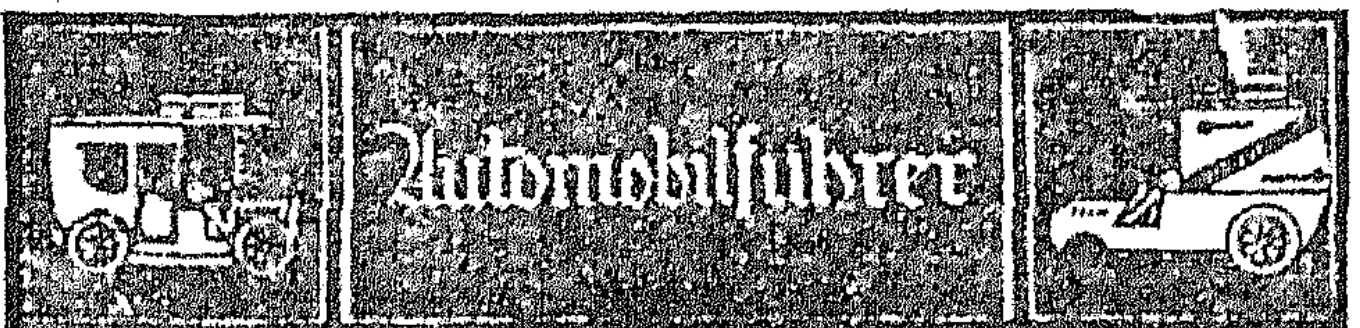
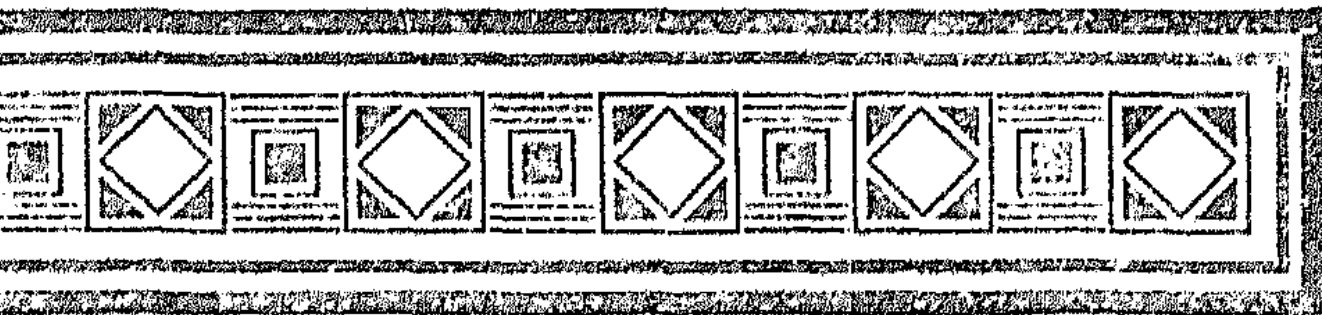
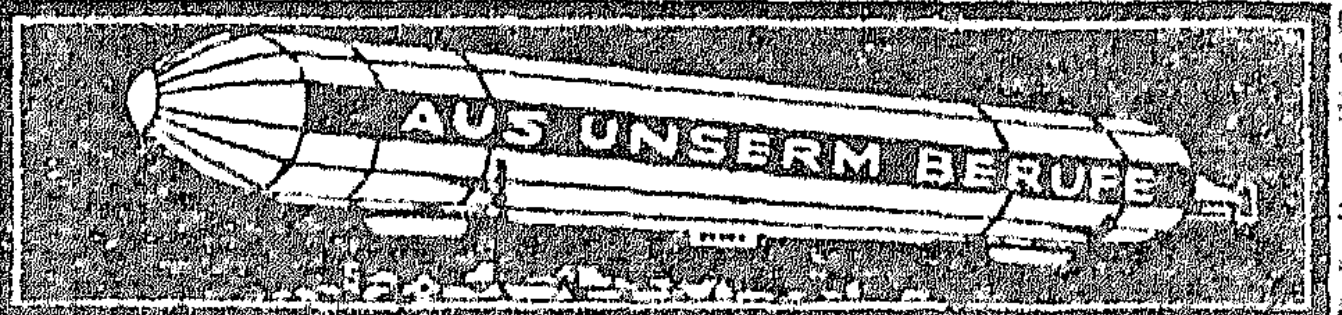
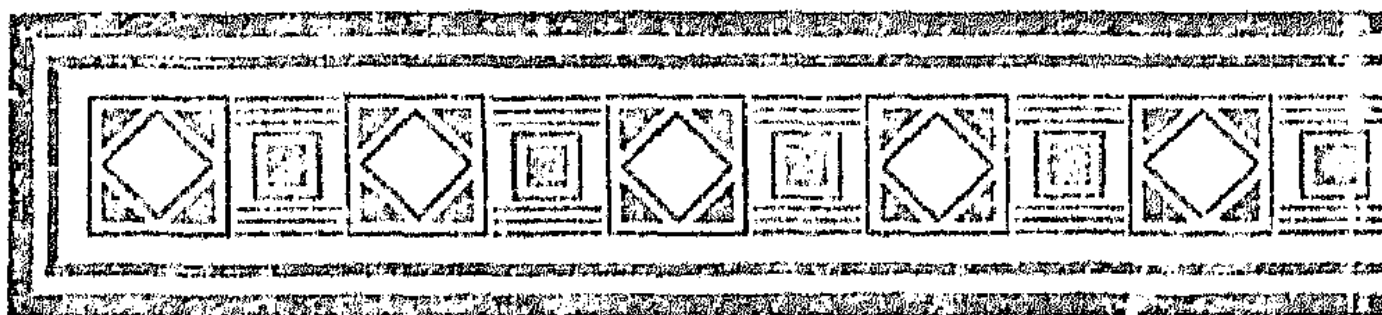
Wirth hat ja ein so warmes Herz für die Arbeiter, versteht sich: für die Arbeiter. Wir glauben, das schon mit den Zitaten aus seinem Buch bewiesen zu haben, mit welcher Sachkenntnis der Volkswirtschaftler Wirth speziell den gewerkschaftlichen Bestrebungen gegenübersteht.

Wir müssen den Verfasser hier unterbrechen, er hat nicht nötig, Rücksicht auf unsere Kollegen zu nehmen, denn es sind meistens Sozialdemokraten. Aber uns ist das Leben jedes Kollegen wert und teuer und deshalb appellieren wir dringend an die Geistesgegenwart unserer Kollegen, mögen sie sich durch das, was folgt, nicht aus dem weltlichen Gleichgewicht bringen lassen.

dem deutschen Transportarbeiter-Verband angehörigsten Chauffeure und wissen, daß sie sich gegen seitig Rücksichten schuldig sind. Ver nünftige Kollegen schikanieren sich nicht auf der Straße, suchen vielmehr einander das Leben und die Arbeit

zu erleichtern. Der deutsche Trans portarbeiter-Verband verlangt von seinen Mitgliedern, daß sich Chauffeure und Kutscher zu jeder Zeit als Verbandskollegen betrachten und demgemäß handeln. Wer dies nicht

tut, riskiert seiner Verbandsmit gliedschaft verlustig zu gehen. Gerichte und Polizei bedrängen Chauffeure und Kutscher gleichmäßig und im holden Einverständnis, das müssen schon ganz große Esel von Berufskollegen sein, die jenen noch das Material zur Schiene liefern.



**Benzinvergiftung.** Nach einer Zeitungsnote ist in Berlin ein Chauffeur an Benzinvergiftung schwer erkrankt, die er sich beim Austreten gefrorenen Benzins zugezogen habe. „Der Motorfahrer“, dem wir diese Note entnehmen, bemerkt dazu: „Da Benzin erst bei etwa 50 Grad Kälte erstarzt, dürfte es sich um Benzol gehandelt haben. Man kann bekanntlich Benzol dadurch am Gefrieren verhindern, daß man es mit Benzin oder Schwerebenzol vermischt. Die leider nicht genug bekannte Tatsache aber, daß man sich mit Benzin- und Benzoldämpfen schwer vergiften kann, sollte man sich einmal gründlich merken.“

**Dresden.** In zwei gut besuchten Versamm lungen beschäftigten sich die Droschkenchauffeure mit dem allzu schroffen Vorgehen der Polizeidirektion gegen sie wegen geringer Übertretungen der Verkehrsord nung. Aus den Ausführungen des Referenten sei etwa folgendes hervorgehoben: Bis in die neueste Zeit hinein sind im Stadtgebiet ganz selten Anzeigen wegen zu schnellem Fahren erfolgt. Ganz plötzlich aber sind Anzeigen über Anzeigen erstattet worden. Und was hierbei besonders auffiel, war die Höhe der festgesetzten Strafen, die absolut in keinem Ver hältnis zu den Einnahmen der Chauffeure stehen. Es sind für den einzelnen Fall Geldstrafen bis zu der Höhe von 30 Mk. festgesetzt worden. Der durch schnittliche Wochenverdienst der Chauffeure beträgt bei einer 7tägigen Arbeitszeit pro Woche 27 Mk. bis 28 Mk. Hieraus kann man ersehen, wie hart die Strafe den Chauffeur trifft. Die erlaubte Fahrge schwindigkeit beträgt im Stadtgebiet 20 Kilometer in der Stunde. Eine Droschke 2. Klasse fährt etwa 15 bis 20 Kilometer. Eine Droschke 1. Klasse, die halb wegs ein gutes Pferd vorgespannt hat, fährt 25 Kilo meter. Die Straßenbahn fährt ebenfalls mindestens 20 Kilometer. Und die Autodroschke, die doch ihren Hauptwert gerade als schnelleres Beförderungsmittel hat, darf ebenfalls nur 20 Kilometer in der Stunde fahren. Die Fahrgäste verlangen eine schnellere Ver förderung. Kommt der Chauffeur diesem Verlangen nicht nach, steigen sie aus mit der Motivierung: „dann fahre ich mit der Droschke oder Straßenbahn, wo ich eben so schnell da bin, und komme noch weit billiger.“ Uebersteigt der Chauffeur die zulässige Fahrgeschwin digkeit, um dem Fahrgast gerecht zu werden, dann droht ihm evtl. ein Strafmandat in der Höhe eines Wochenlohnes. Das ist offenbar ein Unrechtsstand, der dringend der Abhilfe bedarf. Die Verbandsleitung hat sich im Auftrage der Chauffeure an die Polizeidirektion mit dem Ersuchen gewandt, die zulässige Fahrgeschwindigkeit entsprechend den Verkehrsverhält nissen zu erhöhen, oder aber die Polizeiorgane anzu weisen, den Chauffeuren gegenüber etwas mehr Nachsicht zu üben. In dem Antwortschreiben wies die Polizeidirektion auf die vielen Beschwerden des Publikums hin, die sich gegen das schnelle Fahren der Chauffeure richten, wodurch sie sich erst ge zwungen gesehen habe, die unteren Organe anzu weisen, schärfer gegen das schnelle Fahren der Chau feure vorzugehen. Auch die Erhöhung der zulässigen Fahrgeschwindigkeit sei solange nicht angängig, bis sich das Publikum an den Automobilverkehr besser gewöhnt hat. Hieraus ist zu ersehen, daß die Poli zeidirektion nach wie vor an den in letzter Zeit ge troffenen Maßnahmen festhalten gedenkt. Auch die Herbeiführung eines gerichtlichen Urteils wegen der Strafhöhe war in allen Fällen erfolglos. Auf gabe der Verbandsleitung wird es sein, hier Men derung zu schaffen. Dazu bedarf es aber der Mithilfe sämtlicher Chauffeure. In der Debatte wurden die Ausführungen des Referenten durch einige drastische Beispiele ergänzt, wonach Fahrgäste mit Anzeigen drohten, weil die Chauffeure angeblich zu langsam fuhren. Es sei vollständig ausgeschlossen, daß alle die Bestimmungen eingehalten werden können, wenn das Automobil überhaupt noch einen Wert haben soll. Hierauf ging ein Antrag ein, wonach solange die Arbeit eingestellt werden soll, bis die Polizei behörde die jetzt getroffenen Maßnahmen aufhebt und die zulässige Geschwindigkeit erhöht. Der Referent bekämpfte diesen Antrag und weist darauf hin, daß es im Interesse der Chauffeure viel richtiger sei, die Bestimmungen genau zu befolgen und das fahrende Publikum darauf aufmerksam zu machen. Werden dann die Autodroschken nicht benutzt, so sind die Chauffeure dafür nicht verantwortlich zu machen. Der Antragsteller zieht hierauf seinen Antrag zurück. Es wird sodann folgender Antrag in der Abendversamm lung gegen eine Stimme und in der Frühversamm lung einstimmig angenommen: Die Chauffeure ver pflichten sich, entgegen dem Verlangen der Fahrgäste, schnell befördert zu werden, in allen Fällen die Be stimmungen der Verkehrsordnung genau zu befolgen und es den Fahrgästen anheim zu stellen, sich be fährlich an die Polizeidirektion oder an die

Autodroschen-Gesellschaft zu wenden. Zum Schluß weist der Vorsitzende darauf hin, an dem gefassten Beschlusse festzuhalten, obwohl sie hierbei wirtschaft lich geschädigt seien, denn es sei besser, man ver diene wöchentlich ein paar Mark weniger, als daß man des öfteren Geldstrafe von 30 Mk. und mehr entrichten soll.

**Das Reichsgericht über Fahrlässigkeit im Kraftwagenverkehr.** (Urteil des Reichsgerichts vom 1. Februar 1912.) Der in einer Münchener Re paraturwerkstatt für Automobile angestellte Werkmeister W. unternahm an einem Herbsttage des vergangenen Jahres mit einem Kraftwagen, dessen Reparatur er ausgeführt hatte, eine Probefahrt. Der betreffende Wagen war besonders stark und wog 1400 Kilo gramm. Auf der Rückfahrt gegen Abend überholte er auf der Landstraße in schnellem Tempo das be deutend kleinere Automobil des Apothekers K., das von diesem gelenkt und außer mit ihm und seiner Frau noch mit zwei anderen Fahrgästen besetzt war. Auf einer unauffälligen Weise nahm nun während des Überholens der Wagen des K. eine Wendung nach rechts, prallte gegen einen Baum und stürzte um. Alle vier Insassen wurden hinausgeschleudert und erlitten zum Teil nicht unerhebliche Verletzungen. Dem Führer des größeren Automobils, Werkmeister W., wurde nun zur Last gelegt, in fahrlässiger Weise und unter Außerachtlassung der Aufmerksamkeit, zu der er vermöge seines Berufes besonders verpflichtet war, die Körperverletzung der vier Personen verur sacht zu haben. Festgestellt wurde, daß W. mit großer Fahrgeschwindigkeit, etwa 60—70 Kilometer vorbeige fahren ist, ferner, daß er sehr dicht vorbeigefahren ist, denn nach eigener Angabe bestand in diesem Augenblicke zwischen seinem und dem überholten Fahrzeug nur ein Zwischenraum von etwa 25 Zenti meter. Die Strafkammer in München kam nun zu der Ueberzeugung, daß der Unfall entweder dadurch verursacht sein müßte, daß der Wagen des W. den anderen im Vorbeifahren streifte und so wider den Willen des Lenkers auf die Steuerung in der Be schriebenheit Weise einwirkte, oder daß der Apotheker K., von dem vorüberfahrenden Fahrzeug erschreckt, unwillkürlich eine Wendung machte. Allerdings sei an dem Wagen des W. keinerlei Beschädigung zu ent decken, die auf eine Art Zusammenstoß hinweise; ver möge seines Gewichtes und der großen Schnelligkeit sei eine solche Einwirkung aber auch denkbar, ohne daß die Berührung im Vorüberfahren greifbare Spuren hinterlassen müsse. Jedenfalls, so sagt die Strafkammer, muß auf die eine oder die andere Art das Unglück erfolgt sein. Damit aber sei die Schuld des Angeklagten festgestellt. Es traf ihn eine emp findliche Strafe, denn er wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Revision beim Reichs gericht ein, in der er gegen die seiner Ansicht nach nicht einwandfrei seine Schuld feststellenden Begrün dungen des erstinstanzlichen Gerichts Beschwerde er hob. Das Reichsgericht verwarf aber seine Revision als unbegründet. Im Urteil sei ein Widerspruch nicht zu finden. In der der Erkenntnis zugrunde ge legten Annahme: Entweder sei das Unheil veran laßt durch physische Einwirkung beim Vorbeifahren oder durch Schreckeinwirkung infolge des schnellen Vor überfahrens, liege nur eine alternative Feststellung. Daß der Angeklagte die erforderliche Sorgfalt außer Acht gelassen, habe das Urteil bedenkenfrei festgestellt. Wenn der Angeklagte die hohe Fahrgeschwindigkeit ein gehalten haben wolle, um das eben reparierte Auto mobil auf seine Leistungsfähigkeit zu prüfen, so hätte er doch andererseits bedenken müssen, daß eine solche Prüfung nicht auf Kosten der Sicherheit einer öffent lichen Verkehrsstraße geschehen dürfe.

**Chauffeurproletariat.** Der „Kraftwagenführer“, Organ des Münchener „Martells“ hat sich die Mühe gemacht, eine Nummer der „Auto-Wörse“ durchzu blättern und kommt dabei zu folgendem Resultat:

„In einer einzigen Nummer der „Auto-Wörse“, welche in Berlin wöchentlich herausgegeben wird, finden wir nicht weniger als 50 Stellengesuche, in welchen die Stellensuchenden sich gleichzeitig zur Übernahme von Nebenarbeiten der verschiedensten Art bereit erklären. Ist das schon ein betrübendes Zeichen dafür, daß unsere Berufsverhältnisse sich beständig verschlechtern und daß ein großes Chauffeurproletariat durch die infamen Chauffeur schulen herangebildet wird, so bietet ein Vergleich der Zahlen der Stellenangebote mit den Stellen gesuchen noch ein trübendes Bild. Gesucht werden in der „Auto-Wörse“ für schlechte Stellen nur ganze 3 Chauffeure, während 116 Chauffeure Stellung suchen.“

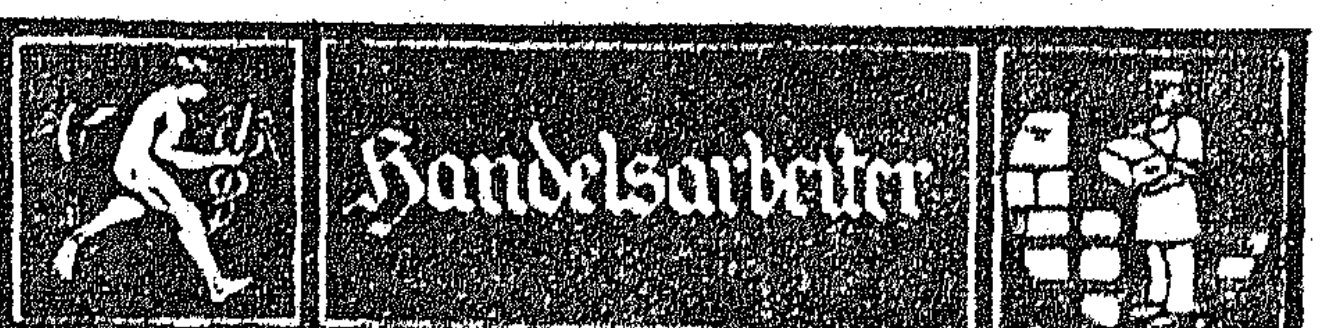
Es wäre vom „Kraftwagenführer“ zuviel ver langt, wenn er in Konsequenz seiner eigenen Fest stellung zu der Ueberzeugung kommen sollte, daß die Vereinsmeierei der Ihn der Chauffeure ist. Der Zersplitterung der Kräfte, wie sie u. a. auch vom „Martell“ betrieben wird, tritt der Deutsche Trans portarbeiterverband kraftvoll entgegen.

**Regensburg.** Die Inhaber der ersten Regens burger Autobusverkehrs- und Betriebsgesellschaft (Ditt-

mar u. Ehrhard) haben von der Regierung die Ge nehmigung zur Errichtung einer staatlich konzessio nierten Chauffeurschule erhalten. Die Regierung übt ständige Kontrolle und hat auch den Lehrplan festgesetzt. Zur Nachahmung zu empfehlen bis zur völligen Verstaatlichung.



**Dresden.** Die Branchenversammlung der Fenster reiniger fand am 18. Januar statt. Einen aus schließlichsten Bericht über das verfloffene Jahr erstattete der Sektionsleiter. Insbesondere ließ er noch ein mal den Lohnkampf in unserer Branche, den wir im vergangenen Herbst führen mußten, Revue passieren. Wie der Redner betonte, hatte uns dieser Lohnkampf leider nicht den gewünschten Erfolg gebracht; er mußte daher nach vierwöchentlicher Dauer abgebrochen wer den, da sich zuviel jener nützlichen Elemente gefunden hatten, die uns in den Rücken fielen. Wie erbittert dieser Kampf geführt wurde, erhellt am besten die Tatsache, daß bis jetzt über 20 Kollegen wegen Streit vergehen angeklagt wurden, von denen 17 Kollegen von 7 Tagen bis zu 3 Monaten Gefängnis erlitten. Diese Vergehen waren mitunter ganz geringfügig; die Arbeitswilligen fühlten sich eben durch jedes harm lose Wort von unserer Seite belästigt und erstatteten sofort Anzeige. Wenn man diese horrenden Strafen, — insgesamt wurden 16 Monate 14 Tage Gefängnis verhängt, — sich vergegenwärtigt, so muß man sich fragen, wie es möglich ist, nach einem größeren Schutz der Arbeitswilligen zu streben. Des weiteren führte der Redner aus, daß gegenwärtig in Dresden von 100 in der Branche Beschäftigten ein Drittel zu den neuen Bedingungen arbeiten. Dieser neue Tarifver trag, welcher einen Lohn von 24 Mk. mit halbjähr licher Zielgerung um 1 Mk. bis zu 28 Mk. vorsieht, wurde mit 4 Zusätzen abgeschlossen. Eine von diesen — die Firma Merkur — bewilligte ihren Arbeitern sofort 30 Mk. Wochenlohn. Aus dem Bericht war weiter zu ersehen, daß im verfloffenen Jahre 6 regel mäßige und 1 außerordentliche Versammlung stattge funden haben; außerdem wurden noch 23 Betriebs besprechungen abgehalten, welche alle sehr gut besucht waren. Die Zahl der organisierten Kollegen betrug 91 vor dem Streit; durch Abreise und Streichung re duzierte sich diese Zahl auf 80. Zum Schluß forderte der Referent die Kollegen auf, sich durch den Aus gang unseres Lohnkampfes nicht einmütigen zu lassen und immer weiter zu arbeiten an der Organisation der uns noch Fernstehenden, damit wir zur gegebenen Zeit mit den noch übrigen Unternehmern Abrechnung halten können. Die Debatte setzte recht lebhaft ein und drehte sich hauptsächlich um den Streit. Von verschiedenen Rednern wurde Kritik an dem Verhalten einiger Kollegen während des Streiks geübt. Der Bevollmächtigte brachte noch seine Ansicht über die Lehren, die uns dieser Streit gegeben, zum Ausdruck und führte den Kollegen vor Augen, welche Nutzen wendung daraus zu ziehen ist. In der nun folgen den Wahl der Sektionsleitung wurden die Kollegen Müller als Branchenvertreter, die Kollegen Höhle und Roth als Beisitzer gewählt. Zur Führung der Sechser klasse wurde Kollege Hottenrott wiedergewählt. Aus der Sechserklasse wurden noch 5 Mk. für die Wärm stube bewilligt. Hierauf war Schluß.



**„Ruiniert die Sonntagsruhe den Kleinhandel?“** Diese Frage ist seitens der Feinde der Sonntagsruhe nicht nur als bejahend, sie ist auch als ausschlaggebender Grund gegen die vollständige Sonntagsruhe angeführt worden. Daß diese Behauptung in Wirklichkeit aber eitel Humbug ist, dafür können wir heute weitere klassische Zeugen anführen. Der Vorsitzende des Zentralausschusses der Vereinigten Buchdetaillisten Verbände Deutschlands hatte in einem Vortrage obige Frage bejaht und sich dabei auf allerhand Material berufen. Eine Mannheimer Buchstube wendet sich nun mit aller Entschiedenheit gegen den faustdicken Schwundel und kommt auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen zu genau gegenteiligen Schlüssen. Die „Modistin“ gibt diese auch für unsere Kollegen inter essanten Ausführungen wieder:

„Wir sehen uns veranlaßt, den Verhandlungen des Zentralausschusses der vereinigten Buchdetaillisten Verbände Deutschlands betr. Sonntagsruhe, welche in Ihrem geschätzten Organ vom 10. September 1911 veröffentlicht wurden, unsere praktischen Erfahrungen

Mehrzahl der Kollegen Mitglied des Verbandes. Als Hauptmühsal dieses Berufes ist zu bemerken, daß heute die Kollegen jedes gesetzlichen Schutzes entbehren sind und auch im Versicherungswesen die Behörden sich die Köpfe zerbrechen, zu welcher Berufsgegenstande der Kintoangestellte gehört. Der Tod des Kollegen Winter vom Saalbau gibt hier wieder ein drastisches Beispiel. Die Witwe des Kollegen hat heute noch keinen Pfennig Unterstützung erhalten, weil man sich noch darüber streitet, wer die Beche zu zahlen hat. Auch in Punkt Sonntagsruhe nach § 105 der Gewerbeordnung finden wir nichts, das den Kollegen eine Handhabe bietet, ob sie auf einen freien Sonn- oder Werktag Anspruch erheben könnten. In der Entlohnung der Angestellten wird ein ungeheurer Unterschied gemacht. Alle diese Mißstände suchte die Organisation im letzten Jahre zu beseitigen. Wenn das nicht allgemein gelungen ist, so tragen die Kollegen selbst einen großen Teil Schuld daran. Bezüglich Einführung von freien Tagen machten wir bereits im Juli eine Eingabe ans Bezirksamt. Das Bezirksamt veranlaßte in ganz Deutschland Erhebungen und ließ im Monat Dezember alle Kinto-besitzer, sowie auch Vertreter der Organisation zur Aussprache laden. Es wurde dort mitgeteilt, daß das Bezirksamt allein nicht in der Lage sei, gesetzliche Bestimmungen zu schaffen, sondern daß dies die Bundesstaaten bzw. der Reichstag allein könnte. Die Herren Vöster wurden darüber gehört, ob ein freier Tag überhaupt notwendig sei. Man muß anerkennen, daß die meisten Vöster kurzerhand diese Notwendigkeit anerkennen haben, und daß bei einigen bereits auch der freie Tag eingeführt ist. Nichtsdestoweniger waren auch rückständige Unternehmer vorhanden, die es nicht für notwendig hielten, daß in den 365 Tagen im Jahr dem Angestellten auch einmal ein freier Tag gewährt wird. Wir wollen an dieser Stelle nicht unterlassen, einen Mann zu nennen, der sich an aller energischsten dagegen gestraubt hat. Es ist dies der Geschäftsführer des Volkstino in M. G. Der gute Mann war früher Streckenarbeiter an der Bahn. Auch der Herr Verrier vom Wadana Theater Nedarstadt war ebenfalls ein Gegner. Herr Richter von der Union glaubte, seinen Portiers und Musikern frei geben zu können, bei dem Vorführer sei dies überflüssig. Sonst hielten alle übrigen Unternehmer freie Tage für angebracht. Der Geschäftsführer vom Saalbautheater machte die Mitteilung, daß bei ihm der freie Tag schon seit einiger Zeit eingeführt sei und die Angestellten jetzt viel mehr Lust und Liebe zur Arbeit zeigen. Vom hygienischen Standpunkt betrachtet, ist es sogar dringend notwendig, daß auch dem Vorführer freie Tage gewährt werden. Die Organisationsleitung machte den Versuch, auf dem Wege freier Vereinbarung die freien Tage schon vorher zustande zu bringen. Der Erfolg war auch, daß die meisten Vöster zusagten. In der Praxis wird aber diese Zusage nur teilweise, in einem Kinto überhaupt nicht durchgeführt. So hat uns z. B. Herr Müller vom Lichtspielhaus in einem Schreiben vom 16. Oktober mitgeteilt:

„In Beantwortung Ihrer gest. Zuschrift vom 13. Oktober, Angestellte der Kinematographen betreffend, teile Ihnen mit, daß ich meinen Angestellten auf Wunsch gerne alle 10 Tage einen freien Tag ohne Abzug geben werde.“

Schachtungsvoell

Georg Müller.“

Als heute hat Herr Müller weder dem Wunsche der Angestellten Rechnung getragen, noch aus freien Stücken den freien Tag eingeführt. Es liegt ja viel an den Kollegen selbst, wenn sie um ihren freien Tag betrogen werden. Herr Müller hat auch die Gewohnheit, den Vorführer im Schaumraum zu beschäftigen und die Films von jungen Leuten vorführen zu lassen. Vielleicht führt diese Kritik dazu, daß Abhilfe geschaffen wird.

Aus der ganzen Situation vom Jahre 1911 ersehen wir, wie notwendig es ist, daß die Kollegen fest und treu zusammenhalten, dann werden sie im Jahre 1912 das erreichen, was 1911 nicht erreicht wurde.



**St. Ehen.** Unsere Zahlstelle hat im verfloßenen Jahre eine prächtige Entwicklung genommen. Die Mitgliederzahl erhöhte sich um volle hundert Prozent, nämlich von 37 auf 74 und steht gegenwärtig auf 91. Der Sieg unseres Kollegen Bender im zweiten Wahlkreise hat eine seltene Begeisterung ausgelöst, die dazu beitragen wird, das erste Hundert bald voll zu machen. Der Martenumfaß stieg von 1638 auf 2641 Stück und bleibt nur wenig hinter dem Marten-Soll zurück. Die Einnahmen stiegen von 689 auf 1188 M., also um 499 M. gegen das Vorjahr. Die Gesamtsumme für Unterstützungen beträgt ca. 400 M. und steht um das fünffache höher als im Jahre 1910. Eine interessante Berechnung enthielt der Jahresbericht des Kassierers mit Hinsicht auf die Frage, in welchem Verhältnis die Beitragsleistung zum erworbenen Versicherungswert der Mitgliedschaft steht. Von 74 Mitgliedern sind 32 mehr als 1 Jahr im Verbands. Nimmt man an, daß diese erkrankten und sämtlich bis zur Maximalgrenze unterstützt werden müßten, dann erfordert diese Unterstützung eine Summe von 3560 M. Die Summe der von diesen Mitgliedern geleisteten Beiträge beträgt aber nur 2700 M., demnach steht der Beitragssumme von 2700 M. ein Versicherungswert von 3560 M. gegenüber. Da kann man gerade nicht sagen, daß

unser Verbandsmathematiker bei Einkalkulierung der Beiträge und Leistungen glücklich gewesen ist. Angesichts der Teuerung hat die Mitgliedschaft sich entschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Maßstäbe zur Berechnung des Prozentsatzes um den die Löhne gesteigert werden sollten, werden aus den Preisen einer Anzahl Nahrungs-, Gebrauchsgenstände gefunden. Für die geradezu unerhörte Preissteigerung legen einige im Jahresbericht gemachte Stichproben Zeugnis ab. So kostete z. B. erstklassige Margarine vor 5 bis 7 Jahren 7 bis 7,50 M. pro 5 Kilo, gegenwärtig 9,50 bis 10 M. Die beste Molkereibutter kostete 11,50 bis 12 M., gegenwärtig 16 bis 17 M., ein Schock Eier kaufte man früher für 3 bis 3,20 M., gegenwärtig man 6 bis 6,80 M. bezahlen; fünf Patete Streichhölzer kaufte man früher für 48 bis 50 Pf., jetzt zahlt man 1,25 bis 1,50 M. dafür. Nach den alten Preisen war für diese Warenmenge ein Betrag von 22 bis 23 M. erforderlich, jetzt hingegen 33 bis 35 M. Der Teil des Gelohnes, der für diese Waren aufgewendet werden muß, ist gemessen an den alten Preisen vor 6 bis 7 Jahren, in seinem Realwert um 11 bis 12 Mark zurückgegangen. Man kann in der deutschen Wirtschaftsgeschichte nachsuchen was man will, zu einem derartigen Teuerungsdruk wie er gegenwärtig auf dem Proletariat lastet, findet man kein Analogon. Da wird es denn allerhöchste Zeit, daß die Kollegen auch noch den letzten Mann hereinholen in die De-

### Steuerleistung und Vermögensbildung!

Die Bevorzugung des Großgrundbesitzes tritt auch in der Steuerleistung in die Erscheinung, wenn man diese in Beziehung zur Vermögensbildung bringt. Im Vergleiche zur Vermögenszunahme ist nämlich auf dem Lande die Steuerleistung nicht so gestiegen, als wie in der Stadt! In der gesamten Einkommensteuer waren nämlich beteiligt:

	1892 M.	1908 M.	Steigerung in pCt.
das Land mit	13 566 646	60 923 962	350
die Städte mit	19 238 453	183 503 361	850

Die städtische Bevölkerung hat demnach ihre Steuerleistung in der angegebenen Zeit um fast das achtfache vergrößert; die ländliche Bevölkerung brachte aber im Jahre 1908 nur 3/2 mal so viel auf, als wie im Jahre 1892. Anders verhält es sich mit der Vermögensbildung. Nach der preussischen Ergänzungssteuer betrug das Vermögen:

	1895 M.	1908 M.	Steigerung in pCt.
auf dem Lande	25 376 258 179	33 206 873 229	30
in den Städten	38 280 913 175	58 446 423 968	53

Die Steuerleistung der Städte ist fast 2 1/2 mal so stark gestiegen, als die des Landes, die Vermögenszunahme der städtischen Bevölkerung ist aber noch nicht einmal doppelt so groß, als die der reichen Landleute! Als Ausgleich für die mindere Steuerleistung erkennen sich die Großgrundbesitzer größerer politischer Rechte, mit denen sie ihre Steuerprivilegien und Liebesgaben verteidigen.

ganisation, damit wir kräftig genug sind, einen Lohnzuschlag zu fordern, der einigermaßen ausreicht, die starke Differenz zwischen Real- und Geldlohn auszugleichen. Due deshalb jeder Kollege seine volle Pflicht und Schuldigkeit, dann geht es vorwärts und nicht mehr zurück.

**Königsbutter.** Endlich regt sich's auch in unserem kleinen Städtchen unter den Angehörigen unseres Berufs. Lange, recht lange hat's gedauert, bis die Kollegen den Schlaf der Zufriedenheit und Gleichgültigkeit ausgeschlafen, bis wenigstens ein Teil von ihnen begreifen gelernt hat, daß sie, wenn sie nicht selber eine Menderung zum Besseren herbeiführen, für alle Zukunft die „Knechte“ ihrer Arbeitgeber bleiben, in allen Phasen des Arbeitsverhältnisses nur auf deren Gnade angewiesen sind. Recht viel früher hätte diese Erkenntnis kommen sollen, sicher wäre es dann auch schon früher möglich gewesen, nach der einen oder andern Seite das Arbeitsverhältnis etwas erträglicher zu gestalten. Es tut dies hier in Königsbutter vielleicht mehr not, wie in irgend einer andern Stadt unseres Vaterlandes. Die Arbeitszeit unheimlich lang, die Arbeit selbst besonders schwer, und der Lohn? — Die Unternehmer haben die Organisationslosigkeit der Kollegen weiblich für sich ausgenutzt und Löhne bisher gezahlt, die eben nur unter diesen Umständen und nur in Königsbutter möglich waren. Daß die Kollegen gewillt sind, endlich gewillt sind, unter solchen Verhältnissen nicht mehr länger zu arbeiten, beweist die öffentliche Versammlung am 27. Januar, in der der Gauleiter einen Vortrag über die Bedeutung und die Erfolge unseres Verbandes für seine Mitglieder hielt. Der gute Besuch dieser Versammlung und der in ihr herrschende Geist dürften die beste Gewähr dafür bieten, daß jetzt für unsere Kollegen eine Periode wirklicher Kollegialität, der Zusammengehörigkeit, des Organisationslebens anbricht,

deren Folgen sich recht bald werden zeigen müssen. Ein gut Teil Kollegen sind bereits Mitglieder des Verbandes geworden; wenn diese für die Organisation fleißig tätig sind, werden die andern bald folgen. Am 24. Februar wird die nächste Versammlung stattfinden, in der die Gründung einer Verwaltungsstelle vorgenommen werden soll. Kollegen! Arbeitet weiter für die Ausdehnung des Verbandes, der die einzige und alleinige Vertreterin eurer wirtschaftlichen Interessen ist. Tut das in euren Interesse, im Interesse eurer Familien! Vorwärts!

**Northheim in Hann. Es tagt.** Nachdem wir bereits einige Male den vergeblichen Versuch unternommen hatten, die hiesigen Kollegen für die Organisation zu gewinnen, ist uns dies jetzt gelungen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im hiesigen Transportgewerbe lassen aber auch alles zu wünschen übrig. Es ist geradezu verwunderlich, daß die Kollegen so lange unter solch erbärmlichen Verhältnissen ihr Dasein gestrielt haben. Da werden im Speditionsgewerbe 8—10 M. pro Woche neben Kost und Logis bezahlt. Wieder andere Kollegen bekommen 15—18 Mark. Dabei dauert die Arbeitszeit von morgens 5, ja in einem Betriebe 4 Uhr bis abends 9 Uhr und später. Die Zeit zum Essen muß förmlich gestohlen werden. Frühstück- und Besperpausen kennt man überhaupt nicht. Hinzu kommt noch, daß auch Sonntag für Sonntag noch 6—8 Stunden gearbeitet werden muß. Es kommt eine Arbeitszeit von wöchentlich 84—90 Stunden, in vielen Fällen noch mehr in Frage. Die Kollegen müssen hier für einen Stundenlohn von 18—20 Pf. frohuden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß hier, weil Northheim Vorkriegsstadt, die Lebensmittelpreise genau so hoch, ja zum Teil noch höher wie in der Großstadt sind. Außerdem sind aber auch die Mieten absolut nicht als niedrig zu bezeichnen. In den übrigen Betrieben, Getreidehandlungen usw. ist zwar die Arbeitszeit etwas kürzer, aber dafür ist der Lohn umso niedriger. Hier werden Arbeiter, die 15—20 Jahre und länger in den Geschäften tätig sind, mit einem Tagelohn von 2,25 Mark, also 13,50 Mark die Woche abgESPESST. Wie bei solch traurigen Löhnen die Arbeiter sich und ihre Familie durchschlagen, ist ein Rätsel. Endlich dämmert es aber auch bei diesen Kollegen. In einer am Sonntag, den 28. Januar, stattgefundenen gut besuchten Versammlung sprach der Gauleiter über: Die Notwendigkeit der Organisation für die Transportarbeiter. Redner führte den Anwesenden in treffender Weise ihre erbärmliche Lage vor Augen. Er zeigte an der Hand von Beispielen, daß überall dort, wo die Organisation Fuß gefaßt hat, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedeutend verbessert worden sind. Eine Organisation, wie der Transportarbeiterverband mit nahezu 200 000 Mitgliedern, sei die beste Garantie für die Schaffung auskömmlicher Verhältnisse. Redner richtete an die Anwesenden die Aufforderung, sich einem Mann der Organisation anzuschließen. Der Einzelne sei heute im wirtschaftlichen Kampfe eine Null. Die Unternehmer dächten aber auch gar nicht daran, freiwillig für ihre Arbeiter etwas zu tun. Erst dann, wenn die Organisation auf der Wirtschafte erscheine, entdeckten einige Herren ihr gutes Herz. Hier kann nur eine starke Organisation etwas schaffen. Deshalb sei es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, dem das Wohl und Wehe seiner Familie oder Angehörigen am Herzen liege, sich der Organisation anzuschließen. Dieser warme Appell hatte den gewünschten Erfolg, es ließen sich sofort eine ganze Anzahl Kollegen aufnehmen und konnte die Zahlstelle gegründet werden. Als Vertrauensmann wurde der Kollege B. Adler, Entenmarkt 7, bestimmt. Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 11. Februar, nachm. 3 Uhr bei Köber, Mühlensstraße, statt. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Keiner darf fehlen.

**Wunsiedel.** Nach langen vergeblichen Bemühungen gelang es endlich, auch in dem herrlichen Städtchen Wunsiedel, der sogenannten Perle des Fichtelgebirges, eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes ins Leben zu rufen. Langsam aber desto sicherer schlägt der Transportarbeiterverband seine Wurzeln in den steinigten Boden des nördlichen Oberfrankens. — Wenn sich unsere Organisation nicht in der gleichen Weise entwickelte, wie das in dem industriereichen Gebiet bei den übrigen Gewerkschaften der Fall ist, so liegt das eben an den vorherrschenden patriarchalischen Verhältnissen, die dort im Fuhrgewerbe leider noch überall zu finden sind. Von diesen bedrückenden und beschämenden Verhältnissen unsere Kollegenschaft zu befreien, muß daher die erste Aufgabe der Organisation sein. In Bayreuth, Hof, Selb und Marktredwitz haben sich mit dem Einsetzen unserer Organisationsstätigkeit diese Zustände bereits etwas gebessert, aber in den Orten Wunsiedel, Rehau, Mühlberg, Schwarzenbach und Kulmbach liegt noch vieles im Argen. In den letzteren Orten waren die Berufs-kollegen der Organisation schwer zugänglich; der Klimbin, sogenannte Kutschervereine mit dem Schmiebmeyer als Vorstand, dem Wagenmeister als Kassierer und irgend einem Gastwirt als Schriftführer, halten die Leute leider noch immer von ernster Betätigung in den freien Gewerkschaften ab. Davon haben nun nicht nur unsere Berufs-kollegen, sondern auch die kleinen Fuhrwerksbesitzer insgesamt, bitteren Schaden und es ist weiter nicht zu verwundern, wenn die Unzufriedenheit der Fuhrleute immer größer wird. Wunsiedel hat nun den Anfang gemacht; tüchtige Kollegen dort nahmen die Leitung in die Hand und hoffentlich werden sich die tieftraurigen Verhältnisse, unter denen unsere Kollegen in der Fremdenstadt noch zu schmachten haben, recht bald bessern. Mit Mühlberg, Schwarzenbach und Kulmbach haben wir günstige Verbindungen, so daß es vielleicht auch dort bald möglich ist, Verbesserungen für die Kollegenschaft zu schaffen.



senhaft. Ausgerechnet die süßfranzösischen Hafensarbeiter, von den Mittelmeerhäfen ging die Bewegung aus, wissen sich vor Klassenhaß gegen die Spanier gar nicht mehr zu helfen! Wenn letzten Doctertag in England beschlossenen die Antwerpen Hafensarbeiter, keine englischen Schiffe zu bearbeiten, und in deutschen Häfen fand dieser Gedanke viel Sympathie. Ausgerechnet die vaterlandslosen Gesellen" waren drauf und dran in "nationalistischer Aufwallung" aus "Klassenhaß" gegen die, ach, den deutschen Germanen ja so überaus feindlich gegenüberstehenden englischen Germanen, die englischen Schiffe zu boykottieren — behauptet Wirth. Wir wissen wohl, daß es keinen Zweck hat, Wirth eines besseren belehren zu wollen, so blind ist keiner, daß er nicht die wirklichen Ursachen der Arbeitsverweigerung erkennen könnte. Wirth will eben an dem Feind der internationalen Solidarität der Hafensarbeiter sein "nationalistisches" Süßchen lutschen. Also lassen wir ihn das Vergnügen. Zwar hat es schon Schiffsahrtboykotts gegeben aus "nationalistischen Gründen", aber niemals weil die Hafensarbeiter anderer Länder streikten, sondern aus allgemein politischen Erwägungen. Wir erinnern an den Boykott der österreichischen Schiffe durch die Türkei anlässlich der Anektierung der nominell türkischen Provinzen Bosnien und Herzegovina durch Oesterreich. Aber für diese Fall hat Wirth seine nationalistische Hypothese gewiß nicht gebaut. — Wie eine Offenbarung wirkt was nun folgt:

„Das Feuer des Erwerbsstriebs ist dagegen mit nationalistischem Dole gespeist bei den Faucis- und Messerkämpfern, die zwischen einheimischen Arbeitern Mitteleuropas und namentlich Italiern ausgefochten werden. Wir in Deutschland haben 70 000 Italiener im Lande, ein Zehntel der gesamten italienischen Auswanderung; wir haben ferner bald eine Viertel Million Polen in Westfalen und empfinden die Folgen moderner Freizügigkeit in sich mehrenden Uebersällen der Fremden auf die Einheimischen, in Lohnunterbietungen und in einer sehr merklichen Verflärkung der rheinischen Zentrumspartei. Allerdings möchte so mancher ehrsame (ehrsam! Red.) Bürger, den die unüberschämten Forderungen unserer Handwerker und ihre bodenlose Unzuverlässigkeit (man steht auf einige bodenlose Phantastereien kommt es Wirth nicht an. Red.) in Wut versetzt haben, unsern Maurern, Anstreichern und Schreibern eine tüchtige Unterbrechung wünschen, um ihnen Weine und ihren Sinn beschneider zu machen. Ist doch allen Ernstes schon vorgeschlagen worden, Chinesen bei uns einzuführen (wie man Indigo oder Jute einführt. Red.) Der Vorschlag hat bei unseren Patrioten keine geringe Entrüstung hervorgerufen (? Red.), aber so furchtbar dümm und empörend ist er garnicht. Sattische und russische Arbeiter können eine nationale Gefahr für uns werden, chinesische nie.“

Wir haben lange gesucht, aber es ist uns nicht gelungen, eine blödere Einschätzung der Gewerkschaftsbewegung aufzufinden. Also lassen wir Wirth den Preis. Weiter behauptet der Verfasser, die Sozialisten handeln nicht nach ihrem „Wahlpruch und Hochziele“: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!, weil sie „am heftigsten gegen die Chinesen“ waren. Er beweist damit nur, daß er auch in dieser Frage recht oberflächlich urteilt. Die Sozialdemokratie ist nicht „gegen die Chinesen“, wogegen sie sich wehrt, ist der Versuch der Unternehmer, durch Einstellung der schlecht bezahlten Chinesen, die Löhne der weißen Arbeiter zu drücken. Die Gewerkschaften machen scharf Front gegen jeden Lohnrückgang ob er weißes, schwarzes oder gelbes „Ebenbild Gottes“ ist. Da nun Wirths Voraussetzung „Feindschaft der Sozialisten gegen die Chinesen usw. falsch ist, hindert auch die Schlussfolgerung, daß demnach der Weltverkehr, die Freizügigkeit, zum Nationalitätenhader beigetragen hätte. Was Wirth und seinesgleichen Nationalitätenhader nennen, ist ja nur die Raubgier einiger Interessentklassen um den größten Profit. Wenn die Nationalitäten Gefahr laufen, darunter zu leiden, dann nur deshalb, weil der Sozialismus noch nicht stark genug ist, die Interessen der Allgemeinheit vor den Interessen einiger habgierigen Klassen zu stellen. Der Weltverkehr hat zur Verbreitung des Sozialismus zweifellos viel beigetragen, hat also geholfen, den Klassenhaß zu überwinden. Aber geschaffen hat der Weltverkehr die Sozialdemokratie nicht. Und wenn Wirth am Schlusse seines Buches schreibt: „Der Weltverkehr... erzog zu Freiheit und Weltmannstum, aber schenkte uns auch die Sozialdemokratie“, dann hat er damit nur unsere Behauptung bestätigt, daß er von der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie am Ende seines Buches nicht mehr versteht als am Anfang: Nichts!

Wer bezahlt die „freiwillige Lohnerhöhung“, die der Hafensbetriebsverein vor kurzer Zeit verschiedenen Branchen im Hafensbetrieb gewährte? Die letzte Versammlung der Katarbeiter vom 28. Januar beantwortete diese Frage. Der Branchenleiter erinnert daran, daß der Hafensbetriebsverein im November den Hilfsarbeitern wohl 20 Pf. Zulage gewährt habe; aber wie steht diese Zulage aus? Am Staatskal hat man die Kosten auf das Altkorps abgewälzt (Lester Altkorps 28 Pf. pro Tag) und bei der Hamburg-Amerika-Linie hat man schon 18 000 Mk. Vorschuß dem Altkorps gegeben. Also auch Herr Wallin brüht wieder um die Arbeiter. Für den Gelegenheitsarbeiter hält der Hafensbetriebsverein eine Entlohnung von 3, 40 Mk. immer noch für angemessen. Wiederholt hat sich auch der Arbeiterausschuß am Staatskal mit der Erhöhung des Tagelohns für die Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter befaßt,

aber der Herr Kaidirektor Winter hat es nicht für nötig befunden, die Eingabe an die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe weiterzugeben. — Und da spreizt sich der Hafensbetriebsverein mit seinem sozialen Verständnis. Die Katarbeiter haben (ebenso wie die Schauerleute) die „freiwillige Lohnerhöhung“ als eine Verhöhnung empfunden. Auf keinen Fall bedeuten diese 20 Pf. einen Ausgleich gegenüber der wahnsinnigen Verteuerung aller Lebensmittel und Verbrauchsgüter. Den Lohn des Hafensbetriebsvereins abzuwehren, ist eine starke Organisation notwendig. Zum Glück scheinen das allmählich auch die Katarbeiter begriffen zu haben. Die Werbearbeit für unsere Branche hat im letzten Jahre ein besseres Resultat zu verzeichnen als im vorhergehenden. Mitgliederversammlungen haben 10, Obmannversammlungen 9, gemeinschaftliche Obmannversammlungen 4, Betriebsversammlungen für den Staatskal 7, bei der Boermann- und Ostafrika-Linie 5, Hamburg-Amerika-Linie 2, Levante-Linie 2 stattgefunden. — Außerdem sind vier Flugblätter für die Katarbeiter ausgegeben. Weiter mußte sich die Leitung an den Kartellierungen sowie Ortsverwaltungs- und Sektionsleitungsversammlungen beteiligen. H. ergänzt noch die Ausführungen des Kollegen W. Die Agitation, die die Leitung, dank der Unterstützung der Sektionsleiter sowie der Obleute, treiben konnte, hat wohl eine nennenswerte Zahl von Mitgliedern gebracht, jedoch ist die Zahl der Unorganisierten noch groß und es wird und muß eine energische Bewegung einsehen. Intensive Agitation ist hier dringend notwendig. Noch haben wir viele Branchen, die mehr tun und das übrige dazu beitragen könnten, daß auch die Branche Katarbeiter an Macht und Ansehen wächst. Jedes einzelne Mitglied hat stets die Pflicht, für den Ausbau der Organisation Sorge zu tragen und dessen eingedenk zu sein, daß wir vor allem eine Kampforganisation sind, daß wir in schweren Kämpfen unsere Kräfte messen müssen und deshalb jedes Mitglied ein Agitator für die Organisation sein muß, nur dann werden wir in der Lage sein, bessere Verhältnisse zu schaffen. Aber auch neue Mittel müssen wir bereitstellen zum Kampfe und zur Agitation. Ein großer Kampf wird uns vielleicht im Hafen in noch nicht absehbarer Zeit bevorstehen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die allgemeine Lebensmittelverteuerung gebietet, daß die Löhne samt und sonders erhöht werden. Freiwillig wird man uns von jener Seite nichts gewähren, wenn nicht die Macht der Organisation dem Unternehmer entgegengetreten kann. Darum, Kollegen, mehr Agitation! Splitteln sich auch einzelne von der gemeinsamen Sache ab, das soll uns nicht beirren. Unsere Organisation, im Kampfe geboren, sie wird weiter schreiten und Recht und Freiheit den Katarbeitern erringen. P.: Am Staatskal besteht eine Dienstordnung, die gleichzeitig auch die Arbeitszeit bestimmt; dieselbe soll von den Arbeitern wie auch von der Kaitverwaltung eingehalten werden. Von der Verwaltung kommen aber recht häufig Uebertretungen vor. Recht häufig geschieht es, daß es heißt, es wird bis 12 Uhr nachts gearbeitet; das Schiff wird aber nicht leer bis zu der Zeit, und dann heißt es: weiterarbeiten. Redner ersucht die Kollegen, sich genau nach der Arbeitsordnung zu richten und nicht länger zu arbeiten, wie vorgeschrieben ist. Nachdem noch Kollege S. und F. zu dem Bericht gesprochen, wurden Pingel und Köbster als Branchenleiter und Kollege S. als Schriftführer gewählt. Hierauf gab P. den Kartellbericht. Er ersucht, die Marken für die ausgesperrten Zabarbeiter sobald als möglich zu entnehmen. Kollege F. erinnert alsdann an den Leipziger Parteitagbeschl. und ersucht die Kollegen, denselben nicht zu vergessen. Arbeiter, meldet den Alkohol, muß unsere Parole sein. Fast in allen Betrieben kann man sehen, wie die Fustelstasche sich jetzt wieder bemerkbar macht. Ein organisierter Kollege hat sich den Beschlüssen zu fügen und hat auch die Pflicht darauf zu achten, daß solche wichtige Beschlüsse gehalten werden.

**Fette Entbehrungslöhne.** In der „Hansa“ schreibt Mercator: „Obwohl erst ein genauerer Jahresabschluss aus deutschen Reedereireisen vorliegt, muß doch noch das voraussichtliche Jahresergebnis einer anderen deutschen Reederei hier erwähnt werden, weil es eine glänzende Ausnahme darstellt. Die Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Hansa“ wird nach Blättermeldungen in der Lage sein, eine Dividende von 15 pCt. (gegen 10 pCt. im Vorjahre) zu verteilen. Die „Hansa“, die ja bekanntlich unter den deutschen Reedereien der Größe nach an dritter Stelle steht und seit Jahren zu den bestrentierenden Schiffahrtsgesellschaften überhaupt gehört, hat zu Beginn des Vorjahres bekanntlich eine Betriebsgemeinschaft mit der Hamburg-Amerika-Linie geschlossen, derzufolge sie an dem Verkehr mit Ostasien beteiligt wird und andererseits der Hamburg-Amerika-Linie ein gewisser Anteil am indischen Verkehr gesichert wird. Wenn man überhaupt schon von einem Einfluß dieses Abkommens auf das Jahresergebnis von 1911 reden darf, dann wird man sagen können, daß das Abkommen unzweifelhaft einen Vorteil für beide Gesellschaften bedeutet. Ueber die Entwicklung der Dividende der „Hansa“ möge folgende interessante Zahlenreihe unterrichten:

1900 . . .	14 pCt.	1906 . . .	6 pCt.
1901 . . .	8 „	1907 . . .	8 „
1902 . . .	8 „	1908 . . .	6 „
1903 . . .	6 „	1909 . . .	10 „
1904 . . .	9 „	1910 . . .	10 „
1905 . . .	9 „	1911 . . .	15 „

„Schlechte“ Jahre hat es für diese Bremer Reederei somit überhaupt nicht gegeben. Die durchschnittliche Verzinsung hat ca. 9 pCt. betragen.“

Die „Hansa“ wird wahrscheinlich noch über einige „Maßnahmen“ mehr berichten müssen. Die Hafensarbeiter haben die Pflicht, sich ihren Anteil zu sichern.

Möchten sie die Zeichen der Zeit verstehen und so weit es noch nicht geschehen ist, einmütig der Organisation beitreten.

**Ueber Hafensarbeiterbewegungen im Auslande** berichtet das internationale Sekretariat:

Die Hafensarbeiter am Clyde haben den Vertrag zurückgewiesen, der am 19. Januar zwischen ihrem Exekutiv-Komitee und dem Komitee der Reeder abgeschlossen wurde. Die Hafensarbeiter bestehen darauf, daß nur Verbandsmitglieder beschäftigt werden, und daß die Tagelöhne, Vorarbeiter und Wächter Mitglieder des Hafensarbeiter-Verbandes werden.

Das Komitee der Reeder hielt am 22. Januar in Glasgow eine Konferenz ab, um die Situation zu besprechen. Die Konferenz war eine private und es fand keine Mitteilungen über die Resultate in die Öffentlichkeit gelangt.

Nachstehend geben wir die Arbeitsbedingungen, die in dem von den Hafensarbeitern zurückgewiesenen Vertrage enthalten waren:

1. Die Arbeitgeber sind bereit, nichtorganisierte Arbeiter nicht vorzuziehen, sie wollen sich aber auch nicht verpflichten, nur Unionsmitgliedern zu beschäftigen. Vorarbeiter, Kommitz, Messer, Tagelöhne und Wächter sollen nicht zum Anschluß an den Verband gezwungen werden; dies bezieht sich indessen nicht auf Leute, die nur gelegentlich in diesen Stellungen beschäftigt werden.
2. Beschäftigung suchende Arbeiter haben sich an den verschiedenen Stellen in der üblichen Weise anzuhalten.
3. Disziplinfragen unterliegen einzig und allein dem Arbeitgeber.
4. Falls die Arbeiter Einwendungen zu machen haben gegen die Methoden der Behandlung der Ladung am Schiff oder am Quai, die etwa vom Arbeitgeber vorgeschrieben sind, so steht es ihnen frei, bei dem gemischten Komitee unter Klausel 6 Berufung einzulegen.
5. Zum Wegnehmen und Hinsetzen der Lade wird eine entsprechende Zeit bewilligt.
6. Ein gemischtes Komitee, bestehend aus 5 von den Arbeitgebern ernannten Mitgliedern, und 5 von den Arbeitnehmern ernannten Mitgliedern ist zu ernennen. Dasselbe hat das Recht, einen neutralen Vorsitzenden zu wählen; eine gleiche Anzahl muß auf beiden Seiten anwesend sein und ein Quorum hat aus vier zu bestehen. Streitigkeiten, die sich aus folgenden Fragen ergeben, sind dem Komitee innerhalb einer Woche zur Entscheidung zu überweisen. Bis zur Beschlußfassung ist die Arbeit nicht zu unterbrechen:

- a) Auslegung dieses Vertrages,
- b) Revision der Lohnsätze und der Arbeitszeit,
- c) Die Arbeitsbedingungen für irgend eine besondere Klasse Arbeit, mit der Besugnis Bestimmungen niederzulegen, die sich auf irgend eine bestimmte Gattung oder auf den ganzen Hafen beziehen, zu dem Zweck, Sicherheit und Gesundheit der Leute sicherzustellen.

Beschlüsse des Komitees sind diesem Vertrage einzufügen.

Das gemischte Komitee hat ebenfalls Vollmacht, alle Fragen in Erwägung zu ziehen, die die gegenseitige Wohlfahrt der Arbeitgeber und der Hafensarbeiter betreffen.

7. Dieser Vertrag kann jederzeit nach vorausgegangenem einmonatlicher Kündigung gelöst werden.

— Eine Katarbeiterausperrung hat die Great Western Railwag im Hafen von Fowey vorgenommen. Es handelt sich um 180 Mann, die die Arbeit verließen, um einer wichtigen Versammlung ihrer Union beizuwohnen. Da die Gesellschaft bereits 150 Streikbrecher von Swindon herangeschleppt hat, stehen die Chancen für die Arbeiter nicht besonders günstig.

Der Hafensarbeiterverband „Willen is Kunnen“ in Antwerpen macht jetzt sehr gute Fortschritte. Augenblicklich herrscht nämlich unter den Hafensarbeitern eine starke Bewegung, die von der sogenannten „Verdöpsereeniging“ oder dem „Gurenbund“ dadurch eingedämmt werden sollte, daß man den Arbeitgebern gegenüber den Wunsch ausdrückte, vom 1. Januar 1912 ab eine Erhöhung des Lohnes um 50 Ctm. per Tag eintreten zu lassen. Die Arbeitgeber, Reeder und Stauer hatten jedoch taube Ohren. Es kam nun überall im Hafen zu Konflikten, da die Arbeiter die Erhöhung forderten. Bei einzelnen Stauern wurde diese auch gegeben, aber auf sonderbare Manier, denn wo vordem 3 bis 4 Arbeitern gegen 6 Fr. bezahlt wurden, da wird nun einer mit 6,50 Fr., ein anderer mit 6 Fr. und noch ein anderer mit 5,50 Fr. bezahlt. Die Erhöhung des Lohnes wird also nur auf einen Arbeiter ausgedehnt, dagegen anderen Abzüge gemacht. Das sieht den Reedern ähnlich, bemerkt dazu unser Antwerpener Berichterstatter. Es würde einer aufrichtigen Arbeiterorganisation aber recht unähnlich sein, wenn sie sich diese Uebergriffe widerstandslos gefallen lassen wollten.



**Mannheim-Ludwigshafen.** In einer am verflossenen Mittwoch stattgefundenen Sektionsversammlung wurde der Tätigkeitsbericht des verflossenen Jahres erstattet. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen: Im Juni vorigen Jahres fanden sich ein Teil der Kollegen zusammen, um zu beraten, wo und wie am besten ihre Interessen vertreten werden. Sie entschlossen sich, dem Kranzportarbeiterverband beizutreten. Am Schlusse des Jahres war auch die

Es liegt also nur an den Führern der letzteren Orte; wenn sie der Organisation beitreten, die Unterstützung aller umliegenden Verwaltungsstellen sollen sie haben. Unseren Glückwunsch der neuen Verwaltungsstelle Wunsiedel!

### Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg i. S. Am Sonntag, den 22. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Der Klassenbericht stellt sich wie folgt: Die Einnahme im Dezember betrug 756 Mk., demgegenüber steht eine Ausgabe von 376,16 Mk., so daß ein Klassenbestand von 379,84 Mk. verblieb. Die Einnahme im 4. Quartal betrug 3287,59 Mk., die Ausgabe 2347,21 Mk., demnach bleibt ein Klassenbestand von 1120,04 Mk. Die Revisoren bestätigten, daß Klasse und Bücher in bester Ordnung sind, sie beantragen Entlassung des Kassierers, was einstimmig geschah. Der Jahresbericht läßt erkennen, daß auch in diesem Jahre der Vorstand seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Es wurden abgehalten, 12 Vorstandssitzungen, 2 Branchensitzungen, 6 Mitgliederversammlungen, 4 öffentliche Versammlungen, 4 Generalversammlungen sowie 1 außerordentliche Generalversammlung. Die Branchensitzungen waren die Fortsetzung von den im Herbst 1910 bereits abgehaltenen Sitzungen und betraf unsere bevorstehende Lohnbewegung. In 6 Mitgliederversammlungen wurden nur unsere Verbandsangelegenheiten erledigt. Die erste öffentliche Versammlung fand am 19. März statt. In dieser Versammlung, zu welcher unser Gauleiter anwesend war, wurde der Beschluß gefaßt, unsere Forderungen in Gestalt eines Tarifvertrages den Arbeitgeber zu übermitteln. Die zweite öffentliche Versammlung fand bereits am 25. März statt. In dieser gab die Lohnkommission den Bericht von den Verhandlungen. Die erzielten Erfolge der Kommission wurden anerkannt und einstimmig angenommen, so daß wir ohne Arbeitsniederlegung zu einem neuen Tarif, welcher bis 1913 läuft, gekommen sind. Erzielt wurde für ca. 80 Kollegen eine wöchentliche Zulage von 2 Mk., Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde täglich, sowie Verzählung der Überstunden nach 7 Uhr abends. In dieser Zeit hatten wir unsern ersten Streik seit Bestehen unserer Ortsverwaltung. Es war dies ein Abwehrstreik, welcher wegen Nichtzahlung der gesetzlichen Feiertage und Kündigung unseres Vertrauensmannes ausgedrungen war. Derselbe wurde nach 14tägiger Dauer mit Erfolg beendet. Die dritte öffentliche Versammlung war für unsere Kolleginnen im Konsumverein einberufen. Diese Versammlung sollte den Zweck haben, die uns noch fernstehenden Kolleginnen für uns zu gewinnen, was auch zum Teil geglückt ist. Jeder Kollege, der seine Stellung verläßt, ob freiwillig oder nicht, muß dies sofort der Verbandsleitung mitteilen, damit wir jederzeit in der Lage sind, organisierte Kollegen dorthin zu verweisen. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen wiedergewählt: Sahnig 1. Vorst., Weiz Kassierer, Luch Schriftführer, neu gewählt als 2. Vorst., Opiß, als 2. Kassierer Nöhner. Als Revisoren fungieren die Kollegen Bau, Bäsch und Kästner. Als Ausschussmitglieder die Kollegen Lorenz, sowie die Kollegen Saupé und Franke. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Apolda. Unsere Generalversammlung fand am Sonntag, den 21. Januar, statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal erstattete der Kassierer. Die Einnahme betrug 522,79 Mk., die Ausgabe 350,49 Mk., Klassenbestand 172,30 Mk. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlassung erteilt. Den Jahresbericht des Vorstandes gab der Bevollmächtigte in ausführlicher Weise. Die Jahresabrechnung war: Einnahme 1217,49 Mk., die Ausgabe 1153,14 Mk., Ueberschuß 64,35 Mk. Die Neuwahl der Gesamtverwaltung ergab: Frischbier 1., Stowizek 2. Bevollmächtigter, Schirmmeister Kassierer, Wohlleben Schriftführer, Anders, Müller Weistzer, Müller, Hebestreit Revisoren und Frischbier und Schirmmeister Kartelldelegierte. Es wurde noch beschlossen, das Stimmrecht Anfang März in der bisher üblichen Weise zu begehren. Nach einer Aufforderung, auch in diesem Jahre alle Kräfte an den Ausbau unserer Organisation zu setzen, schloß dieser die Versammlung.

Arnstadt. In der Generalversammlung am 14. Januar wurde der Jahresbericht erstattet und der Klassenbericht entgegenkommen. In die Verwaltung wurden delegiert: 1. Bev. Wille, 2. Bev. Secher, Kassierer Arthur Schmidt, 2. Kassierer Carl Illfurdt, Schriftführer Weigelt, 2. Schriftführer Sagner, Revisoren Schridel, Vinzenz und Kühnhold, Weistzer Beckfischell und Gottschalk. Kartelldelegierte Schridel, Rauthurs und Weigelt. Dann Schluß.

Barth. In der Mitgliederversammlung am 25. Januar wurde der Jahresbericht gegeben. Die Summe der Einnahmen beträgt 1019,79 Mk. Bei der Hauptklasse wurden 716,04 Mk. abgeliefert, es verbleibt ein Klassenbestand von 105,15 Mk. Am 1. Januar zählten wir 36 Mitglieder. Nachdem Neuwahl. Zum Bevollmächtigten wurde H. Kuber, als Stellvertreter H. Wallersiedt, als Kassierer der Kollege M. Eichler, welcher auch das Amt als Kolporteur wieder annahm, als Schriftführer der Kollege H. Hannemann gewählt. Revisoren wurden H. Wüppel und W. Friedrich. Dann Regelung einiger Internas und Schluß.

Berlin. Die Hausdiener, Pader und Rutscher aus der Holzindustrie hielten am 25. Januar ihre Branchensitzung ab. Der Branchenleiter gab den Bericht vom vergangenen Jahre und führte aus, daß das Hauptaugenmerk auf die Kleinagitation gelegt wurde, die agitatorische Tätigkeit war

daher eine sehr rege. Es haben stattgefunden: acht Sitzungen der Branchenleitung, 10 Branchensitzungen, 13 Vertrauensmännerversammlungen, 80 Betriebsbesprechungen, Verhandlungen mit Unternehmern haben 11 stattgefunden. Mit der Firma Maschig (Goldleistenfabrik) wurde ein Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen. Bei der Firma Schwichten, Piano-Fabrik, wurden unsere dort beschäftigten Kollegen vorstellig um Lohnerhöhung und Gewährung von Urlaub. Die Firma erklärte sich bereit, unseren Kollegen eine Zulage von 1 Mk. pro Woche, einen Urlaub von 6 Tagen nach einjähriger Beschäftigung, bis 10 Tage pro Jahr einen Tag mehr zu geben. Bei der Firma F. C. Pfaff, Möbelfabrik, erhielten unsere dort beschäftigten Kollegen auf friedlichem Wege 1 Mk. Zulage pro Woche. Bei der Firma Frister u. Kofmann, Nähmaschinenfabrik, wurden unsere Kollegen durch eine Kommission wegen einer Feuerungszulage vorstellig. Die Firma hat auch hier den Kollegen Rechnung getragen und hat ihnen eine Zulage von 1 Mk. pro Woche bewilligt. Bei der Firma Klee, Sargfabrik, wurden seitens der Branchenleitung die Wünsche eingereicht. Hier erhielten 4 Kollegen 1,20 Mk., 6 Kollegen 3 Mk. und 2 Kollegen 3,60 Mk. Zulage. Bei der Firma Gebr. Faul, Wäuschlerei, legten unsere dort beschäftigten Kollegen die Arbeit nieder, da ihnen zugemutet wurde, 6 Stunden pro Woche ohne Entschädigung länger zu arbeiten. Leider ging dieser Streik verloren, da sich Arbeitswillige gefunden hatten. Die Neuwahl der Branchenleitung ergab: als Branchenleiter Komeis und Witte. Als Schriftführer Günther und Bergau. Als Weistzer Zimmerling, Wötcher, Wenzel, Weigel und Jung. Der Klassenbericht der Arbeitslosenklasse ergab eine Einnahme von 57,02 Mk., eine Ausgabe von 13 Mk., sodas am Schluß des Jahres ein Klassenbestand von 44,02 Mk. zu verzeichnen ist; dem Kassierer Günther wurde Decharge erteilt und erfolgte Wiederwahl desselben. Nachdem der Branchenleiter die Anwesenden aufgefordert, auch fernerhin ihre volle Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Brandenburg a. S. In der Generalversammlung am 26. Januar wurde der Klassenbericht vom vierten Quartal gegeben. Die Einnahme betrug 4688,21 Mk., nach Abzug der Ausgaben verbleibt ein Klassenbestand von 2612,57 Mk. Die Verwaltung zählt 295 Mitglieder. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Im vergangenen Jahre haben 26 Versammlungen und 32 Sitzungen stattgefunden. In die Verwaltung wurden delegiert: als 1. Bevollm. Herrmann Bollad, 2. G. Meidenburg; als 1. Kassierer Paul Gutsche, 2. S. Reck; als 1. Schriftführer Wilhelm Ulrich, 2. G. Köhn. Weistzer: F. Ulrich, H. Heise, W. Behrendt. Revisionskommission: K. Mangelsoff, Wolf und Stoß. Zu Kartelldelegierten wurden H. Bollad und O. Postel wiedergewählt. Dann wurde bemerkt, daß die Auszahlung der Unterstufungen Sonnabends im Volksaufse von 7 bis 9 Uhr abends erfolgt. Dann erstattete noch der Vorsitzende den Kartellbericht, und wünschte in seinem Schlußwort, daß sich doch die Kollegen mehr und mehr der Organisation widmen möchten.

Darmstadt. Am 21. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Es wurde mitgeteilt, daß die Kollegen, welche in den Kohlengeleichen Baumann, Grob, Baumann u. Zellmann um Arbeit nachfragen, von diesen Herren Arbeitgebern erst auf ihre Verbandszugehörigkeit geprüft werden. Sind die Betreffenden nicht im Verband, dann können sie Arbeit bekommen. Sind sie im Verband, wird ihnen die Lücke gewiesen mit dem Vermerk, nur Leute, welche nicht im Verband sind, können Beschäftigung erhalten. Geo Heckenburger terrorisiert heute noch seine Leute, welche im Verband sind. Herr Grob, der seine Arbeiterfreundlichkeit beim Streik nicht genug heraushängen konnte, erklärt einfach, wenn ich erfahre, daß einer im Verband ist, ist er sofort brotlos; daselbe geschieht auch bei Baumann u. Zellmann. Die Kollegen müssen bei ihrer Agitation unermüdet versuchen, jenen Kollegen klar zu machen, wohin die Unternehmer feuern. Des weiteren wurde mitgeteilt, daß der Gauleiter in der nächsten Zeit drei Vorträge halten will, und sollen die Kollegen für guten Besuch bei diesen Versammlungen sorgen. Eine besondere Versammlung soll sich mit dem Verbandsrat beschäftigen. Der Geschäftsführer berichtete, daß das verflorenen Jahre ein Kampfjahr für die Transportarbeiter in Darmstadt gewesen ist. Wenn auch bei dem Kampf kein momentaner Erfolg seitens der Arbeitnehmer zu verzeichnen sei, so könnten die Arbeiter bei ihrem Siege auch nicht zufrieden sein. Die Transportarbeiter haben im Jahre 1911 die Fenerprobe bestanden, und können wir mit Recht behaupten, daß unsere späteren Kämpfe jedenfalls ebenso geschlossen geführt werden. Bei den Ausgaben, die diesmal gegen frühere Quartale etwas hoch erscheinen, müssen die Kollegen berücksichtigen, daß durch die Schaffung eines Bureaus mit einem Geschäftsführer auch eine Bureaueinrichtung angeschafft werden mußte. Dann ermahnte Redner die Kollegen, sich in allen Angelegenheiten immer mehr ins Bureau zu bemühen und den Geschäftsführer in jeder Beziehung zu unterstützen. Eine längere Diskussion entspann sich über den Antrag des Kollegen Göttmann, der in seine alten Rechte wieder aufgenommen werden will. Ein Antrag aus der Mitte der Versammlung, den Kollegen Göttmann an die nächsten Instanzen zu verweisen, wurde einstimmig angenommen. Dann erfolgte die Neuwahl der Versammlung, deren Veröffentlichung wir hier aus bekannten Gründen vermeiden. Die Kollegen wurden aufgefordert, alles daranzusetzen, daß auch Darmstadt gegenüber anderen Städten endlich in die Höhe komme und dann die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Duisburg. Am 28. Januar tagte unsere Jahresgeneralversammlung, die nicht besonders besucht war.

Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß es auch hier etwas vorwärts gegangen ist. Die Mitgliederzahl stieg von 365 am Anfang des Jahres auf 570. Das ist eine Steigerung von 50 pCt. Auch die Beitragsleistung hat sich erhöht. Der durchschnittliche Jahresbeitrag beträgt pro Mitglied 47,6 Weiräge. Dagegen wurde gerügt, daß die geleisteten Beiträge zum Baufonds äußerst unbefriedigend seien und in keinem Verhältnis zur Mitgliederzahl stehe. Lohnbewegungen sind 6 geführt worden, von denen 4 mit Erfolg und 2 ohne Erfolg verliefen. Die Lohnbewegungen betragen in den einzelnen Fällen 2, 3 und 4 Mk. in der Woche. Maßregelungen von Verbandskollegen fanden 3 statt. In keinem Falle war es möglich, die Maßregelung rückgängig zu machen. Durch die vielen Strafanzeigen stieg der bewilligte Rechtsschutz enorm. Für 25 Kollegen wurde Rechtsschutz in Höhe von 715 Mk. gewährt. Außerdem wurde im Büro an 129 Kollegen mündlich Auskunft erteilt und für 45 Kollegen sind Schriftstücke angefertigt worden. — Arbeitslose Kollegen waren 113 vorhanden, die zusammen 1014 Tage arbeitslos waren. 44 Kollegen erhielten für 446 Unterstufungstage 605,72 Mk. Unterstufungen ausgezahlt. Kranke Kollegen waren 135 zu verzeichnen. Diese erhielten für 1882 Unterstufungstage 2823,73 Mk. ausgezahlt. In 27 Fällen war die Krankheit auf Unfälle im Betriebe zurückzuführen. Ein Beweis dafür, daß unsere Kollegen häufig ihre Knochen für ihre Ausbeuter opfern müssen. — Versammlungen und Sitzungen fanden 232 statt. In den Versammlungen wurde besonders Wert auf die Weiterbildung der Mitglieder durch beherrschende Vorträge gelegt. Aber es muß hier offen gesagt werden, der Versammlungsbesuch ist ein so niedriger, daß es bedauernd ist.

Die Jahreseinnahmen und Ausgaben schließen mit 15 211,42 Mk. Unterstufungen wurden 12 359,95 Mk. ausgezahlt. Hier von entfallen auf die Hauptklasse 12 263,40 Mk. und auf die Lokalkasse 96,55 Mk. Die Unterstufungen der Hauptklasse verteilen sich wie folgt: Arbeitslosenunterstützungen 605,72 Mk., Krankenunterstützungen 2823,73 Mk., Gemahregelkostenunterstützungen 504,75 Mk., Streikunterstützungen 4596,85 Mk., Sterbeunterstützungen 220 Mk., Extra-Unterstützungen 229 Mk., Inhaftiertenunterstützungen 255 Mk., Rechtsschutz 715,10 Mk., Strafen 1015,10 Mk., Umzugsunterstützungen 298,25 Mk. Der Berichterstatter forderte die Kollegen am Schluß seiner Ausführungen zur regen Mitarbeit auf. Nur wenn alle Kollegen in der Agitation tatkräftig mithelfen, kann eine entsprechende Entwicklung erwartet werden. — In der folgenden Diskussion, an der sich die Kollegen Sander, Clemens, Künster, Würger, Hoff und Moritz beteiligten, wurde von allen Rednern eine bessere Mitarbeit aller Verbandsmitglieder gewünscht. Die hierauf vorgenommene Neuwahl der Ortsverwaltung zeitigte folgendes Ergebnis: Die Kollegen G. Clemens und G. Sander als 1. und 2. Bevollmächtigte, Kassierer G. Müller; als 1. und 2. Schriftführer Emil Schmitz und H. Künster. Als Weistzer H. Wsch, C. Dahmen, Oberle und Hoop. In Revisoren wurden die Kollegen Dellmann, Janen und Wolf gewählt. Nachdem noch die Wahl der Kartelldelegierten, bei der die Kollegen G. Clemens, J. Drenger, G. Müller und G. Sander gewählt wurden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Sinbeck i. Hann. Unsere diesmalige Generalversammlung fand am Montag, den 24. Januar statt und hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Der Bericht vom letzten Quartal und dem Jahre 1911 wurde vom Kassierer gegeben. Einnahme und Ausgabe bilanzieren mit 396,98 Mk. In Unterstufungen wurden insgesamt 470 Mk. bezahlt. Der Ortsklassenbestand ist von 79,08 Mk. im 4. Quartal 1910 auf 144,48 Mk. im gleichen Quartal gestiegen. Die Zahl der verkauften Marken im letzten Quartal 535 und im Jahre 1911 1719 gegen 1404 im Jahre 1910. Mit hin ist eine Zunahme von 815 zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder ist von 32 auf 42 gestiegen. Da sich Bücher und Belege in Ordnung befinden, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Die Neuwahl der Verwaltung hatte folgendes Ergebnis: als Bevollmächtigter und Kassierer wurde der Kollege G. Hackbarth gewählt. Nimmehr erstattete der Gauleiter den Bericht über die Verhandlung mit der Firma M. Stulenbrok. Herr Stulenbrok hat unseren Kollegen Hackbarth entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel. In Wirklichkeit ist das aber nicht der wahre Grund. Es galt vielmehr, der Organisation ein auszuweichen. Auch mit den beiden Gründern der Organisation, den Kollegen Schradder und Weistzer hat Herr St. vor einigen Jahren genau so verfahren. Leider war es damals und auch diesmal nicht gelungen, die Entlassung rückgängig zu machen. Herr Stulenbrok hat es abgelehnt, den Kollegen Hackbarth weiter zu beschäftigen. Er weist es natürlich weit von sich, daß die Entlassung wegen der Tätigkeit für die Organisation erfolgt sei. Er mache seinen Leuten absolut keine Vorschriften und würde niemanden etwas in den Weg legen, wenn er der Organisation angehöre. Ja, er will noch nicht einmal gewußt haben, daß der Kollege H. für die Organisation tätig sei. Im übrigen sei er zu jeder Zeit und Stunde bereit, mit dem Vertreter der Organisation zu verhandeln. Ueber den Bericht fand nun eine ausgedehnte Debatte statt. Alle Redner waren der Meinung, daß die Entlassung nur wegen der Tätigkeit für die Organisation erfolgt sei. Es wurde unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß durch dieses Vorgehen gerade das Gegenteil von dem erreicht wurde, was damit bezweckt werden sollte. Einstimmig waren die Kollegen der Meinung, nimmehr mit aller Kraft für die Ausbreitung der Organisation zu wirken. Die Kollegenachten garnicht daran, die einmal erworbenen Rechte wieder preiszugeben. Gerade durch das Vorgehen der Firma sei aufs neue der Beweis erbracht, daß für die bei

der Firma Stukenbrof beschäftigten Arbeiter die Organisation der alleinigen Mithalt sei. Die weitere Erledigung der Angelegenheit wurde dann der Gewerkschaft übertragen. Zum Schluß forderte der Gewerkschaftsleiter die Kollegen auf, mit aller Kraft für die Ausbreitung der Organisation einzutreten. Nur dann würde es möglich sein, derartige Anschläge mit Erfolg abzuweisen.

**Frankenberg t. S.** Unsere Generalversammlung tagte am 21. Januar. Der Kassierer gab die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Gesamteinnahmen betragen 503,74 Mk. Nach Abzug der Ausgabe von 182,21 Mk. verbleibt ein Kassenbestand von 321,53 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Von 11 im Jahre 1911 einberufenen Versammlungen konnten nur 9 abgehalten werden, da in zweien zu wenig Besucher vorhanden waren. Die im laufenden Jahre gezahlte Unterstützung beträgt 268,40 Mk. Der Verband hat also auch hier segensreich gewirkt. Der Markenumsatz beträgt bei 28 Mitgliedern 1296 Stück. Eine längere Debatte betraf den Fall des Expediteurs Eduard Köhler contra Großkauf-Gesellschaft Abteilung Frankenberg. Nach einem Schlußwort wurde der Jahresbericht gutgeheißen. In die Verwaltung wurden die Kollegen Leiper, 1. Bev., Melhorn, 2. Bev.; Freyner, Kassierer, Haufe, Schriftführer und Varhel und Richter als Revisoren gewählt. In die Agitationskommission wurden Peterlich, Füllmich und Binder gewählt. Für die Tabakarbeiter-Aussperrung sollen 10 Mk. aus der Ortskasse bewilligt werden.

**Frankenthal.** Am Sonntag, den 28. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und betonte, daß es im letzten Jahre nicht in dem Maße mit der Entwicklung der Ortsverwaltung vorwärts gegangen ist, wie es hätte sein sollen. Die hiesigen Unternehmer zahlen verhältnismäßig die niedrigsten Löhne. Während in Mannheim-Ludwigshafen Löhne von 28 bis 32 Mk. bezahlt werden, erhalten die Frankenthaler Kollegen 17 bis 23 Mk. So kann es nicht mehr weiter gehen, sondern die Kollegen müssen mit der Agitation einsehen, damit unter allen Umständen die traurige Lage der Kollegen gebessert wird. Es wurde alsdann zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Es wurden gewählt: Kühn, 1. Bev., Dreßler, 2. Bev.; Ender, Kassierer, Dahmann als Schriftführer. Dann wurde beschlossen, in den nächsten Wochen mit der Meinagitation einzufehen. Der anwesende Bevollmächtigte aus Mannheim wurde ersucht, hierzu zwei Kollegen von Mannheim zu schicken, die in Gemeinschaft mit den Frankenthaler Kollegen die Agitation betreiben. Dann wurde erwähnt, daß die Führerunternehmer Gschert u. Auer und Trufe zum Teil schulpflichtige Jungen beim Abladen der Güter am Güterbahnhof beschäftigen, denen sie pro Woche 1 Mk. bezahlen. Dann Schluß.

**Hagen.** In der Generalversammlung am 14. Januar wurde der Kassenbericht vom 4. Quartal gegeben. Einnahme 1121,01 Mk., Ausgabe 918,89 Mk. Die Mitgliederzahl ist auf 163 Mann gestiegen. Der Jahresbericht wurde seitens der Versammlung genehmigt. Die Wahl der Ortsverwaltung zeitigte folgendes Ergebnis: Rudolf Wehrendt, erster, Josef Steil, zweiter Bevollmächtigter; Schriftführer Leopold Jind; Kassierer Hermann Gierstein; Revisor Thomsen, Siebe, Herbst; Revisoren Arns und Steuber; Kartelldelegierte Rudolf Wehrendt, Josef Steil. Unter Verbandsangelegenheiten wurde beschlossen, auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung Stellungnahme zum Verbandstage zu setzen. Nachdem der Vorsitzende noch die Anwesenden aufgefordert hatte, treu zum Verbandsverband zu halten, damit auch in Hagen endlich bessere Verhältnisse geschaffen werden können, erfolgte Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

**Hadersleben.** In der Versammlung am 20. Januar erstattete der Kassierer Christensen den Kassenbericht, welcher eine Einnahme von 575,80 Mk. und eine Ausgabe von 446,90 Mk. aufwies, sodas ein Kassenbestand von 128,90 Mk. vorhanden ist. Der Ueberschuß vom Lottospiel in Höhe von 43,50 Mk. ist in diesen Zahlen nicht mit inbegriffen. Die Abrechnung wurde einstimmig genehmigt. Hierauf wurde die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Als Bevollmächtigter wurde Hans Haloorsen, Hans Christensen als erster, und S. Wes als zweiter Kassierer, als Schriftführer Oskar Kindermann gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Anclaus Miltessen und Fr. Thomsen, zu Revisoren die Kollegen Peter Duhren, Wilhelm Böttcher und Thomas Jessen gewählt. Beschlossen wurde, vom 1. Februar ab dem Gewerkschaftskartell beizutreten. Als Delegierte wurden Haloorsen und Kindermann bestimmt. Die Annahme der Arbeiter zum Lösen von Korn- und Ruchendampfern am Hafen, lag bisher in den Händen des Vorstehenden; dieses soll in Zukunft nicht mehr geschehen und zwar soll in jeder Versammlung ein Mitglied hierzu ernannt werden, und glauben wir, auf diese Weise alle Borurteile zu beseitigen. Unser Gewerkschaftsleiter forderte dann alle Anwesenden auf, für die Organisation kräftig einzutreten und Aufsehen über Zweck und Ziele des Verbandes aufzuklären. Dann wurde die Versammlung geschlossen.

**Kattowitz D.-Schl.** Unsere Generalversammlung fand am 20. Januar statt. Das wesentliche Merkmal der meisten im letzten Jahre abgehaltenen Versammlungen: der schlechte Besuch mußte leider auch diesmal festgestellt werden. Man fragt sich verwundert: Geht es denn den Kollegen wirklich so gut, daß deren Gleichgültigkeit damit eine Erklärung findet? Das Gegenteil ist der Fall, wie die fortwährenden Klagen über allzu niedrigen Lohn in dieser sündentorenen Zeit und die ins Ungemessene ausgeübte Arbeitszeit beweisen. Allerdings wird man mit bloßen Klagen an diesen Zuständen nichts ändern. Dazu gehört schon

der ernste und feste Wille, mit zu arbeiten, mit Interesse für die Sache des Verbandes tätig zu sein. Da ist es auch unbedingt nötig, daß die Versammlungen besucht werden, und man an den dort gepflogenen Verhandlungen regen Anteil nimmt. Wie sollen unsere Kollegen die in ihrem ureigenen Interesse notwendige Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder erfolgreich betreiben, wenn sie über die Verhältnisse und Verbandsrichtungen in der eigenen Zahlstelle mangelhaft oder gar nicht unterrichtet sind. Sorge jeder dafür, daß in dieser Beziehung im neuen Jahre ein Umschwung zum Besseren eintritt. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete im wesentlichen der frühere Kassierer Kollege Scholz. Die außerordentlich starke Fluktuation im Industriegebiet läßt uns nur schwer vorwärts kommen. Gegen 37 Mitglieder am Anfang des Jahres haben wir jetzt 45 Kollegen. Von den im Laufe des Jahres gemachten 26 Neuaufnahmen blieben uns demnach nur 8, während 18 unserer Zahlstelle meistens durch Abreise wieder verloren gingen. Ein erfreuliches Zeichen eingetretener Besserung ist die erhebliche Steigerung des Markenumsatzes, der im Geschäftsjahr 2028 Stück betrug. Dadurch sind auch die Massenverhältnisse bessere geworden. Trotzdem den erhöhten Einnahmen auch größere Ausgaben gegenüber stehen, beträgt der Kassenbestand der Zahlstelle 171,28 Mk. Im Jahre der wirtschaftlichen Krise haben sich die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes wieder als besonders segensreich erwiesen. Von den Familien der arbeitslos oder krank gewordenen Kollegen konnte, das darf der Verband für sich in Anspruch nehmen, mit Hilfe unserer Unterstützungseinrichtungen wenigstens die bitterste Not ferngehalten werden. Es wurden vorausgabt: an Krankengeld 205 Mk., Arbeitslosenunterstützung 236 Mk., für Rechtschutz 201,72 Mk., an Gemäßregelunterstützung 24,75 Mk. Neben den allmonatlich stattfindenden Mitgliederversammlungen fanden im Laufe des Jahres 8 Agitationsversammlungen statt. In einer größeren Anzahl Betriebsbesprechungen und sonstigen Sitzungen fanden interne Sachen ihre Erledigung. Tarifverträge bestehen nur bei den Glasreinigern. Nach kurzer Debatte wird der Ortsverwaltung Decharge erteilt und zur Neuwahl geschritten. Das Ergebnis ist folgendes: 1. Bev. Hahn, 2. Bev. Naabe, Kassierer Janisch, Schriftführer Mai, Revisor Günzel, Revisoren Ueberschär und Herzoin, Kartelldelegierte M. Scholz und H. Scholz. Dann wies Kollege Zrappe auf die in Gleiwitz stattfindende Bezirkskonferenz hin und ersucht, die Delegation vorzunehmen, was nach einer kurzen Aussprache durch die Wahl der Kollegen Dr. Janisch und Hanke geschieht. Nach einem Appell des Bezirksleiters an die neugewählten Kollegen, in der Ortsverwaltung im laufenden Jahre ihr ganzes Interesse unserer Sache zuzuwenden, die Launen und Säumnigen aufzuräumen und für den Verband zu interessieren, schloß die Versammlung.

**Miel.** Generalversammlung am 24. Januar. Nachdem die verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise geehrt worden waren, wurde der Geschäfts- und Kassenbericht vom vierten Quartal 1911 sowie der Jahresbericht 1911 gegeben. Aus dem Jahresbericht geht folgendes hervor: Zum Bau eines Verbandshauses in Berlin sind bisher 4000 Mk. an die Hauptkasse abgeliefert worden. In Maimarkt wurden 2200 Stück gekauft. Den freitenden Tabakarbeitern sind 1380 Mk. aus der Ortskasse überwiesen worden. Die jugendlichen Mitglieder des Verbandes sollen der Jugendorganisation angeschlossen werden, damit sie an den Veranstaltungen dieser Organisation teilnehmen können, die Kosten hierfür trägt die Ortskasse. In bezug auf Bildungsbestrebungen wurden den Funktionären Eintrittskarten zu Vorträgen zu ermäßigten Preisen abgegeben, ferner wurde das kleine Theater für zwei Vorstellungen gemietet. — An Lohnbewegungen waren zu verzeichnen 22 Angriffsbewegungen in 98 Betrieben mit 751 Beteiligten. Erfolgreich beendet wurden davon 18 in 83 Betrieben mit 655 Beteiligten. Ferner 19 Abwehrbewegungen in 19 Betrieben mit 624 Beteiligten, erfolgreich beendet wurden davon 16 in 16 Betrieben mit 614 Beteiligten. Bei diesen Bewegungen wurden erzielt an Lohn für 361 Beteiligte pro Woche 736,90 Mk. oder pro Jahr 38 318,80 Mk., an Arbeitszeitverkürzung für 292 Beteiligte pro Woche 841 Stunden oder pro Jahr 43 732 Stunden. Außerdem wurden Verbesserungen erzielt, wie: Freitagslohnzahlung, Ueberschunden- und Sonntagsarbeit-Bezahlung, Freigabe jedes zweiten Sonntags, Bezahlung besonderer Arbeit usw. Insgesamt wurden also 41 Lohnbewegungen in 117 Betrieben mit 1375 Beteiligten geführt. Am Schluß des Jahres stehen in 132 Betrieben die Mitglieder im Tarifverhältnis. Im Berichtsjahr meldeten sich 279 Mitglieder arbeitslos und bezogen 3090,10 Mk. Unterstützung. Krank meldeten sich 714 Mitglieder, davon waren 530 verheiratet, an Unterstützung dieser Art wurden 13 302,90 Mk. gezahlt. Von diesen 714 Erkrankungen waren nicht weniger denn 567 durch Unfall, Lungenerkrankung und Rheumatismus entstanden. Nach Berufsarten gefordert stehen die industriellen Transportarbeiter mit 259 Fällen an erster Stelle, ihnen folgen die Hafenarbeiter mit 127, die Lagerarbeiter mit 123, die Kutscher mit 92, Zeitungsträgerinnen mit 46, Handelsreisende mit 41, Seefahrer mit 17, Straßenbahnarbeiter mit 4 und Fensterputzer mit 3 Fällen. Todesfälle waren 41 zu verzeichnen, unterstützungsberichtig waren davon 21 Mitglieder, diese erhielten zusammen 1110 Mk. Sterbegeld. Ferner wurde an vier Kollegen beim Tode ihrer Frau die Summe von 140 Mk. ausgezahlt. Orzgesandt wurde in 99 Fällen an durchreisende Kollegen im Gesamtbetrag von 175,70 Mk. gezahlt. Unterstützung in besonderen Notfällen erhielten 69 Mitglieder im Betrage von 930 Mk., davon trug die Ortskasse 550 Mk. Streit- und Gemäßregelunterstützung erhielten 66 Kollegen im Gesamtbetrag von 9366,75 Mk., davon trug die

Ortskasse 2172,15 Mk. Im Berichtsjahre wurde eff Kollegen Rechtschutz gewährt. Die Kosten hierfür betragen 667,94 Mk. Allein aus Anlaß des Streiks bei Karstadt und in den Eisenwarengeschäften erfolgten sieben Klagen, davon endeten fünf mit Freisprechung. Insgesamt wurden an Unterstühtungen im Berichtsjahr 29 099,54 Mk. ausgezahlt. — Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 2750 auf 3200 am Schluß des Jahres 1911. In Versammlungen und Besprechungen wurden 442 abgehalten. In 26 Fällen wurden Schriftstücke für Mitglieder angefertigt. Mündliche Auskünfte in Rechtsachen wurden 146 erteilt. Flugblätter, Zirkulare, Versammlungseinladungen usw. gelangen in einer Auflage von 180 000 zur Verteilung, von denen zwei Drittel auf dem Viro hergestellt wurden. Einer Gesamteinnahme von 96 420,70 Mk. steht eine Ausgabe von 88 189,57 Mk. gegenüber, so daß ein Ueberschuß von 8231,13 Mk. erzielt wurde. Zusätzlich des vorjährigen Kassenbestandes von 16 612,68 Mk. betrug der Ortskassenbestand am 31. Dezember 1911 24 848,81 Mk. Der Hauptkasse sind 58 535,75 Mk. überwiesen, davon 32 783,10 Mk. in bar. Die Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr um 28 466,70 Mk. gestiegen. Die Zahl der verkauften Wochenbeiträge betrug 152 214 Stück, das sind 40 157 Beiträge mehr als im Vorjahr. An die mit Befriedigung ausgenommenen Berichte schloß sich eine kurze Diskussion. Dem Kassierer sowohl wie der Ortsverwaltung wurde Entlastung erteilt und ferner folgender Beschluß gefaßt: „Diejenigen Mitglieder, die zu der Vererdigung eines Verbandsmitgliedes seitens der Ortsverwaltung eingeladen werden und sich nicht an der Vererdigung beteiligen, auch keinen Stellvertreter senden, haben 1 Mk. Strafe an die Ortskasse abzuführen.“ Triftige Entschuldigungsgründe wegen Nichtbeteiligung sind vor der Vererdigung im Büro anzubringen. Ferner soll dieser Beschluß dem Zentralvorstand unterbreitet werden. Als erster Vorsitzender wurde einstimmig Kollege F. Arnold, als erster Kassierer Ab. Wendt, als zweiter Kassierer Otto Müller gewählt. Aus der Wahl zum zweiten Vorsitzenden ging Kollege Valentin als Steger hervor. Ferner wurde als erster Schriftführer der Kollege Corda, als zweiter Schriftführer Kollege Mönch durch Wahl bestimmt. Als Revisor wurden gewählt die Kollegen bezw. Kolleginnen Thee, Hahn, Krüger, Blumberg, Frau Bartels, Murer, Ebers, Nebensdorf. Als Revisoren wurden die Kollegen Joh. Schönfeld, Detl. Graf und Joh. Krüger bestimmt. In die Kommission wurden Schönfeld, Rahmig, Hahn und Schulz delegiert, vier weitere Mitglieder bestimmt die Ortsverwaltung aus ihren Reihen. Fahrenträger wurde der Kollege Lulas, Begleiter die Kollegen Landra und Rahmig.

**Langen.** Am Sonntag, den 14. Januar, tagte unsere Mitgliederversammlung. Der Geschäftsführer aus Darmstadt sprach in längeren Ausführungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und wies den Kollegen nach, daß die Arbeitsbedingungen sehr verbesserungsbedürftig sind. Wenn die Kollegen wirklich ihre Lebenslage verbessern wollen, müßten sie das für sorgen, daß der letzte Transportarbeiter der Organisation zugeführt wird. Wedner schlug den Kollegen vor, in nächster Zeit eine intensive Agitation durch eine allgemeine Flugblattverbreitung vorzunehmen, wonach dann mehrere Versammlungen abgehalten werden sollen. Zum Schluß ermahnte Wedner jeden einzelnen Kollegen, seine Pflicht in der Agitation zu tun, dann könne der Erfolg nicht ausbleiben. Die Versammlung schloß sich dem an und soll demnach mit der Agitation begonnen werden. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen im Sinne des Referenten aus. Es wurde noch beschlossen, den Beitrag von 50 auf 55 Pf. zu erhöhen, um so die Unkosten, die die Agitation verursacht, aufzubringen. Die Wahl eines Vertrauensmannes fiel einstimmig auf den Kollegen Jädel und sollen sich die Kollegen in allen Angelegenheiten an diesen wenden, der sich dann im Bedarfsfall mit dem Geschäftsführer in Darmstadt in Verbindung setzen wird. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. Kollegen in Langen! Erwacht aus euerem Schlaf, zeigt, daß auch ihr nicht mehr länger das Joch der Ungerechtigkeit tragen wollt und Manns genug seid, euer Lage zu verbessern. Schließt euch eurer Organisation, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband an, der allein in der Lage ist, euch zu helfen.

**Mainz.** Am Sonntag, den 28. Januar, fand unsere Jahresgeneralversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde in üblicher Weise der drei Kollegen ehrend gedacht, die im verflochtenen Jahre durch Tod der Organisation entrissen wurden. Kollege Greb, der den Geschäftsbericht erstattete, betonte, daß unsere Organisation ein an Arbeit und Kämpfen reiches Jahr hinter sich habe. Außer einer Reihe von neuen Tarifabschlüssen ist es uns auch gelungen, für unsere Kollegen, bei verschiedenen Firmen, Lohnaufbesserungen zu erlangen, so daß das Ergebnis des verflochtenen Geschäftsjahres ein befriedigendes ist. Der Markenumsatz ist von 14 873 auf 22 758 gestiegen, mithin eine Zunahme von 7885 Beiträgen. Der Mitgliederbestand hat sich von 430 auf 538 erhöht, mithin eine Zunahme von 108 Mitglieder. Die agitatorische und geschäftliche Tätigkeit war eine recht umfangreiche. Versammlungen, Betriebsbesprechungen und Sitzungen mußten 185 abgehalten werden. An Posteingängen waren 557 und Ausgängen 944 zu verzeichnen. Die Zahl der gemeldeten Stellen betrug 44, wovon 36 besetzt werden konnten. Arbeitslos meldeten sich 79 Kollegen, dieselben erhielten für 1319 Tage eine Unterstützung von 1804,95 Mk. Krank meldeten sich 96 Kollegen, diese bekamen für 1825 Tage eine Unterstützung von 2282,80 Mk. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 14 191,62 Mk. auf, dem eine Ausgabe von 14 098,23 Mk. gegenübersteht, so daß ein Kassenbestand von 93,39 Mk. am Orte vorhanden ist. Die Revisoren

beantragen, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig geschieht. Eine Diskussion der Berichte fand nicht statt. Die Abrechnung von unserer Christbaumverkaufung ergab einen Uberschuß von 201,80 Mk. Einem Antrag der Ortsverwaltung, den Lokalzuschlag von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen, wurde einstimmig zugestimmt.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab: Klingelhöfer 1., Hopp 2. Bevollmächtigter, Grieb 1., König 2. Kassierer, Hausmann 1., Schmitz 2. Schriftführer. Als Beisitzer wurden die Kollegen Loh, Wohlfahrt und Pöcher bestimmt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Baumann, Medel und Scheuermann ernannt. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Hopp, Guntel und Feldmann gewählt. Der Vorsitzende Klingelhöfer ernannte die Kollegen, auch im neuen Jahre an dem Ausbau der Organisation tatkräftig mitzuarbeiten, damit wir am Ende des Jahres die doppelte Anzahl Kollegen zu verzeichnen hätten.

Die Einstellung eines Lagerarbeiters im Konsumverein rief eine lebhafteste Debatte hervor. Laut Tarifvertrag sind die Genossenschaften verpflichtet, den Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes zu benutzen, wenn ein in Betracht kommender Kollege unseres Verbandes nötig ist. Die Verwaltung des Konsumvereins hat jedoch den Tarifvertrag dadurch umgangen, daß sie an Stelle eines Lagerarbeiters einen gelernten Küfer eingestellt hat. Da uns auf unsere Anfrage an den Konsumverein eine ablehnende Antwort erteilt worden ist, haben wir diese Gelegenheit dem Zentralvorstand zur Regelung durch das Tarifamt unterbreitet. Die Versammlung beauftragt daher die Ortsverwaltung, alles daranzusetzen, um in Zukunft derartigen Vorkommnissen vorzubeugen.

Ein Antrag des Zentralvorstandes, für die ausgesperrten Tabakarbeiter pro Mitglied einen Extrabeitrag von 25 Pf. zu zahlen, wurde dadurch erledigt, daß dieser Beitrag aus Mitteln der Ortskasse bezahlt wird. Ferner wurde beschlossen, unter den Mitgliedern die Broschüre der Ortsverwaltung München, die „Hintertreppenpolitik“ des christlichen Transportarbeiterverbandes zum Preise von 5 Pf. pro Stück zu vertreiben. Nachdem der Vorsitzende den Kollegen für ihren zahlreichen Besuch gedankt hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Osterode (Harz). Am Sonntag, den 28. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Besuch war ein guter. Die Tagesordnung lautete: Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal 1911 und vom Jahr 1912; Neuwahl der Verwaltung; Vortrag des Gauleiters über: „Die Bedeutung der Reichstagswahlen für die Transportarbeiter.“ Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende. Es haben stattgefunden 10 Versammlungen, 4 Sitzungen und 4 Divisionen. Die Zahl der Mitglieder ist von 28 am Schlusse des Jahres 1910 auf 40 im 4. Quartal 1911 gestiegen. Der Kassenbericht zeigt im 4. Quartal eine Einnahme und Ausgabe von 428,27 Mk. An Unterstützungen wurden im ganzen Jahre bezahlt 194,35 Mk. Der Ortskassenbestand ist gestiegen von 74,30 Mk. am Schlusse des 4. Quartals 1911 auf 163,85 Mk. Die Zahl der verkauften Marken beträgt im 4. Quartal 665 gegen 414, 513 und 407 im 1. bis 3. Quartal. Insgesamt wurden im Jahre 1911: 1899 Beitragsmarken verkauft gegen 1247 im Jahre 1910. Das macht für 1911 ein Mehr von 652. Der erzielte Erfolg ist als ein guter zu bezeichnen. Wenn im kommenden Jahre alle Kollegen ihre Pflicht erfüllen, wird der Erfolg ein noch besserer sein. Da Bücher und Belege in Ordnung befunden waren, wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Die nun vorgenommene Neuwahl der Verwaltung ergab folgenden Resultat: Als Vorsitzender der Kollege Hadenfen, als Kassierer der Kollege Mügge, als Schriftführer der Kollege Wrobbel und als Beisitzer die Kollegen Naab, August Ostermeyer, Bauer und Bohrengef; zu Revisoren wurden die Kollegen Kolb, Bruch, Freise und Wasmann bestimmt und als Kartelldelegierte die Kollegen Mügge, Hadenfen und Naab, letzterer als Stellvertreter.

Sodann sprach der Gauleiter über das oben angeführte Thema. Er unterzog zunächst die Tätigkeit des alten Reichstages einer gebührenden Kritik. Durch die Taten des schwarzblauen Blocks sei das deutsche Volk endlich einmal aus seiner Gleichgültigkeit aufgerüttelt worden. Die scheinbare Niederlage der Sozialdemokratie im Jahre 1907 habe in den bürgerlichen Kreisen geradezu einen Freudentaumel ausgekostet. Aber dieser Mausestich bald verflohen und eine Vaterstimmung habe Platzgegriffen. Bereits die Reichswahlen für den alten Reichstag hätten den Beweis erbracht, daß die „Medergerrittenen“ außerordentlich fest im Sattel säßen. Redner zog dann einen Vergleich zwischen den Wahlen vom Jahre 1907 und 1912. Während 1907 die reaktionären Kreise jubelten, seien sie jetzt geradezu niedergeschmettert. Die 110 gewählten Sozialdemokraten seien der Beweis dafür, daß das Volk nicht mehr willens sei, alles über sich ergehen zu lassen. Der schwarzblaue Block sei zerklüftet, ganz besonders durch das entschiedene Auftreten der 4 1/2 Millionen sozialdemokratischen Wähler. Auch diesmal hätten ein Teil der liberalen Wähler es fertig gebracht, den angeblich bekämpften reaktionären Parteien Mandate zuzuschänzen. Undenkbar wäre die Niederlage der Rechten eine viel stärkere gewesen. Diese Wahlen hätten aber auch den Beweis erbracht, daß auch auf dem platten Lande unsere Ideen mehr denn je Eingang gefunden haben. Die Stimmenzunahme auf dem Lande sei eine außerordentlich starke. Notwendig sei nun, daß wir unsere Tätigkeit mehr denn bisher aufs Land verlegen. Ganz besonders notwendig sei die weitere Ausbreitung der Landarbeiterorganisation. Hierbei könnten unsere Kollegen in den kleinen Städten behilflich sein. Aber auch die politische Organisation der arbeitenden Klasse bedürfe eines noch besseren Ausbaues. Ganz besonders wichtig sei jedoch die Ausbreitung der sozialdemokra-

tischen Presse. Deshalb sei es Pflicht jedes denkenden Arbeiters, Abonement der Arbeiterpresse zu werden. Wenn die erzielten Erfolge dauernde sein sollen, gilt es, alle Kräfte anzuspannen. Für uns Transportarbeiter sei es notwendig, daß wir die eigene Organisation noch mehr denn bisher ausbauen. Das sei die beste Gewähr, alle Angriffe der Gegner gegen uns abzuschlagen. Mit der Aufforderung an alle Anwesenden, sich in den Dienst dieser guten Sache zu stellen, nicht zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Kollege der Organisation zugeführt sei, schloß Redner seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. Es wurde dann noch beschlossen, die Versammlungen regelmäßig jeden 1. Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr im „Freiheitler Hof“ abzuhalten. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Reudersburg. In der letzten Generalversammlung wurde der Jahresbericht gegeben, aus welchem hervorzuhelien ist, daß alle 3 eingeleiteten Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung mit Erfolg beendet worden seien. Aus dem Kassenbericht ist zu ersehen, daß die Einnahme 5069,81 Mk., die Ausgabe 4771,83 Mk. betragen hat, so daß ein Kassenbestand von 298,08 Mk. verbleibt. Die Mitgliederzahl ist auf 208 gestiegen. Die Neuwahl ergab: 1. Bev. Schlegel, 2. Bev. Stöben, Kassierer Seeland, Schriftführer Stühl. Sektionsleiter für Transportarbeiter Sierl, für Seefleute Warten. Im Februar soll ein Veranigen stattfinden. Nach Erledigung einiger Internas Schluß.

Reutlingen. In der Generalversammlung am 21. Februar wurde der Bericht vom 4. Quartal gegeben und dem Kassierer Decharge erteilt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Keller Bev., Hausmann Kassierer, Nau Schriftführer, Ostertag und Walter Beisitzer, Keller und Hausmann Kartelldelegierte. Nach einer Aufforderung zu weiterer reger Agitation für den Verband trat dann Schluß der Versammlung ein.

Salzwechel. Am Sonntag, den 14. Januar fand unsere Jahres-Generalversammlung statt. Der Besuch war ein guter. Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende Kollege Paul. An Eingängen waren zu verzeichnen 186, an Ausgängen 144; Versammlungen wurden 17 abgehalten, Sitzungen 8. An Lohnlagen wurden 6 geführt, von denen 4 zugunsten der Kollegen ausfielen. Lohnbewegungen wurden 1 in zwei Betrieben mit 9 Kollegen geführt. An Lohnerhöhung wurde erreicht pro Kopf und Woche 2,50 Mk. und eine Arbeitszeitverkürzung von täglich 1 Stunde. Außerdem wurde für 8 Kollegen ein Sommerurlaub erreicht. Genahregelt wurden 1 Kollege und 1 Kollegin. Die Fluktuation ist noch eine sehr starke. Es war ein Zugang von 50 Mitgliedern zu verzeichnen; demgegenüber sind 22 Kollegen ausgetreten, 8 zu anderen Verbänden übergetreten und 12 abgereist. Der Bestand ist am Schlusse des Jahres 122 Mitglieder. Es wird notwendig sein, daß die Verwaltung auf die Mitgliederbewegung ihr ganzes Augenmerk richtet. An Vergütungen wurden drei abgehalten und ein Ausflug veranstaltet.

Der Kassenbericht wurde vom Kassierer, Kollege Huhmann, gegeben. Einnahme und Ausgabe betragen im 4. Quartal 1254,96 Mk.; der örtliche Kassenbestand beträgt am Schlusse des 4. Quartals 556,36 Mk. An Unterstützungen wurden im verflohenen Jahre insgesamt 762,70 Mk. ausgezahlt, davon allein für Krankenunterstützung an 30 Kollegen 530,70 Mk. — Unherordenlich bemerkenswert ist, daß von den 30 erkrankten Kollegen nicht weniger denn 18 einen Unfall erlitten hatten. Dieser Umstand ist nicht zum geringen Teile auf die lange Arbeitszeit in unserem Berufe zurückzuführen. Soffentlich werden diese Zahlen aber auch ein Ansporn für alle Kollegen sein, an den Ausbau der Organisation mitzuarbeiten. Es ist die höchste Zeit, mit Hilfe der Organisation endlich einmal eine gründliche Neubearbeitung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Dazu bedürfen wir aber der Mitarbeit aller Kollegen. An Wochenbeiträgen wurden insgesamt 15 663 im Jahre 1911 verkauft. Da Bücher und Belege in Ordnung befunden waren, wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Die nunmehr vorgenommene Neuwahl der Gesamtverwaltung ergab folgendes Resultat: An Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden Kollegen August Paul wurde der Kollege Aug. Krüger zum Vorsitzenden gewählt, als Kassierer der Kollege G. Huhmann, als Schriftführer der Kollege G. Schulz wiedergewählt. Als Beisitzer wurden bestimmt die Kollegen Bange, Manns, Kuntel, Busse und Bartels. Als Kartelldelegierte wurden gewählt die Kollegen Bloßfeld, Krüger und Huhmann; als Revisoren die Kollegen Herrn. Schulz, Guntel und Fischer. Sodann wurde beschlossen, eine Mahnerkommission zu wählen und wurden mit diesem Posten die Kollegen Wilhelm Busse, Wilhelm Schulz, Karl Fischer und Bartels betraut. Zum Schluß ernannte der bisherige Vorsitzende Kollege Paul die Anwesenden, im kommenden Jahre nun mit allen Kräften an den weiteren Ausbau der Organisation mitzuarbeiten, uns zum Schutz und den Gegnern zum Trutz.

Stolzenu (Weser). Unsere am Sonntag, den 27. Januar abgehaltene Generalversammlung hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Der Gauleiter sprach zunächst über die Bedeutung der letzten Reichstagswahlen für die Transportarbeiter. Redner führte den Anwesenden vor Augen, wie durch die Tätigkeit des schwarzblauen Blocks die unteren Schichten der Bevölkerung mit neuen unerträglichen Lasten bedacht sind. Die Tätigkeit der Rechten im Parlament sei für das deutsche Volk geradezu verhängnisvoll gewesen. Jene Herren hätten geglaubt, dem Volke alles bieten zu dürfen. Aber die Schuld sei endlich zu Ende. Das Ergebnis der diesmaligen Wahlen sei für die Parteien der Rechten geradezu verhängnisvoll gewesen. Am besten habe die Sozialdemokratie abgeschnitten;

nicht weniger denn 110 Mandate seien erobert worden. Die Niederlage der reaktionären Parteien wäre eine noch gründlichere gewesen, wenn die Liberalen in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen nicht noch für jene eingetreten wären. Für die Sozialdemokratie sei das eine Lehre, noch mehr wie bisher auf die eigene Kraft zu vertrauen. Unsere nächste Aufgabe müsse nun sein, das Errungene auch zu halten. Deshalb sei es Pflicht, nunmehr mit aller Kraft die Agitation namentlich auf dem Lande zu betreiben. Diese Wahlen hätten ja die Behauptung der bürgerlichen Parteien, der Bauer und Landarbeiter wolle von der Sozialdemokratie nichts wissen, gründlich widerlegt. Unsere Erfolge seien gerade auf dem Lande außerordentlich groß. Durch die Ausbreitung der politischen Organisation und der Arbeiterpresse mühten diese Massen für uns dauernd gewonnen werden. Es sei aber auch weiter notwendig, unsere Agitation mehr wie bisher zu stärken, um so den Weg für eine bessere Zukunft zu ebnen. Die Zahl der uns noch Fernstehenden, aber im Innern mit uns Denkenden sei noch sehr groß. Mit einem kräftigen Appell, Mann für Mann für die Ausbreitung der Organisation und Aufklärung der Massen einzutreten, schloß Redner seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. — Der nunmehr gegebene Kassenbericht schließt in Einnahme und Ausgabe mit 63,50 Mk. ab. Dem Kassierer wurde auf Antrag Decharge erteilt. Zum Vorsitzenden wurde der Kollege Thiemann und zum Kassierer der Kollege Walle gewählt. Nachdem noch einige Renaufnahmen vorgezogen und der Gauleiter noch einmal zur eifrigsten Mitarbeit aufgefordert, erfolgte Schluß der Versammlung.

Wiesbaden. In der Generalversammlung am 27. Januar wurde der Jahresbericht gegeben. Am Schlusse des Jahres waren 160 Mitglieder vorhanden. Die Fluktuation ist leider eine ziemlich große gewesen. Wenn gut gearbeitet wird, dann sind wir der festen Ueberzeugung, daß wir nächstes Jahr über unsere Mitgliederbewegung besseres berichten können. An Mitgliederversammlungen hatten wir 13 zu verzeichnen, öffentliche Versammlungen 8, Sitzungen und Besprechungen 50. Ebenso sind auch die Ein- und Ausgänge gegen das Vorjahr gestiegen. An Eingängen hatten wir Briefe und Karten 138, Drucksachen 22, Pakete 93. Ausgänge: Briefe und Karten 138, Drucksachen 224. Den Jahreskassenbericht gab Kollege Fischer. Die Gesamteinnahme inkl. Kassenbestand betrug 739,19 Mk. Die Hauptkasse erhielt in Bar 106,18 Mk., in Quittungen für Arbeitslosenunterstützung 371 Mk., Krankenunterstützung 218 Mk., Streik 381 Mk., Gemahregelunterstützung 85 Mk., Beerdigungsbeihilfe 40 Mk., Rechtschutz 26,95 Mk., zusammen 2 125,79 Mk. Unser Kassenbestand erhöhte sich von 335 Mk. auf 634,85 Mk. Hierauf wurde die Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Nachdem noch der Bevollmächtigte die Kollegen aufgefordert hatte, im kommenden Jahre alles daran zu setzen, damit wir auch hier einmal vorwärts kommen, schloß die Versammlung.

**Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.**

Eine neue Verwaltung wurde gegründet am 28. Januar 1912 in Rorthelm i. Hann. Verbandsmann: W a l e n t i n A b l e r, Entenmarkt 7. Verloren gegangen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Berlin: Carl Krüger, Spt.-Nr. 67 727, eingetr. 2. 1. 11; Wilh. Schiele, Spt.-Nr. 76 723, eingetr. 19. 6. 11; Walter W e n d l a n d, Spt.-Nr. 76 708, eingetr. 12. 6. 11; Anton Siglowski, Spt.-Nr. 35 581, eingetr. 1. 3. 09. In Kiel: A. Steppat, Spt.-Nr. 207 982, eingetr. 1. 3. 05.

In Kronach-Weisenbrunn: Johann Bohrab, Spt.-Nr. 342 875, eingetr. 1. 7. 11.

Falls diese Bücher vorgelegt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß  
Der Verbandsvorstand.

J. A.: D a w a l d S c h u m a n n, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl K a s t l e r, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

**Bekanntmachung.**

Für die Verwaltungsstellen W r a t e, N o r b e n h a m und E l s f l e t h suchen wir einen Geschäftsführer, der mit den Hafenverhältnissen vertraut ist.

Ferner ist die Stelle eines Ortskassierers in D ü s s e l d o r f zu besetzen.

Bewerber für beide Stellen müssen seit mindestens drei Jahren gewerkschaftlich organisiert, zur Leitung der Organisationsgeschäfte sowie zur Agitation befähigt sein und die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

Offerten für jede Stelle sind getrennt unter Beifügung einer Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten und Schilderung der bisherigen Tätigkeit bis 25. Februar an den unterzeichneten Vorstand zu richten.

Der Verbandsvorstand.  
J. A.: D. Schumann.

Verantwortl. Redakteur: Karl Müllhahn, Lützenberg. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer u. Dimnick, Berlin, Adalbertstr. 37.